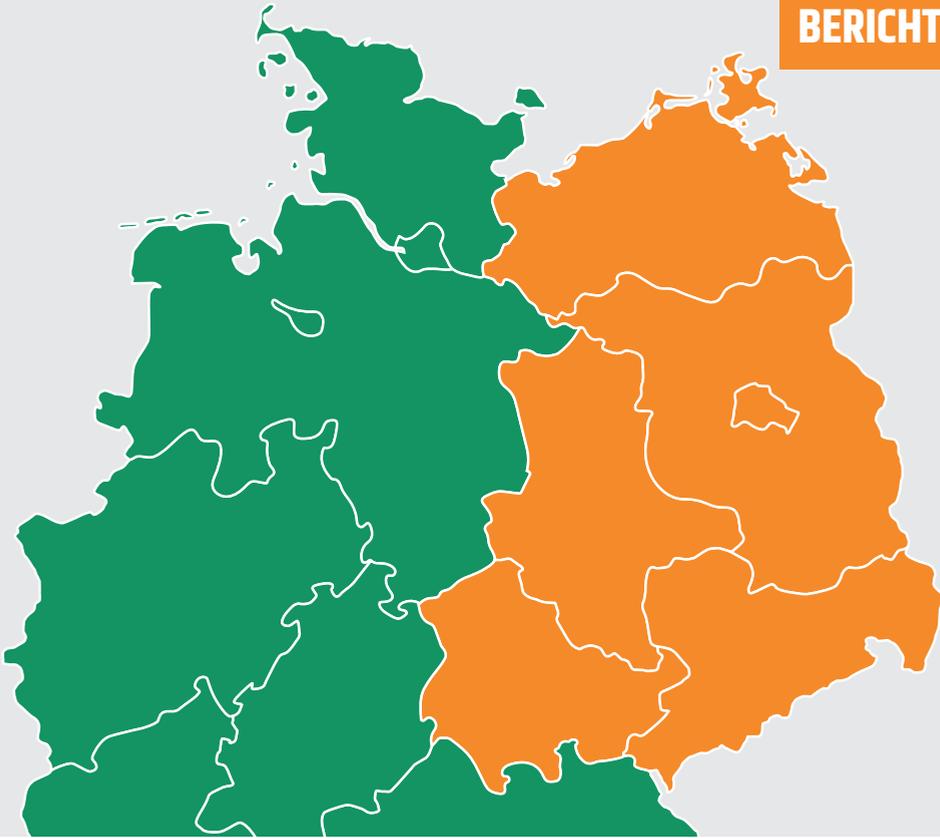


**FORSCHUNGS-
BERICHT**



BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN ENGAGIERT FÜR DAS GEMEINWESEN

STUDIE IM AUFTRAG DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (BMWI)



In Trägerschaft der



Durchgeführt von: Kristina Bayer, Burghard Flieger,
Sonja Menzel, Marleen Thürling

innova eG

E-Mail: info@innova-eg.de

Website: www.innova-eg.de

**BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN
IN DEN NEUEN LÄNDERN
ENGAGIERT FÜR DAS
GEMEINWESEN**

STUDIE IM AUFTRAG DES
BUNDESMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (BMWI)

Vorwort

Das Genossenschaftswesen ist gegenwärtig von gravierenden Veränderungen geprägt. Bürgerengagement und die Berücksichtigung von Gemeinwohlinteresse prägen die aktuellen Diskussionen ebenso wie die Digitalisierung, die bürokratische Entlastung und die Entwicklung innovativer Konzepte und Geschäftsfelder. In den letzten Jahren ist auch in den neuen Bundesländern der Informationsbedarf über Strukturen und Erfahrungen neuer Genossenschaften gewachsen. Gewünscht werden weniger allgemeine Informationen als vielmehr Wissen über konkrete genossenschaftliche Beispiele, die in der eigenen Region verankert sind. Von Interesse sind das Vorgehen, Scheitern und vor allem Erfolge angesichts gesellschaftlicher Problemlagen sowie bestehender oder erforderlicher Unterstützungsstrukturen vor Ort, damit lokale genossenschaftliche Initiativen ihre Vorhaben realisieren können.

Vor diesem Hintergrund kann die Ausschreibung des BMWi zu Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern als „Glücksgriff“ verstanden werden. Fehlte doch bisher ein anschaulicher Ein- und Überblick, wie Bürgerengagement mit Genossenschaften besonders in den ländlichen Regionen verbreitet sind, und wie sie weiteren Auftrieb gewinnen können. Diese Lücke wird durch die Studie, die als Ideenpool und erste Handlungshilfe für kommunale und regionale Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung konzipiert ist, ein Stück weit geschlossen.

Die Studie fokussiert auf die wichtigsten Trends und Entwicklungen. Den Leser:innen wird die Vielfalt des neueren Genossenschaftswesens in den neuen Ländern nähergebracht und ein Überblick über verschiedene büürgergenossenschaftliche Ansätze und ihre Handlungsoptionen gegeben.

Danken möchten wir den übrigen Teammitgliedern der innova eG, die in der Zeit der Erstellung der Studie oftmals auf zeitnahe Reaktionen bei anderen Projekten verzichten mussten, sowie dem Vorstand des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (BzFdG e.V.). Dieser hat uns mit seiner Expertise zahlreiche Anregungen gegeben. Ein besonderer Dank geht an unsere Kooperationspartner:innen. Es freut uns sehr, dass das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena die Studie in seine Publikationsreihe aufnimmt und so zur Sichtbarkeit der Untersuchung beitragen wird. Schließlich danken wir dem Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (IfG). Durch die vom Institut zur Verfügung gestellten Daten zum Neugründungsgeschehen konnten wir an bisherige Forschungsergebnisse anknüpfen.

Abschließen soll dieses Vorwort mit dem viel zitierten Satz von F. W. Raiffeisen: „Was einer allein nicht schafft, das vermögen Viele.“ Die vorliegende Studie bestätigt diese Erkenntnis in doppelter Weise. Ohne die gute Teamarbeit aller Beteiligten hätte in der Kürze der Zeit die Studie nicht zu einem guten Ende gebracht werden können. Auch wäre ohne die Bereitschaft unserer Interviewpartner:innen, Vorstände unterschiedlicher Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern, das „Schatzkästlein“ ihrer Erfahrungen uns gegenüber zu öffnen, ihre Breite und Anschaulichkeit nicht machbar gewesen.

Für die innova eG



Hans-Gerd Nottenbohm,
Vorstand innova eG

Vorwort

Zusammenhalt durch Zusammenarbeit

Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass der sozio-ökonomischer Strukturwandel keine Übergangserscheinung der Vergangenheit war, sondern Daueraufgabe bleiben wird. Vernichtungskrieg und Rassismus, Deindustrialisierung, Wiederaufbau, Diktatur und kalter Krieg, Systemwechsel, Betriebsaufgaben und -übernahmen, Massenarbeitslosigkeit, westlich-dominiertes Neustart und dann Konsolidierung bei zeitgleicher Globalisierung und Prekarisierung von Arbeitsplätzen haben bei den Menschen, in der Tiefengeschichte der ostdeutschen Gesellschaft und in ihren Institutionen Spuren hinterlassen, die bis in das Heute führen.

Ostdeutschland gilt bisweilen als politischer Experimentierraum, in dem sich multiple Transformations- und Modernisierungsprozesse besonders deutlich zeigen. Umso wichtiger ist es, die demokratischen, innovativen und zusammenhaltstiftenden Akteure und Konzepte sichtbar zu machen, die sich in besonders herausgeforderten Regionen auf den Weg machen, um die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern und sozialen Wandel demokratisch zu gestalten. Zukunftspessimismus als Ursache für Verdrossenheit, Populismus und Radikalisierung kann durch Optimismus der Praxis begegnet werden. Dazu gehört das Vertrauen in die Kooperation mit anderen als Grundpfeiler solidarischen Handelns im Alltag.

Klimakrise sowie ökologische Transformation, Migration, demographischer Wandel, Digitalisierung und zuletzt die Coronapandemie sind gesellschaftliche Megatrends, die vor allem in der Gleichzeitigkeit ihres Auftretens Stressoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen. Darum braucht jeder soziale Wandel Akteure, die nicht nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind.

Die Autor:innen dieser Studie zu Bürgergenossenschaften im ländlichen Raum der neuen Länder attestieren eine Renaissance dieser Genossenschaften als solche Akteure gemeinwesen- und häufig sozialraumorientierter, ergänzender Leistungen der Daseinsvorsorge. Bürgergenossenschaften zeigen sich als lebensnaher Kompromiss zwischen unbezahlttem bürgerschaftlichem Engagement, welches in der zunehmenden Privatisierung sozialer Fürsorge zu unkritisch als alleinige Lösung struktureller Versorgungsdefizite gelobt wird, und gewinnorientiertem Privatsektor, dessen Hauptinteresse nicht das gute Leben aller ist. Die demokratische und dezentrale Struktur von Genossenschaften kann sich als integratives Konzept zur Aushandlung von Interessenskonflikten und zur Gestaltung des Wandels auf lokaler Ebene erweisen, zum Beispiel in der Energiewende. Nicht zuletzt schaffen Genossenschaften soziale Orte und Räume, in denen Werte vermittelt, verhandelt und praktiziert werden. Damit erreichen und verbinden sie in Zeiten zunehmender Polarisierung auch Bevölkerungsgruppen, die sonst kaum zueinander finden würden.

Nicht alles, was glänzt, ist nur golden: Die empirisch-fundierte Studie weist auch auf Ambiguitäten, Konflikte und Hindernisse bei der Gründung und Unterhaltung von Bürgergenossenschaften hin. Damit macht sie neben den Potenzialen auch die Herausforderungen und Aufgaben deutlich, vor denen nicht nur die Stakeholder von Genossenschaften stehen. Es ist auch eine Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu verbessern und fundierte genossenschaftliche Konzepte zu unterstützen.

Jena, September 2021

Prof. Dr. Matthias Quent
Direktor des IDZ

BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN ENGAGIERT FÜR DAS GEMEINWESEN

INHALT

KURZFASSUNG **10**

1. EINLEITUNG **12**

1.1. HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG DER STUDIE 13

1.2. FORSCHUNGSDESIGN UND METHODIK 14

2. LITERATURSTUDIE: BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IM SPANNUNGSFELD VON ZIVILGESELLSCHAFT UND LÄNDLICHEM RAUM **16**

2.1. PERSPEKTIVEN AUF DAS THEMA BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN 17

2.2. LÄNDLICHER RAUM: HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SICHERUNG DER DASEINSVORSORGE UND DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT 18

2.3. ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUREN IN DEN NEUEN LÄNDERN 20

2.4. GENOSSENSCHAFTEN: ORGANISATIONSFORM MIT LÖSUNGSPOTENZIAL 23

2.5. BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN: NEUE FORMEN DER SELBSTHILFE 26

3. NEUGRÜNDUNGSDYNAMIK: BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IM REGIONALEN VERGLEICH **28**

3.1. VORBEMERKUNGEN ZUR AUSWERTUNG 29

3.2. GENOSSENSCHAFTSGRÜNDUNGEN IN DEN ALTEN UND NEUEN LÄNDERN 29

3.3. BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN 34

4. FALLSTUDIEN: BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN **38**

4.1. NAHVERSORGUNG: DORFLÄDEN 39

4.1.1. Etabliertes Geschäftskonzept mit Entwicklungspotenzialen 39

4.1.2. Bernitter Dorfladen eG: „Wir sind Dorfmittelpunkt“ 40

4.1.3. Marktzentrum Ranis eG: das kleine Stadtzentrum 42

4.1.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen 44

4.2. INFRASTRUKTURGENOSSENSCHAFTEN 45

4.2.1. Bahnhöfe als Zukunftsorte 45

4.2.2. Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG: gemeinsam die Weichen stellen 46

4.2.3. Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG: vom Abstellgleis zum Aktionsraum 48

4.2.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen 50

4.3. KULTURGENOSSENSCHAFTEN	51
4.3.1. Alternativen zur Ökonomisierung.....	51
4.3.2. Neue Kammerspiele eG Kleinmachnow: zwischen Kiez und Berlinale	52
4.3.3. Traumschüff geG: schwimmendes Wandertheater und soziales Entwicklungslabor	54
4.3.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen.....	56
4.4. MOBILITÄT	57
4.4.1. Verkehrswende durch Ladeinfrastruktur und E-Carsharing.....	57
4.4.2. Bürger Energie Drebach eG: mit Elektromobilität die Region voranbringen.....	58
4.4.3. Inselwerke eG: Carsharing für mehr Mobilität im ländlichen Raum.....	60
4.4.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen.....	62
4.5. SENIORENGENOSSENSCHAFTEN	63
4.5.1. Mit gegenseitiger Hilfe dem demographischen Wandel „trotzen“	63
4.5.2. „Alt – aber trotzdem ...Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis“ e. V.: Seniorengenossenschaft mit Pionierfunktion.....	64
4.5.3. Bürgerinitiative Stendal e. V.: „Seniorengenossenschaft“ mit Tagespflege	66
4.5.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen.....	68
4.6. WEITERE GESCHÄFTSFELDER FÜR BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN	69
4.6.1. Wiederbelebung des ländlichen Raums durch Urbane Dörfer.....	69
4.6.2. Genossenschaftliche Lösungen zur Gesundheitsversorgung.....	71

5. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR STÄRKUNG VON BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN **74**

5.1. ERKENNTNISSE AUS DEN FALLSTUDIEN	75
5.2. IN SIEBEN SCHRITTEN ZU MEHR BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN	76
5.2.1. Genossenschaftsidee fundiert vermitteln.....	77
5.2.2. Kommunen in ihrer Schlüsselfunktion unterstützen.....	78
5.2.3. Genossenschaften fachgerecht beraten.....	79
5.2.4. Genossenschaftliche Projektentwickler:innen qualifizieren	81
5.2.5. Steuerliche und rechtliche Anpassungen auf den Weg bringen	82
5.2.6. Netzwerke bilden und Sekundärgenossenschaften gründen.....	83
5.2.7. Gründungsdynamik durch Kompetenzzentren und gezielte Förderung verstetigen	84
5.2.8. Fazit: Lebensqualität in den Regionen durch Maßnahmenvielfalt stärken.....	87

6.1. NEUGEGRÜNDETE GENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN AB 2005	88
6.2. FALLVIGNETTEN	98
6.2.1. Bernitter Dorfladen eG	98
6.2.2. Marktzentrum Ranis eG	100
6.2.3. Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG	102
6.2.4. Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG	104
6.2.5. Neue Kammerspiele eG	106
6.2.6. Traumschüff geG	108
6.2.7. Bürger Energie Drebach eG.....	110
6.2.8. Inselwerke eG	112
6.2.9. AWO-Förderverein "Alt-aber trotzdem...Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis" e. V. (Senioren-genossenschaft)	114
6.2.10. Bürgerinitiative Stendal e. V. (Senioren-genossenschaft).....	116
6.3. INTERVIEWLEITFADEN	118
6.4. WEITERE INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN ZU BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN	120
6.4.1. Genossenschaftsverbände und Beratungsorganisationen für die neuen Länder.....	120
6.4.2. Das innova-Phasenmodell zur Gründungsbetreuung von Bürgergenossenschaften	123

Kurzfassung

Die vorliegende Studie untersucht Bürgergenossenschaften als relativ neue Formen der Selbsthilfe. Sie entstehen auf Initiative von Bürger:innen, die sich zusammenschließen, um bestimmte Aufgaben und Dienstleistungen in ihren Gemeinwesen eigenverantwortlich zu erbringen. Im Unterschied zum klassischen Genossenschaftsmodell verfolgen Bürgergenossenschaften ihre Ziele nicht nur zum Vorteil für die eigenen Mitglieder, sondern verstehen sich immer auch als Beitrag für das Gemeinwesen. Die genossenschaftlichen Leistungen stehen häufig als Leistungsangebot einem weiten Adressat:innenkreis zur Verfügung und verbessern vielerorts die Lebensqualität für die lokale Bevölkerung. Bürgergenossenschaften kennzeichnet damit eine besondere Hybridität: Sie sind Unternehmen ihrer Mitglieder, die mit ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb eine Leistung erbringen, und gleichzeitig Organisationen der Zivilgesellschaft, initiiert und getragen von bürgerschaftlichem Engagement.

Als mögliche Lösungsmodelle für Versorgungsprobleme in ländlichen Räumen sind Bürgergenossenschaften von besonderem Interesse. Die Studie konzentriert sich auf ihre Potenziale und Chancen speziell in den neuen Ländern. Sie richtet sich an Verantwortliche in Politik, Verwaltung und Kommunen, um für die Vorteile und auch Besonderheiten zu sensibilisieren und die Gründung und Stabilisierung mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Einführend werden anhand einer Literaturstudie Bürgergenossenschaften im Spannungsverhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement und Herausforderungen des ländlichen Raums in den neuen Ländern verortet. Deutlich wird, dass die Gründungen nicht voraussetzungslos erfolgen, sondern im Wechselspiel von finanzieller Situation, Engagementbedingungen und der Förderung durch Politik und Verwaltung vor Ort entstehen.

Hervorzuheben ist, dass die neuen Länder im Vergleich zu den alten Bundesländern nicht, wie häufig vermutet, Schlusslichter bei der Gründung von Bürgergenossenschaften sind. Vielmehr erweist sich das Gründungsgeschehen der Bürgergenossenschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl als ähnlich dynamisch. Allerdings verdeutlichen die Zahlen auch, dass Gründungen in den alten Ländern im Durchschnitt häufiger erfolgreich sind und sich seltener wieder auflösen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Bürgergenossenschaften mit zunehmender Vielfalt an Konzepten und Umsetzungsformen gegründet. Sie sind ein beeindruckendes Beispiel dafür, was mit der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, Engagement und Kompetenz, sowie mit einer breiten Unterstützung seitens der Öffentlichkeit und der Kommunen, auf den Weg gebracht werden kann.

Zehn Fallstudien aus den Branchen Nahversorgung, Infrastruktur, Kultur, Mobilität und nachbarschaftliche Hilfen liefern einen komprimierten Einblick in die Potenziale, Bedingungen und Hindernisse, mit denen sich die Akteur:innen vor Ort mit ihrem genossenschaftlichen Engagement konfrontiert sehen. Die Beispiele zeigen, dass Genossenschaften alles andere als Selbstläufer sind. Es braucht nicht nur eine gute Idee und eine Gruppe von Überzeugten, sondern auch finanzielle

Mittel, unternehmerisches Know-how, ein Netzwerk von Unterstützer:innen und viel Durchhaltevermögen, um sie auf den Weg zu bringen.

Die Studie verdeutlicht, dass das Interesse an den neuen bürgerschaftlichen Modellen groß ist und weiter zunehmen dürfte, um die Herausforderungen rund um die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu bewältigen. Aufgrund ihrer rechtsformspezifischen Verfasstheit eignen sich Genossenschaften in besonderer Weise, neue Lösungsmöglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen und Kommunen zu entwickeln und zu erproben. Sie profilieren sich als weitere Gestaltungsvariante der lokalen Governance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das freiwillige Engagement der Bürger:innen kann allerdings nicht unbegrenzt adressiert und abgerufen werden. Deutlich wurde, dass hierfür förderliche und ermöglichende Rahmenbedingungen notwendig sind. Die Unterstützung und Beteiligung der Kommunen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die für die Fallstudien befragten Initiator:innen benennen eine Reihe von Maßnahmen, die ihnen die Gründung und Stabilisierung des Geschäftsmodells erleichtert hätten, beispielsweise feste Ansprechpartner:innen in den Kommunen und auf Landesebene, um Informationen über Fördermöglichkeiten zu erhalten. Hilfreich wäre aus ihrer Sicht zudem, das notwendige Gründungswissen zu bündeln und weiteren Gründer:innen zur Verfügung zu stellen. Als wichtig für ihren Erfolg betonen sie eine breite öffentliche Unterstützung ihrer Vorhaben. Voraussetzung dafür ist, dass das Genossenschaftsmodell in seinen Besonderheiten verstanden wird, als ein demokratisches und bürger:innengetragenes Partizipationsmodell.

Die abschließenden Handlungsempfehlungen der Studie zeigen das breite Möglichkeitsspektrum auf, mit denen Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern bei der Gründung und dem Geschäftsbetrieb gefördert werden können. Vorgestellt werden sie in Form eines 7-Punkte-Planes. Dieser ist mit seinen sich wechselseitig verstärkenden Elementen als integriertes Gesamtkonzept zu verstehen, um eine stärkere Gründungsdynamik „in Gang zu setzen.“ Die Grundlagen bilden Information, Unterstützung der Kommunen und Beratung der Gründungsinitiativen bzw. existierenden Genossenschaften. Die Bausteine Promotor:innenausbildung, rechtliche Anpassungen sowie Unterstützung von Kooperation und Vernetzung sind dann etwas aufwendigere, aber besonders erfolversprechende Schritte. Diese Dynamik kann durch den letzten Punkt, die Errichtung von Kompetenzzentren, verbunden mit gezielter Förderung, zu einer dauerhaften, stabilen Entwicklung verstetigt werden. Wichtig: Die Handlungsempfehlungen zielen auf unterschiedliche politischen Handlungsebenen und Zuständigkeiten, die idealerweise ineinandergreifen, um das volle Potenzial von Genossenschaften für die Entwicklung des Gemeinwohls, insbesondere im ländlichen Raum der neuen Länder, zu entfalten.

Wenn das gelingt, können Bürgergenossenschaften mit ihren Angeboten entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort beitragen. Mit ihnen entstehen neue Gemeinschaftsangebote und „Möglichkeitsräume“ für Teilhabe und Mitbestimmung. Wenn Bürger:innen mit ihrem Engagement die Lebensbedingungen im Gemeinwesen beeinflussen und verbessern, stärkt das demokratische Prozesse vor Ort und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1. Einleitung

1.1. Hintergrund und Zielsetzung der Studie

Nachdem die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe über viele Jahrzehnte fast vergessen war, ist sie seit gut zwanzig Jahren wieder aktuell und vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien auch einer breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit bekannt (vgl. Kap. 3). Dass sich jedoch Genossenschaften gründen, die in ihren Gemeinwesen Einrichtungen übernehmen, um beispielsweise die Nahversorgung im Ort zu sichern, den ehemaligen Bahnhof vor dem Verfall zu retten, neue Kultur- und Freizeitangebote auf dem Land zu etablieren, mit innovativen Geschäftsmodellen den ÖPNV zu ergänzen oder Unterstützungsangebote in der Nachbarschaft zu organisieren – das ist neu.

Die vorliegende Studie nimmt das Potenzial und die Chancen dieser neuen „Bürgergenossenschaften“ mit dem Fokus auf die neuen Länder und dort speziell den ländlichen Raum in den Blick. Denn hier sind die Herausforderungen besonders groß, die Versorgung der Bevölkerung und die notwendige Infrastruktur aufrecht zu erhalten (vgl. Kap. 2.2). Viele Bürgergenossenschaften stellen ihre Angebote und Dienstleistungen dort bereit, wo sich der Staat aus Kostengründen bzw. der Markt mangels Profitabilität aus der Erbringung zurückgezogen haben. Sie entstehen als Reaktion auf soziale Bedarfe und Problemlagen (vgl. Flieger 2003; Blome-Drees 2017) und schließen Versorgungslücken in ihren Gemeinwesen.

Bei diesen Genossenschaften handelt es sich um neue unternehmerische Lösungen, die maßgeblich vom bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder initiiert und getragen werden (vgl. Kap. 2.5). Daraus ergeben sich besondere Potenziale und Chancen für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen, Staat und Wirtschaft als auch für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie Teilhabemöglichkeiten vor Ort. Gleichzeitig sollten Bürgergenossenschaften aber nicht als „Selbstläufer“ missverstanden werden. Denn Gründung und Engagement in Genossenschaften sind voraussetzungsvoll. Deshalb gilt es, die dafür notwendigen Ermöglichungsstrukturen und Fördermöglichkeiten seitens der Kommunen, Länder und des Bundes stärker in den Blick zu nehmen. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass Bürger:innen als Mitglieder der Genossenschaft ihr Lebensumfeld mitgestalten und so Verantwortung in ihren Gemeinwesen übernehmen können. Die Unterstützung dieser Form der bürgerschaftlichen Selbsthilfe ist also nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aufgrund ihrer demokratiefördernden Gesichtspunkte zu betrachten.

Vor dem Hintergrund zunehmender Versorgungsprobleme, dem Rückbau der kommunalen Infrastruktur aufgrund des demographischen Wandels und der Finanzierungsnot in den Kommunen (vgl. Kap. 2.2), die sich angesichts der Coronakrise weiter verschärfen dürften (vgl. Hövermann/Kohlrausch 2020), sind diese Genossenschaften als neue Formen der „bürgerschaftlichen Selbsthilfe“ (StMAS 2013) von besonderem gesellschaftlichen Interesse. In einzelnen Bundesländern gibt es seit einigen Jahren bereits erste Förderprogramme, die die Gründung und Beratung dieser Genossenschaften unterstützen.¹ In den neuen Ländern ist das allerdings weitestgehend nicht der Fall.

¹ Bayern und Niedersachsen fördern die Gründung von Sozialgenossenschaften mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 30.000 bzw. 6.000 Euro (StMAS 2013; MSGG 2018), in Baden-Württemberg können Aufwendungen für Beratung und Organisationsentwicklung übernommen werden (StMBW 2019).

Dass das Interesse an genossenschaftlichen Lösungen im ländlichen Raum der neuen Bundesländern aktuell deutlich wächst, bestätigt der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e. V. Zunehmend kommen die Teilnehmer:innen der Onlineveranstaltungen 2020 und 2021 zu neuen Sozial- und Regionalgenossenschaften oder Genossenschaften mit Gemeinwesenorientierung aus dem ländlichen Raum. Dabei sind beispielsweise ehrenamtlich tätige Bürgermeister:innen kleiner Gemeinden, Mitarbeitende in Freiwilligenagenturen, engagierte Ruheständler:innen, Architekt:innen, Künstler:innen. Sie suchen nach geeigneten Informationen, gelungenen Beispielen, vor allem auch nach passgenauer Beratung und Erfahrungsaustausch für ihre genossenschaftlichen Vorhaben. Aktuell befinden sich zahlreiche Initiativen u. a. aus dem Harz, dem Thüringer Wald sowie aus kleineren Orten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in der Orientierungsphase.

Das Ziel der Studie ist es, die Bedeutung und den besonderen Mehrwert von Bürgergenossenschaften für das soziale Miteinander und die regionale Wertschöpfung in ländlichen Räumen herauszuarbeiten und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Studie richtet sich an engagierte Bürger:innen, Verantwortliche in Politik und Verwaltung sowie Akteure in Wissenschaft und Interessenverbänden. Sie dient als Anregung und soll Interessierten und zukünftigen Gründer:innen den Weg ebnen. Dafür sind die Chancen und Potenziale der Genossenschaft stärker sichtbar zu machen. Gleichzeitig gilt es, für Gründungsvoraussetzungen und Unterstützungsmöglichkeiten dieser bürgergetragenen Modelle zu sensibilisieren, damit sie gezielter als bisher gefördert werden.

1.2. Forschungsdesign und Methodik

Um das Potenzial von Bürgergenossenschaften im ländlichen Raum der neuen Länder für ergänzende Leistungen der Daseinsvorsorge deutlich zu machen, erfolgt in Kapitel 2 die thematische Eingrenzung des Phänomens. Anhand einer Literaturstudie werden Bürgergenossenschaften im Kontext der aktuellen Debatten zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, zum Genossenschaftswesen und zur veränderten Bedeutung der Zivilgesellschaft eingeordnet und diskutiert. Herausgearbeitet werden die spezifischen Vorteile des genossenschaftlichen Modells für die freiwillige Erbringung von ergänzenden Leistungen der Daseinsvorsorge, durch die sie derzeit an Attraktivität gewinnen. Gleichzeitig werden die besonderen Herausforderungen einer zunehmenden „bürgerschaftlichen Mitverantwortung“ für die Lebensqualität und den Zusammenhalt vor Ort in den Blick genommen.

Kapitel 3 wirft einen Blick auf das deutschlandweite Gründungsgeschehen von Energie- und Bürgergenossenschaften im Zeitraum 2005–2020, die nach der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (GenG) 2006 besonderen Zuwachs erfahren haben. Hierzu wird das Gründungsgeschehen in den neuen Ländern unter besonderer Betrachtung der für das Gemeinwesen relevanten Bereiche zueinander ins Verhältnis gesetzt. Grundlage für diese Auswertung bildet ein Datensatz des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, der aufbauend auf der Gründungsstatistik der DZ Bank im Rahmen des Projekts „Neue Genossenschaften an der Schnittstelle zu Sozialem Unternehmertum“ zwischen 2015–2018 erstellt wurde.

In Kapitel 4 werden zehn genossenschaftliche Fallstudien vorgestellt. Dafür wurden Gründer:innen von Genossenschaften in den neuen Bundesländern zu ihren Erfahrungen bei der Gründung, Führung des Geschäftsbetriebs und Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung ausführlich befragt. Die Auswahl der Branchen 1. Nahversorgung, 2. Infrastruktur, 3. Kultur, 4. Mobilität und 5. Nachbarschaftliche Hilfen erfolgte mit der Zielsetzung, besonders die Bereiche ergänzender Leistungen der Daseinsvorsorge in den Blick zu nehmen, die bislang in einer wenig systematisierten Weise erfasst worden sind. Bewusst wurde an dieser Stelle auf eine Darstellung des Sektors der Energiegenossenschaften verzichtet, da dieser in den letzten Jahren in zahlreichen Studien untersucht worden ist. Zielführender schien statt eines Fokus auf überregional bekannte Leuchtturmprojekte der Versuch, genossenschaftliche Projekte in ihrem regionalen Wirkungsfeld zu erfassen und damit das regional Spezifische deutlich werden zu lassen. In jeder Branche wurden zwei Genossenschaften befragt. Zu jeder Fallstudie findet sich ein detailliertes Profil in Form einer Fallvignette im Anhang (Kap. 6). Die jeweiligen branchenspezifischen Ergebnisse werden am Ende der Fallstudien kurz zusammengefasst.

Kapitel 5 zieht Schlussfolgerungen aus der Studie und benennt besondere Herausforderungen der Gründung und erfolgreichen Führung von Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern. Anhand der Fallstudien werden ihr Wirkungspotenzial in ihren Gemeinwesen herausgearbeitet sowie die sozioökonomischen und räumlichen Bedingungen einer erfolgreichen Entwicklung bestimmt. Definiert werden ebenfalls Bedarfe der Bürgergenossenschaften sowie Lösungsvorschläge, wie diesen begegnet werden kann.

2. Literaturstudie: Bürgergenossenschaften im Spannungsfeld von Zivilgesellschaft und ländlichem Raum

2.1. Perspektiven auf das Thema Bürgergenossenschaften

In den vergangenen zwanzig Jahren haben sich die Bürgergenossenschaften in sehr unterschiedlichen Geschäftsfeldern etabliert, u. a. in den Bereichen Kunst, Kultur, Soziales, Infrastruktur und kommunale Dienste. Dazu zählen Dorfläden, Kultureinrichtungen wie Theater oder Programmkinos, Kneipen und Stadtteilcafés, Sport- und Freizeiteinrichtungen, aber auch Nachbarschaftshilfen für Ältere, genossenschaftliche Kindergärten oder Schulen (Hanisch/Thürling 2020). Als Reaktion auf bestehende Versorgungsprobleme und Bedarfe im lokalen Gemeinwesen sind es zunehmend die Bürger:innen selbst, die sich eigenverantwortlich organisieren und zusammenschließen, um mit dem Modell der genossenschaftlichen Selbsthilfe ergänzende Aufgaben zur Daseinsvorsorge (Kap. 2.2) zu übernehmen. Diese neuen Genossenschaften schließen Versorgungslücken dort, wo Leistungen von staatlicher Seite nicht mehr finanziert werden oder sich privatwirtschaftliche Angebote nicht mehr rechnen, entweder indem sie Leistungen erhalten, die wegzubrechen drohen, oder indem sie neue Angebote entwickeln und erbringen (vgl. Kluth 2018: 252; Adams 2019).

Nachfolgend wird das Thema Bürgergenossenschaften aus den drei Forschungsperspektiven ländlicher Raum, Zivilgesellschaft und Genossenschaften in den Blick genommen. Die Debatten und Erkenntnisse aus diesen drei Strängen werden aufeinander bezogen und Bürgergenossenschaften mit ihren Besonderheiten, Potenzialen und Voraussetzungen in diesem thematischen Dreieck verortet.



Quelle: innova eG, eigene Darstellung.

2.2. Ländlicher Raum: Herausforderungen für die Sicherung der Daseinsvorsorge und den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der ländliche Raum steht vor zunehmenden Herausforderungen. Dies gilt insbesondere in den neuen Ländern, wo 62 % der Bevölkerung in ländlichen Räumen leben (vgl. BMEL 2020: 17; eigene Berechnung). Dort sind die Folgen des demographischen Wandels durch das sukzessive Wegbrechen von Funktionen der öffentlichen Infrastruktur und den damit einhergehenden Verlust von Lebensqualität für die Menschen vor Ort real spürbar. Seit Jahren sehen sich politische Entscheidungsträger:innen in den Kommunen mit der Abwanderung der jüngeren Bevölkerung und sinkenden Einnahmen konfrontiert. Gleichzeitig steigen die Versorgungsbedarfe einer alternden Bevölkerung mit der Folge höherer Ausgaben für die Infrastruktur.

Diese Dynamik ist kein ausschließliches Phänomen der neuen Länder. Auch im westdeutschen Bundesgebiet erweist sich die Lage in vielen Kommunen als angespannt (vgl. BMI 2019). Doch die Ausgangssituation und Resilienz bzw. die Bedingungen der Kommunen in den neuen Ländern, mit diesen Herausforderungen umzugehen, sind vergleichsweise schwieriger. Das bestätigt der aktuelle Bericht zum Stand der Deutschen Einheit, der jährlich vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer vorgelegt wird. Zwar hat sich die Differenz zwischen Ost und West in den vergangenen zehn Jahren verringert. Dennoch liegt die Wirtschaftskraft gemessen am BIP pro Kopf in den ostdeutschen Flächenländern bei 74 % des westdeutschen Niveaus, mit Berlin eingerechnet sind es 81 % (vgl. BMWi 2021: 94; eigene Berechnungen). Die Tatsache, dass 30 Jahre nach der Wende kein östliches Bundesland die Wirtschaftskraft eines westdeutschen Bundeslandes erreicht, weist auf strukturelle Ursachen hin.

Die vielgestaltigen, schnellen Anpassungsprozesse der neuen Länder an das bundesdeutsche Gesellschaftssystem in rechtlicher, wirtschaftlicher und letztlich sozialer Hinsicht waren mit mehrfachen Brüchen verbunden. Mit den Auswirkungen der zahlreichen Übergangsgesetze und Privatisierungswellen sowie dem Aufbau neuer Strukturen und Verwaltungen wurden die Kräfte und Ressourcen der Bürger:innen und Verantwortungsträger:innen stark gebunden. Die Jüngeren zogen den Arbeitsplätzen hinterher. Vor Ort blieben die älteren und weniger mobilen Bewohner:innen mit entsprechenden Folgen für die Einnahmesituation der Gemeinden. Durch die Halbierung der Geburtenzahlen und die Abwanderung junger Menschen in den 1990iger Jahren fehlt in den neuen Ländern eine ganze Generation. Sie fällt weg, sowohl als Eltern als auch als Arbeitskräfte (vgl. Fuchs et al. 2020).

Aufgrund der geringeren Wirtschaftskraft und der strukturellen Schwäche sind die neuen Länder sehr viel stärker von Prozessen der Abwanderung und Peripherisierung betroffen (vgl. Höcke 2018). Seit 1990 hat der Osten, bis auf wenige Ausnahmen in städtischen Ballungsgebieten um Berlin, der Städteteachse in Thüringen oder der Region Halle-Leipzig, mindestens 20 % der Bevölkerung verloren (vgl. BBSR 2017: 13). Während zwischen den Jahren 2005–2015 jede zehnte Gemeinde in Westdeutschland mehr als 10 % ihrer Bevölkerung verloren hat, trifft dies auf jede zweite

ostdeutsche Gemeinde zu. Davon deutlich häufiger betroffen sind Kleinstädte und Landgemeinden in peripherer Lage (vgl. ebd.: 12). Erst seit 2015 sind die Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland im Saldo annähernd ausgeglichen (vgl. BiB 2021).

Sinken die öffentlichen Einnahmen und können Infrastrukturen nicht mehr kostendeckend erbracht werden, sind auch privatwirtschaftliche Angebote nicht mehr rentabel: Lebensqualität und Attraktivität der Regionen als Wirtschaftsstandort drohen abzunehmen, wodurch sich regionale Unterschiede weiter verstärken können.

Die zunehmenden regionalen Disparitäten und die Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur haben Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Ausgestaltung der lokalen Demokratie. Dort, wo Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht mehr in der Lage sind, Veränderungsprozesse in ihren Gemeinwesen förderlich zu gestalten, sinkt das Vertrauen in demokratische Prozesse (BBSR 2012: 5; Decker et al. 2019: 33–34). Gleichzeitig führt der Verlust von Einrichtungen der Infrastruktur dazu, dass in den lokalen Gemeinwesen sukzessive „soziale Orte“ wie Kindergärten, Gaststätten oder Kultur- und Freizeitangebote wegbrechen. Sie sind aber unverzichtbar, weil sich gerade hier das gemeinschaftliche Leben kristallisiert und gesellschaftliche Integration und Teilhabe stattfinden können (vgl. Arndt et al. 2020).

Dass die zunehmenden Disparitäten innerhalb Deutschlands eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen, wurde auch im Bericht der Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse problematisiert (BMI 2019). Ziel und Maßgabe des Regierungshandelns ist es deshalb, der ungleichen Entwicklung der Lebensverhältnisse entgegenzuwirken. Neben einer gezielten Strukturpolitik für ländliche Räume und Investitionen in den Ausbau digitaler Infrastruktur und Mobilität spielen dafür die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Förderung bürgerschaftlichen Engagements eine entscheidende Rolle:

„Engagement, Ehrenamt und Demokratieförderung sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die nachhaltige Stärkung der Demokratie und damit für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes von entscheidender Bedeutung. [...] Gerade in den ländlichen Räumen haben Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition und tragen wesentlich zur Sicherung der Daseinsvorsorge, zum Erhalt des Miteinanders und zur Lebensqualität bei.“ (BMI 2019: 14)

Erklärtes Ziel ist es deshalb, die vorhandenen Potenziale und Ressourcen engagierter Bürger:innen durch staatliches Handeln zu fördern, um Probleme der Daseinsvorsorge (vgl. Info-Kasten) zu bewältigen und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Diese zunehmende Einbindung und Adressierung der Zivilgesellschaft gilt im öffentlichen Diskurs längst als gesellschaftspolitisch notwendig bzw. alternativlos (Steinführer et al. 2012: 143ff.; BMFSFJ 2017):²

„Die herkömmlichen sozialen Sicherungssysteme und rein staatliche Mittel werden nicht ausreichen. Sie sind schon heute stark strapaziert. Also müssen die Deutschen sich auf mehr Eigenverantwortung und auf eine verstärkt eigenständige Gestaltung ihrer Lebensbereiche einstellen. Einer der möglichen

² So sind mittlerweile Aktivitäten zur Förderung von Engagement auch im Rahmen von Förderprogrammen anerkannt und förderfähig (vgl. BBSR 2017).

Lösungswege könnte sein, bestimmte Dienstleistungen in die eigenen Hände zu nehmen: Deutschland braucht eine neue, vor allem noch stärkere bürgerschaftliche Engagementkultur.“ (Generali 2009)

In der Konsequenz verschieben sich die Verantwortlichkeiten zwischen den Sphären Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dabei entstehen neue Konstellationen aus öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteuren bei der Erbringung bestimmter Leistungen der Daseinsvorsorge. Diese Entwicklung und der damit einhergehende Wandel politisch-administrativer Prozesse werden unter dem Begriff der „Local Governance“ breit diskutiert (vgl. Walk/Dienel 2009: 198ff.). Die sich dabei entwickelnde, aktivere Rolle der Bürger:innen kann durch Prozesse der Beteiligung und Teilhabe in den Gemeinwesen gestärkt werden. Die Adressierung der Bürger:innen zur Bewältigung von Versorgungsproblemen wird jedoch zunehmend kritisch diskutiert. Darauf wird nachfolgend genauer eingegangen.

Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge umfasst die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen. Verwaltungswissenschaftlich wird dabei zwischen kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen unterschieden (vgl. BBSR 2017: 6). Der Begriff kann aber auch weiter verstanden werden als „all jene infrastrukturellen Einrichtungen und Dienstleistungen, die für die Gestaltung oder Wiederherstellung von Alltag in ländlichen Räumen von grundlegender Bedeutung sind“ (Steinführer et al. 2012: 10).

2.3. Zivilgesellschaft und bürgerschaftliche Infrastrukturen in den neuen Ländern

Um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, hat die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse die Errichtung einer „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ (DSEE) empfohlen. Diese Stiftung nahm im Juli 2020 in Neustrelitz, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern, ihre Arbeit auf. Ganz bewusst wurde die Stiftung in einem ostdeutschen Flächenland angesiedelt. Denn, spiegelbildlich zur sozialen und wirtschaftlichen Situation und einer Angleichung in den vergangenen zwanzig Jahren, stehen Zivilgesellschaft und bürgerschaftlich Engagierte im ländlichen Raum der neuen Länder vor besonderen Herausforderungen.

In Deutschland engagieren sich nach den jüngsten Erhebungen 40% der Bevölkerung. Dabei liegt der Wert in den neuen Ländern mit 37% leicht darunter (Simonson et al. 2019). Zu Beginn der Erhebung im Jahr 1990 war der Anteil der engagierten Bevölkerung dort noch höher als im Bundesgebiet. Er fiel jedoch in der Nachwendezeit deutlich ab, so dass der Unterschied im Jahr 1999 bei fast 10 Prozentpunkten lag (25% Ost, 33% West). „Durch diese Entwicklung kam vielen Bürgerinnen und Bürgern der organisatorische Rahmen für ihr Engagement abhanden.“ (BMFSFJ 2017: 142ff.) Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ist diese Diskrepanz deutlich geringer geworden. So ist der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung in den Jahren zwischen 1999–2019 insgesamt

gestiegen. Demnach hat er vor allem in den neuen Ländern deutlich zugenommen (12 % im Osten, 7 % Westen; vgl. Simonson et al. 2019: 80).

Der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2017) ergänzt, dass ein Großteil des Engagements v. a. in ländlichen und ländlich geprägten Räumen stattfindet. Im gesamtdeutschen Bundesdurchschnitt engagieren sich mit 54 % fast 10 % mehr Menschen als in Großstädten oder Klein- und Mittelstädten (44 % bzw. 43 %; vgl. ebd.: 169). Der Grund dafür ist, dass Vereinsstrukturen auf dem Land für das Gemeinschaftsleben eine viel wichtigere Bedeutung haben als in der Stadt. Dort besteht häufig ein größeres kulturelles Angebot. Im ländlichen Raum engagieren sich viele Menschen dagegen in Sport- und Freizeitvereinen, aber auch im Unfall- und Rettungsdienst sowie der Freiwilligen Feuerwehr. In den strukturschwachen Gebieten der neuen Länder sind jedoch weniger Menschen in solche Strukturen eingebunden, nicht zuletzt, weil die Wege zu den Organisationen deutlich länger sind (Olk/Gensicke 2014). Besonders ins Gewicht fallen diese Zahlen angesichts der Tatsache, dass über die Hälfte der Bevölkerung in Ostdeutschland im ländlichen und ländlich geprägten Raum lebt (62 %, BMEL 2020: 17; eigene Berechnung).

Die Ursachen hierfür sind strukturell bedingt und verstärken sich wechselseitig: „Abwanderung, Überalterung und schwache Infrastruktur erschweren in den dünnbesiedelten ländlichen Regionen Ostdeutschlands auch das Engagement und verringern dessen Entwicklungsmöglichkeiten“ (BMFSFJ 2017: 142ff.) Diese Dynamik stellt die Zivilgesellschaft vor zunehmende Herausforderungen. „Zugleich führen schwächere wirtschaftliche Strukturen auch zu geringerer materieller und finanzieller Unterstützung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Vereinfacht gesagt: Wo es weniger potenzielle Sponsoren und Spender gibt (und das ist zu einem erheblichen Grad der kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands geschuldet), leidet auch das regionale Vereinsleben.“ (BMWi 2020: 101ff.).

Eine Organisationsstudie zu Engagementinfrastrukturen in den neuen Ländern bestätigt diese Befunde. So erweist sich deren finanzielle Situation als prekärer, weil hier seltener Eigenmittel zur Verfügung stehen und so die Abhängigkeit von öffentlichen Geldern größer ist. 71 % der befragten Einrichtungen gaben an, finanzielle Schwierigkeiten zu haben, im Vergleich zu 50 % der Einrichtungen im westdeutschen Bundesgebiet (Krimmer et al. 2020). Zudem ist das Engagement im Westen traditionell stärker an Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen gebunden. Die Ergebnisse des Engagementatlas 2015 zeigen, dass Einrichtungen, die Engagement fördern und binden, z. B. Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, soziokulturelle Zentren sowie Stabsstellen für Engagement in Kommunen, in den ostdeutschen Flächenländern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl seltener sind (vgl. Generali 2015: 14).

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass es in den neuen Ländern weniger an Engagementbereitschaft mangelt (vgl. Walk/Dienel 2009), sondern geeignete und stabile Engagementinfrastrukturen fehlen: „Viele der Einrichtungen seien nur schwach besetzt und häufig auch unterfinanziert, sodass die erstrebte strategische Planung und Förderung des Engagements kaum möglich sei.“ (BMFSFJ 2017).

Bürgerschaftliches Engagement (vgl. Infokasten) spielt für den Erhalt der Lebensqualität und den Zusammenhalt vor Ort vor allem im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. So sind Engagierte in der

Feuerwehr, im Rettungsdienst, in der Kinderbetreuung oder in der Pflege älterer Menschen freiwillig tätig (vgl. Eberhardt et al. 2014). Das Engagement der Bürger:innen kann eine tragende Rolle bei der Verbesserung der Versorgungslage und des Angebots sozialer Dienstleistungen einnehmen. In vielen strukturschwachen Regionen ersetzt das Engagement bereits öffentlich finanzierte oder privatwirtschaftliche Leistungen, z. B. im Fall von Dorfläden, die die Nahversorgung bürgerschaftlich absichern (vgl. Eberhardt et al. 2014).

Während einerseits das innovative Potenzial und die Vorteile dieser neuen Formen der Ko-Produktion zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft betont werden, wird diese Entwicklung auch als „Indienstnahme“ kritisch reflektiert, denn: „Der Grat zwischen synergetischen Koproduktionen und ökonomistisch verengten Instrumentalisierungen des Engagements ist schmal“ (Klein 2016: 102). Wo Bürger:innen ehemals öffentlich organisierte und finanzierte Aufgabenbereiche ehrenamtlich übernehmen, droht die Zivilgesellschaft zum Korrektiv und „Ausfallbürgen“ staatlicher Defizite zu werden. Auf diese Weise wird das eigentlich freiwillige Engagement zur (un)freiwilligen Ressource. Wenn Partizipation und Teilhabe der Bürger:innen in den Gemeinwesen nicht nur gefördert, sondern zunehmend auch eingefordert werden, geraten die Ursachen des Strukturabbaus und Überforderungstendenzen der Engagierten aus dem Blickfeld (vgl. Eckes et al. 2019: 33). Denn das freiwillige Engagement der Bürger:innen ist voraussetzungsreich und keine unerschöpfliche Ressource (vgl. ebd.: 15): Während die Anforderungen an Engagierte zunehmen, sinkt gleichzeitig die Bereitschaft für langfristiges Engagement. Entsprechend gestaltet sich die Gewinnung von Freiwilligen insbesondere für verantwortliche Funktionen aufgrund des demographischen Wandels und zunehmender Flexibilitätsanforderungen als schwierig.

In einer zusammenführenden Literaturstudie zu Engagement und Demokratiestärkung speziell in ländlichen Räumen identifiziert das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) eine Reihe begünstigender und hemmender Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Dazu zählen das Vorhandensein sozialer Orte, die Verfügbarkeit finanzieller Mittel und Schlüsselpersonen, die sich bestimmte Vorhaben zutrauen und in Gang bringen. Wichtig sind zudem Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation auf überregionaler Ebene für die Engagierten, aber auch für Verwaltung und Politik. Hemmend kann der sozioökonomische Status sein: In Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit und niedrigen Bildungsabschlüssen engagieren sich Menschen seltener (vgl. Eckes et al. 2019: 14ff.).

Mit Blick auf die Situation im ländlichen Raum in den neuen Ländern zeigt sich, was im Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ als „Engagementparadox“ bezeichnet wird: Wo das bürgerschaftliche Engagement besonders gebraucht wird, um Versorgungsprobleme abzufedern und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, findet es seltener statt. Auch sind die Bedingungen, dieses zu fördern, ungleich schwieriger (vgl. BMWi 2020: 101). In diesem Zusammenhang verweist beispielsweise Embacher (2021) darauf, dass sich Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht wechselseitig bedingen, sondern das eine das andere voraussetzt:

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt bringt gewissermaßen die Bereitschaft zum Engagement hervor. Sind jedoch desintegrative Kräfte [...] zu stark, verringert dies die Chancen auf die Entfaltung von Engagement im Sinne einer Stärkung des demokratischen Gemeinwesens“ (ebd.).

So führt nicht jedes freiwillige und ehrenamtliche Engagement zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt (vgl. Eckes et al. 2019: 32). In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Vertreter:innen autoritärer und extrem rechter Strukturen sich leichter mit ihren gezielt exkludierenden und demokratiefeindlichen Positionen profilieren können, wo die Versorgungssituation in den Gemeinwesen prekär und der gesellschaftliche Zusammenhalt geschwächt ist (vgl. Deppisch et al. 2019; Dilling/Kiess 2021). Das gilt zwar nicht ausschließlich, aber im Besonderen doch für die neuen Länder. Im Rahmen einer präventiven Strategie gilt es deshalb, bürgerschaftlichen Beteiligung zu ermöglichen, um so das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse zu stärken (vgl. Buchstein/Heinrich 2010). Die genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstverantwortung bieten hierfür ein besonderes Potenzial, wie im Folgenden gezeigt wird.

Bürgerschaftliches Engagement

Der Begriff des „bürgerschaftlichen“ Engagements betont im Unterschied zum freiwilligen oder ehrenamtlichen Engagement die Eigenverantwortlichkeit und (Selbst-)Verpflichtung der Bürger:innen gegenüber dem Gemeinwesen. Es handelt sich um freiwilliges, unentgeltliches und am Gemeinwohl orientiertes Engagement, das einen öffentlichen Charakter hat und in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt wird (vgl. Dt. Bundestag 2002: 24, 38).

2.4. Genossenschaften: Organisationsform mit Lösungspotenzial

Seit ungefähr zwanzig Jahren erlebt die Wirtschafts- und Rechtsform der Genossenschaften eine regelrechte Renaissance. Die Organisationsform gilt als wirtschaftliche Alternative zum profitorientierten kapitalistischen Unternehmensmodell, das seit Beginn der Finanzkrise, wachsenden sozialen und regionalen Ungleichheiten und den Folgen des Klimawandels zunehmend in der Kritik steht (vgl. dazu u. a. Flieger 2016; Elsen/Walk 2016; Elsen 2015; Deutschmann 2014; ICA 2013).

Die Genossenschaft ist von ihrem rechtlich fixierten Unternehmenszweck nicht dem Gewinn, sondern der Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet und kann so die Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit stellen (Förderprinzip). Weil die Eigentümer:innen gleichzeitig auch Nutzer:innen der Leistung sind (Identitätsprinzip), haben sie ein hohes Interesse an einer nachhaltigen Geschäftsführung. Zudem sind Genossenschaften demokratisch kontrollierte Unternehmen. Jedes Mitglied verfügt unabhängig vom eingebrachten Kapital über nur eine Stimme (Demokratieprinzip), so dass unterschiedliche Akteure (Bürger:innen, Unternehmen, Kommunen) gleichberechtigt zusammenarbeiten können.

Als etablierte Beispiele hierfür kann auf die Konsumgenossenschaften oder die Wohnungsbaugenossenschaften verwiesen werden. Bei den Wohnungsbaugenossenschaften sind die Mitglieder Mieter:innen und Vermieter:innen zugleich (Identitätsprinzip). Ihr Zweck ist die Versorgung der Mitglieder mit preisgünstigem, sicheren Wohnraum in guter Nachbarschaft (Förderprinzip). In der

Generalversammlung, in der u. a. die Bilanz und die Ausschüttung von Überschüssen beschlossen wird, verfügen alle Mitglieder unabhängig von der Höhe ihrer Genossenschaftseinlage über eine Stimme (Demokratieprinzip),

Das Interesse an den Genossenschaften wurde in der jüngeren Vergangenheit flankiert von einer Reihe öffentlichkeitswirksamer Kampagnen und Jubiläen, darunter das Internationale Genossenschaftsjahr 2012, die Anerkennung der Genossenschaftsidee als immaterielles Weltkulturerbe der Menschheit in 2016 (Deutsche UNESCO Kommission 2016) und zuletzt die Feierlichkeiten anlässlich des 200-jährigen Raiffeisen-Jubiläums im Jahr 2018 (vgl. DRV 2018).

Auch mit Blick auf den demographischen Wandel, Peripherisierungsprozesse und die Herausforderungen in strukturschwachen ländlichen Räumen sind genossenschaftliche Lösungsansätze von zunehmender Bedeutung. Im Abschlussbericht der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse wird das Modell zur Sicherung der Daseinsvorsorge explizit empfohlen:

„Für die verschiedenen Aufgabenfelder der Sicherung der ländlichen Daseinsvorsorge können Genossenschaften mit ihrer demokratischen Organisationsform und ihrer örtlichen bzw. regionalen Einbindung eine Lösung sein: Die Menschen vor Ort nehmen ihr Geschick selbst in die Hand und finden passgenaue Lösungen. Genossenschaften gehören somit zu den Erfolgsmodellen für starke ländliche Räume. Sie fördern die regionale Wertschöpfung, binden bürgerschaftliches Engagement ein und erfüllen anstehende Aufgaben nachhaltig. [...] Wir empfehlen die Förderung des Aufbaus und der Stärkung genossenschaftlicher Modelle zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen (z. B. genossenschaftliche Dorfläden, genossenschaftliche Modelle zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung, genossenschaftlich organisierte Bürgerbusse und Carsharing-Angebote)“ (BMI 2019: 70).

Die Struktur der Genossenschaften ermöglicht in besonderer Weise Beteiligung (vgl. Kluth 2018: 254; Elsen/Walk 2016), so dass sie sich positiv auf den Zusammenhalt im Gemeinwesen auswirkt. Aufgrund der spezifischen Gleichzeitigkeit der sozialen Aspekte einer Mitgliederorganisation und der wirtschaftlichen Anforderungen eines Unternehmens prägte Georg Draheim (1952) dafür den Begriff der „Doppelnatur“. Vor diesem Hintergrund können Genossenschaften „in lebensweltlichen Kontexten und weitgehend in bürgerschaftlicher Selbstorganisation Lösungen jenseits der Logiken der Systeme Markt und Staat generieren“ (Elsen 2014: 34). Auch deshalb wurden die Rechtsform für bürgerschaftlich motivierte Zusammenschlüsse mit den Novellierungen in den Jahren 2006 und 2017 vom Gesetzgeber explizit gestärkt und die Gründung erleichtert (vgl. Kluth 2019: 128; Markmann 2018).

Örtliche bzw. regionale Ressourcen können mit der Genossenschaft gebündelt werden. Auf diese Weise kann eine stabile und doch gleichzeitig flexible Kooperation von privaten und kommunalen Partnern entstehen. Die Bürger:innen als Mitglieder der Genossenschaft bringen Eigenkapital und Eigenarbeit in die Genossenschaft ein. Dafür verfügen sie über eine Stimme in der Generalversammlung. Genossenschaften bilden also durch ihr Alleinstellungsmerkmal im Zweck, durch ihre Struktur und ihre Partizipationsmöglichkeiten die ideale Basis einer nachhaltigen Entwicklung von Initiativen in gemeinschaftlicher Selbstverantwortung.

Genossenschaften können in ihren Gemeinwesen Funktionen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Verkauf bzw. der Schließung schützen. Sie tragen dadurch, geprägt vom Engagement und der (finanziellen) Beteiligung der Bürger:innen, direkt zu einer verbesserten Infrastruktur und Lebensqualität vor Ort bei und schaffen so „Bleibefaktoren“. Auf der Ebene der Gemeinden nehmen die Wahrnehmung und das Interesse an der Rechtsform deshalb zu:

„Inzwischen lockt die hohe Anziehungskraft der Genossenschaftsidee auch die Kommunen. Angestoßen durch gesetzgeberische Impulse erleben die Genossenschaften auf der kommunalen Ebene derzeit bundesweit einen Aufschwung. Viele Kommunen sehen im Rückgriff auf genossenschaftliche Kooperationsformen nämlich eine Option, um unter den schwierigen Rahmenbedingungen der Finanznot und des demographischen Wandels die kommunale Infrastruktur erhalten und ihren Bürgern bestmögliche Leistungen der Daseinsvorsorge anbieten zu können“ (Bauer et al. 2014: 7).

Die genossenschaftliche Selbsthilfe ist historisch und ideengeschichtlich eng mit der Idee der kommunalen Selbstverwaltung verknüpft. Deshalb ist die Förderung von Genossenschaften auch heute noch in vielen Landesverfassungen verankert (vgl. Kluth 2018; Bauer et al. 2014; auch Löffler et al. 2019). Im Fall der Bürgergenossenschaften sind Kooperationen zwischen Kommune und Bürger:innen von besonderem Interesse. So bestätigt ein Gutachten im Auftrag des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, in Kooperation mit dem Deutschen Genossenschaftsverband, dass die kommunale Beteiligung an einer Genossenschaft gesellschaftsrechtlich zulässig ist (DStGB 2018; vgl. auch BWGV 2017). Mit der Novellierung des GenG von 2017 hat der Gesetzgeber hier Erleichterungen geschaffen. Vertreter:innen von Kommunen können seitdem als „geborenes Mitglied“ im Aufsichtsrat vertreten sein und deren Interessen langfristig mit einbringen.

Genossenschaften

Genossenschaften sind eine Rechts- und Organisationsform, die der Förderung ihrer Mitglieder und nicht dem Gewinn verpflichtet ist (§1 Abs.1 GenG). Sie ist demokratisch organisiert, denn alle Mitglieder haben eine Stimme, unabhängig davon, wie viele Genossenschaftsanteile sie zeichnen. Das Besondere ist, dass die Mitglieder gleichzeitig Eigentümer:innen und Nutzer:innen der Genossenschaft sind und mit dem gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb eine Leistung für sich bzw. Dritte erbringen.

2.5. Bürgergenossenschaften: neue Formen der Selbsthilfe

Mit dem Begriff der Bürgergenossenschaften (vgl. Klie 2021) sind Formen der Kooperation angesprochen, die maßgeblich von Bürger:innen angestoßen und umgesetzt werden. Häufig synonym verwendet werden auch Begriffe wie Sozialgenossenschaften (vgl. Göler von Ravensburg 2015; Flieger 2003; Schmale/Blome-Drees 2017), Infrastrukturgenosenschaften (Kluth 2018) oder Genossenschaften der Daseinsvorsorge (Adams 2019). Gemeinsam ist all diesen Begrifflichkeiten, die sich kaum trennscharf voneinander abgrenzen lassen, dass es sich dabei um Genossenschaften handelt, die sich als Reaktion auf bestehende soziale Bedarfe oder gesellschaftliche Problemlagen gründen (Flieger 2003: 13, Blome-Drees 2017: 63ff.). Analytisch handelt es sich um sogenannte „gemeinwesenorientierte“ Genossenschaften, das heißt Genossenschaften, „[...] in denen sich sowohl Menschen mit als auch ohne unmittelbar eigennützige Ziele zusammenfinden, um die Lebensqualität in einer Kommune oder Region zu verbessern oder zu erhalten“ (Göler von Ravensburg 2015: 147; vgl. auch Elsen 2015: 181).

Im Unterschied zum klassischen Genossenschaftsmodell, bei dem sich die Leistung in erster Linie an die eigenen Mitglieder richtet, erbringen diese Genossenschaften ein Angebot, das über den Mitgliederkreis hinausreicht und als Gemeingut den Bürger:innen im lokalen Nahraum zur Verfügung steht (vgl. Thürling 2020). Das häufig auch ausdrücklich formulierte Ziel des Zusammenschlusses und der wirtschaftlichen Tätigkeit ist es, einen Beitrag bzw. Mehrwert für das Gemeinwesen zu leisten. Bei diesen Gründungen handelt es sich insofern um bürgerschaftlich motivierte Unternehmen, die an der Schnittstelle zur Zivilgesellschaft bzw. des sogenannten „Dritten Sektors“³ verortet werden können (vgl. Defourney 2014: 34; Priller/Zimmer 2019).

Da im deutschsprachigen Genossenschaftswesen der Förderauftrag gegenüber den Mitgliedern und die unternehmerische Dimension des Genossenschaftsgedankens traditionell stärker betont wird als in anderen Ländern Europas, ordnet sich die große Mehrheit der Genossenschaften hierzulande auch nicht zum Dritten Sektor zu.⁴ Entsprechend wenig ausgearbeitet ist bisher die Schnittstelle von Genossenschaftswesen und Zivilgesellschaft (Flieger 2011: 499; Elsen/Walk 2016: 64ff.). Obwohl sie als klassische „Infrastrukturen“ für bürgerschaftliches Engagement gelten können (vgl. Alscher: 2008), werden Genossenschaften in der Bundesrepublik überwiegend als Unternehmen sowie ihre wirtschaftliche Performance am Markt thematisiert (vgl. Walk 2019: 137). Spiegelbildlich

³ Der Begriff des Dritten Sektors bezeichnet einen gesellschaftlichen Teilbereich zwischen Staat (1. Sektor), Markt (2. Sektor) und Gemeinschaft/Familie (4. Sektor) als Summe von Institutionen, Organisationen und Individuen, die durch einen starken Gemeinwohlbezug und partizipativen Charakter geprägt sind (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16). Dieser intermediäre Bereich weist jedoch gleichzeitig Bezüge zu den angrenzenden Sektoren Staat, Markt und Gemeinschaft auf. So stellen Organisationen des Dritten Sektors zum Teil öffentliche Güter bereit, sind unternehmerisch aktiv und dabei gleichzeitig auf starke soziale Netzwerke, Vertrauen und Freiwilligkeit angewiesen (vgl. Bode/Evers 2004: 101).

⁴ Nach dem deutschen, mehrheitlich liberal-mittelständisch geprägten Genossenschaftsverständnis, widerspricht eine Orientierung an Gemeinwohlinteressen teilweise dem genossenschaftlichen Förderauftrag (vgl. IRU 1990: 13ff.). Im Unterschied dazu ist das Genossenschaftswesen in Frankreich, Großbritannien, Portugal, Spanien und Italien stärker sozialreformerisch orientiert. Entsprechend wird dort ein besonderer gesellschaftspolitischer Auftrag, auch in Abgrenzung zu gewinnorientierten Unternehmen, betont (Defourney/Nyssens 2013; vgl. dazu ausführlich Thürling 2020).

dazu wird die Genossenschaft als Organisationsform in der Zivilgesellschaftsforschung eher vernachlässigt. Entsprechend spielt sie in der Praxis nach wie vor eine Außenseiterrolle. Die meisten Förderprogramme für bürgerschaftliches Engagement sind auf Vereine bzw. die Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff. Abgabenordnung (AO) zugeschnitten. Für Genossenschaften ist es daher, trotz einer expliziten Gemeinwohlorientierung, oftmals nicht möglich, die Förderkriterien zu erfüllen.

Dabei weist bürgerschaftliches Engagement in Genossenschaften in vielen Fällen über andere zivilgesellschaftliche Ansätze hinaus, indem die Engagierten gleichzeitig unternehmerisch tätig sind (Flieger 2011). Hieraus ergeben sich einerseits besondere Potenziale, andererseits auch Widersprüchlichkeiten zwischen dem Engagement als freiwillige und gleichzeitig wirtschaftlich notwendige Ressource: Sind doch viele Bürgergenossenschaften bei ihrem Leistungsangebot maßgeblich darauf angewiesen, dass Aufgaben unentgeltlich übernommen werden (Thürling 2021). Vor diesem Hintergrund verweisen Willersinn et al. (2015) darauf, dass die beiden größten Hemmnisse für Genossenschaften die Wirtschaftlichkeit und das Gelingen der Nachfolge sind (vgl. ebd.: 58).

Die bisherige Forschung verdeutlicht eine regional unterschiedliche Gründungsdynamik von Bürgergenossenschaften (vgl. Kap. 2.3.1; Thürling 2019): Gründungen in wirtschaftlich schwachen Regionen kommen sehr viel seltener vor. Aus der Engagementforschung ist bekannt, dass Engagement voraussetzungsvoll ist. Insofern gilt es bei politischen Intentionen, mehr Bürgergenossenschaften auf den Weg zu bringen, jeweils die lokalen und regionalen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen hierfür realistisch einzuschätzen. Mit Blick auf die Herausforderungen im ländlichen Raum in Ostdeutschland können Genossenschaften bei Abwanderung und Strukturschwäche auch nur bedingt „dagegenhalten“.

Für die erfolgreiche Adaption bzw. Übertragung sozialer Innovationen werden immer auch die entsprechenden Akteure auf der lokalen Ebene benötigt. Als Top-Down-Ansatz funktioniert die Übertragung nicht. Sie ist abhängig vom lokalen Kontext und dem Agieren der zivilgesellschaftlichen Akteure. Ihre Anerkennung als Kooperationspartner durch lokale Politik und Verwaltung erweist sich insofern als besonders wichtig. Die eigentliche Innovation selbst ist z. T. weniger entscheidend als der Transformationsprozess, der einer solchen Innovation vorgeschaltet ist (Evers/Branden 2016: 178).

Entsprechend kommt dem Kooperationsverhältnis von Bürgergenossenschaften und der öffentlichen Hand eine besondere Bedeutung zu. Mit der genossenschaftlichen Erbringung von Leistungen für das Gemeinwesen gehen eine Veränderung und ein gewisses Hinterfragen von Zuständigkeiten, Ressourcen und Machtkonstellationen im Gemeinwesen einher:

„Diese Art der aktiven Teilhabe von Bürger/-innen setzt die Ausweitung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten und die Demokratisierung auch auf wirtschaftliche Prozesse voraus“ (Flieger 2011).

Hierdurch ergibt sich als zentrale Aufgabe für den Handlungsrahmen kommunaler Akteure aus Verwaltung und Politik: Gestaltungsräume können geöffnet, Initiativen unterstützt und damit eine Engagementkultur gefördert werden. Dafür braucht es die Offenheit und Bereitschaft, aber auch finanzielle Handlungsspielräume.

3. Neugründungsdynamik: Bürgergenossenschaften im regionalen Vergleich

3.1. Vorbemerkungen zur Auswertung

Getragen von der bemerkenswerten Gründungsdynamik im Bereich der Erneuerbaren Energien, haben sich genossenschaftliche Konzepte mittlerweile in weiteren Geschäftsfeldern etabliert, z. B. im Bereich Nahversorgung, Kunst und Kultur, Infrastruktur und Soziales.⁵ Ein genauerer Blick auf das Gründungsgeschehen offenbart regionale Unterschiede, die erklärungsbedürftig scheinen. So zeigt die Auswertung aller neugegründeten Genossenschaften in Deutschland zwischen 2005 - 2018 (vgl. Haunstein/Thürling 2017), dass es insbesondere in südlichen und westlichen Regionen der Bundesrepublik absolut, aber auch in Relation zur Einwohnerzahl, mehr Gründungen gibt. Das legt unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen nahe.

Eine weiterführende Analyse unter Einbeziehung soziodemographischer Daten in den Regionen bestätigt dies (vgl. Thürling 2019). So sind die Gründungen gemeinwesenorientierter Genossenschaften in Regionen häufiger, die in sozialer, wirtschaftlicher und infrastruktureller Hinsicht vergleichsweise gut aufgestellt sind. Umgekehrt wird deutlich, dass solche Genossenschaften in vulnerablen, weniger stabilen Gebieten seltener gegründet wurden. Diese Ergebnisse stimmen mit den Erkenntnissen aus der Engagementforschung überein (vgl. Kap. 2.3). Das heißt, dort, wo der Problemlösungsbedarf besonders hoch ist, kommen bürgerschaftliche Lösungen im Vergleich seltener vor. Sie entstehen häufiger in Regionen, in denen ökonomisch und sozial bessere Bedingungen gegeben sind.

3.2. Genossenschaftsgründungen in den alten und neuen Ländern

Nachfolgend wird das Gründungsgeschehen von Genossenschaften in Deutschland in den Blick genommen. Dafür wurden die vorliegenden Daten zu genossenschaftlichen Neugründungen (Quelle: Institut für Genossenschaftswesen/Humboldt-Universität zu Berlin 2018) um die neuen Registereinträge in den Jahren 2018–2020 (Quelle: DZ Bank Research 2020) aktualisiert und für die östlichen Bundesländer vergleichend ausgewertet.⁶

⁵ Fast jede dritte Genossenschaft wurde im Bereich Energie gegründet (32%; eigene Berechnung), jede fünfte Genossenschaft im Bereich Gemeinwesen (19%; eigene Berechnung).

⁶ Datengrundlage ist die Neugründungstatistik der DZ Bank, die jährlich die Zahl der neu eingetragenen Genossenschaften in Deutschland erhebt und die dem IfG/HU Berlin freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Diese Daten wurden mit den Angaben aus einer Wirtschaftsdatenbank ergänzt und aktualisiert. Recherchiert wurden zu den einzelnen Gründungen jeweils die Adresse, das Gründungsdatum, die Auflösung bzw. Fusion sowie die Gemeinwesenorientierung (vgl. dazu ausführlich Thürling 2019). Das Gründungsdatum ist hier, abweichend zur Statistik der DZ Bank, nicht das Datum der Eintragung in das Genossenschaftsregister, sondern das Datum der Verabschiedung der Satzung. Diese Information gibt den tatsächlichen Gründungszeitpunkt genauer wieder, denn die Eintragung in das Register erfolgt häufig mit deutlicher Verzögerung, zum Teil um bis zu zwei Jahre. Die Gründungszahlen für die Jahre 2019 und 2020 sind deshalb vorläufige Angaben, denn zahlreiche weitere Genossenschaften, die in diesen Jahren ihre Satzung in der Gründungsversammlung verabschiedet haben, werden erst in den Folgejahren nach erfolgter Eintragung in der Neugründungstatistik erhoben.

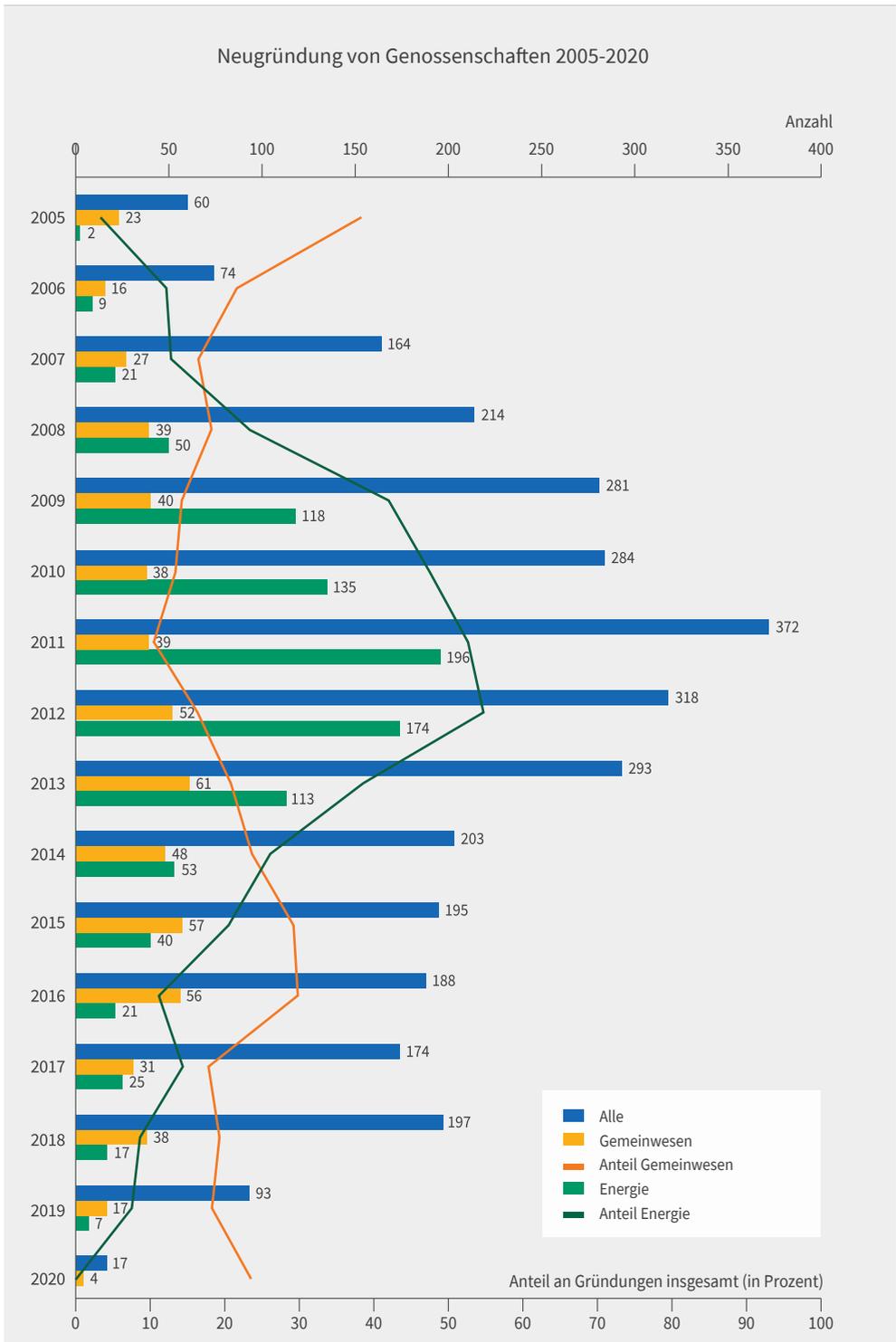
Blau dargestellt sind die neugegründeten Genossenschaften insgesamt nach Jahren. Grün und orange sind davon jeweils die Gründungen in den Bereichen Energie und Gemeinwesen abgebildet. Deutlich zu erkennen ist die enorme Dynamik im Gründungsgeschehen seit Beginn der 2000er Jahre. So hat die Zahl der Gründungen vor allem nach 2006 auffällig zugenommen. Das ist ganz offenbar auch eine Folge der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 2006 mit deutlichen Erleichterungen für Neugründungen und der Öffnung des Förderzwecks auch für soziale und kulturelle Anliegen.

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2009 und der Einführung der Prospektspflicht (2006) hat die Gründungsdynamik im Bereich Energie deutlich zugelegt. Diese bestimmt in den Folgejahren wesentlich die Steigerung der Neugründungen. Nur die Genossenschaft blieb unter anderem aufgrund der Pflichtmitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband und den damit verbundenen regelmäßigen Prüfungen von der Prospektspflicht beim Einsammeln von Kapital ausgenommen. Unternehmen anderer Rechtsformen mussten bei der Beteiligung von mehr als 20 Personen oder mehr als 100.000 Euro Finanzierungsvolumen einen Verkaufsprospekt erstellen und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigen lassen (vgl. Dorniok 2018: 221; Maas 2015).

Die ab 2012 erfolgten Kürzungen der EEG-Vergütung sind dann auch der wesentliche Grund dafür, dass die Zahl der Gründungen insgesamt wieder zurückging (EEG 2012 und Kapitalanlagegesetzbuch 2013). Erfreulicherweise konnte sich die Zahl der Neugründungen jedoch insgesamt, nach diesem Rückgang, ab 2013 um die 200 Genossenschaften jährlich einpendeln. Die Angaben zu den Jahren 2019 und 2020 sind indes vorläufig (vgl. dazu Fn. 6). Coronabedingt lässt sich jedoch bereits ein Rückgang der Zahlen für 2020 absehen; so wurden in der ersten Jahreshälfte 2020 lediglich ein Drittel der Neugründungen im Vergleichszeitraum des Vorjahres verzeichnet (Quelle: DZ Bank Research 2020).

Zu erkennen ist, dass sich Gründungen im Bereich Gemeinwesen (Bürgergenossenschaften) kongruent zur Dynamik aller Neugründungen im Zeitverlauf bewegen. Sie scheinen von der größeren Sichtbarkeit der Rechtsform insgesamt zu profitieren, gehen jedoch auch zurück, wenn die Zahlen insgesamt rückläufig sind. Mit Blick auf den Zeitverlauf kann festgestellt werden, dass sie anteilig am Gründungsgeschehen zunehmen und dieses voraussichtlich zukünftig stärker prägen werden.

Die Daten erlauben auch einen Überblick zur Zahl der Auflösungen. Sie ermöglichen einen Eindruck, wie viele Genossenschaften mit ihrem Geschäftsmodell im Zeitverlauf tatsächlich erfolgreich sind. Hier zeigen sich sowohl Unterschiede zwischen den Gründungsbereichen, aber auch zwischen den neuen und alten Bundesländern. Im Energiesektor löst sich im Durchschnitt nur jede zehnte Genossenschaft wieder auf. Im Bereich Gemeinwesen geschieht dies häufiger. Dort wird durchschnittlich jede siebte Genossenschaft im Zeitverlauf wieder aus dem Register gelöscht. Hier kommt es zu mehr Gründungen, die ihr Geschäftsmodell langfristig nicht stabilisieren können. In den neuen Ländern wurden 20% aller Neugründungen wieder aufgelöst, in den alten Ländern sind das nur 15%. Die erfolgreiche Umsetzung eines Geschäftsmodells scheint in den neuen Ländern schwieriger zu sein bzw. seltener zu gelingen. Das gilt auch im Bereich Gemeinwesen, in dem Auflösungen mit 18% häufiger vorkommen als mit 14% in den alten Bundesländern.

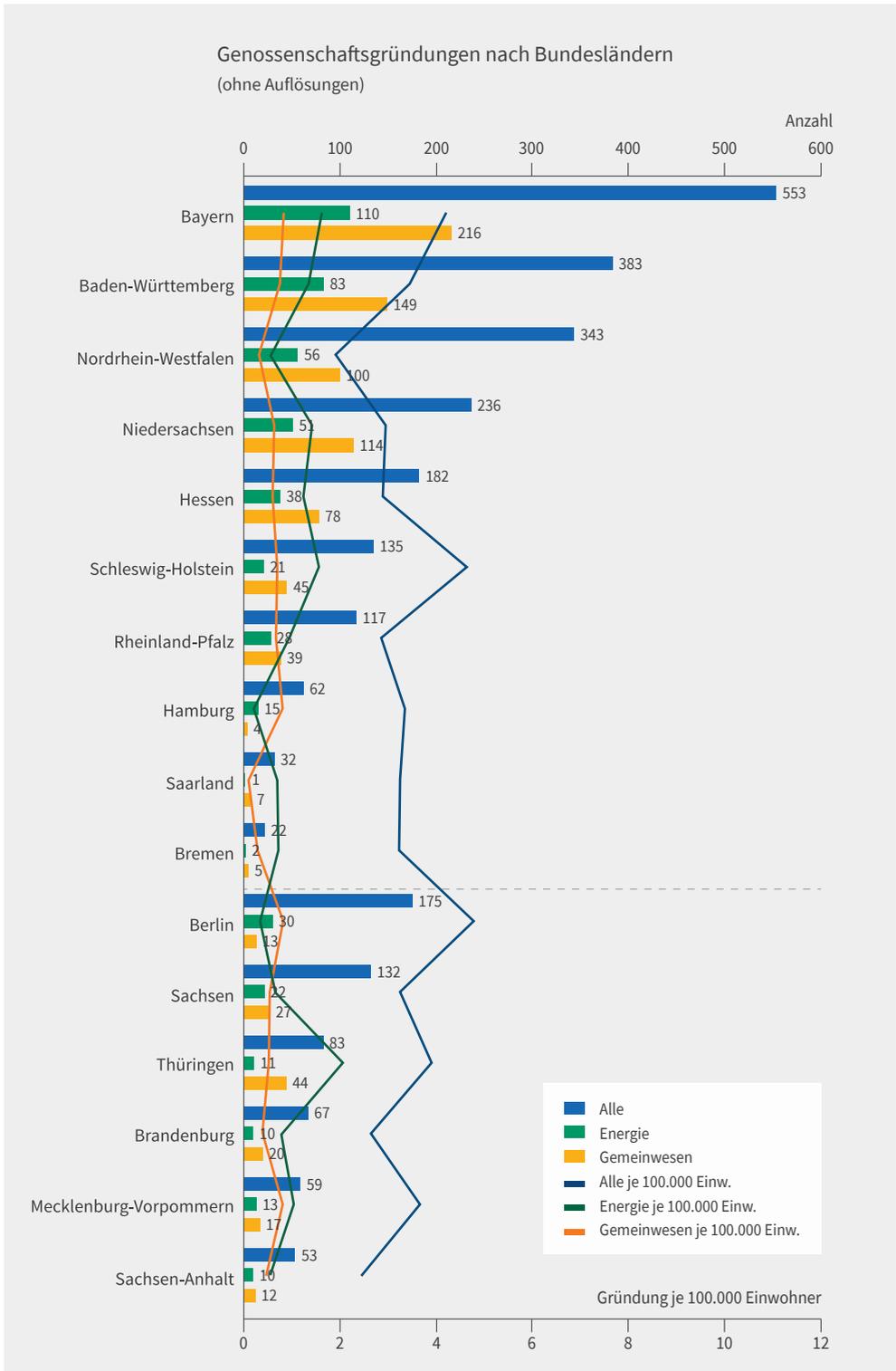


Quelle: IfG HU Berlin 2020, DZ Bank Research 2020; Neugründungen inkl. Auflösungen, Angaben für 2019 und 2020 sind vorläufig, vgl. Fn. 6

Nachfolgend sind die Neugründungen zwischen 2005–2018 nach Bundesländern dargestellt, hier jedoch ohne die Genossenschaften, die im Zeitverlauf aufgelöst wurden. Mit Blick auf die Gründungsdynamik in Ost- und Westdeutschland zeigt sich, dass mit Abstand die meisten Genossenschaften in Bayern (553), gefolgt von Baden-Württemberg (383) und Nordrhein-Westfalen (343) gegründet wurden. In den neuen Ländern fällt die Zahl der neugegründeten Genossenschaften mit Abstand geringer aus. Hier verzeichnet die meisten Gründungen Berlin (175), gefolgt von Sachsen (132).

Aufschlussreicher als der Blick auf die absoluten Zahlen ist jedoch die Gewichtung nach Einwohnerzahlen. Hier zeigt sich, dass beispielsweise in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mehr Genossenschaften je 100.000 Einwohner gegründet wurden als in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Hessen. Die Gründungsdynamik ist regional stark unterschiedlich. Beeinflusst wird sie von den Bedingungen und Möglichkeiten im jeweiligen Bundesland, inwieweit also das Thema Genossenschaften dort relevant und u. U. auch gezielt unterstützt wird. In Thüringen beispielsweise ist die Energieagentur ein relevanter Akteur, der vom Land gefördert wird. Sie bündelt das notwendige Know-how und Ressourcen, so dass viele Energiegründungen auf den Weg gebracht wurden.

Deutlich erkennen lässt sich, dass das Thema Energie vor allem in den Flächenländern relevant ist und erwartbar weniger in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Ähnlich zeigt sich auch hier eine grundsätzlich förderliche Dynamik für den Bereich Gemeinwesen, wenn die Rechtsform im Bereich Energie sowie insgesamt bekannt ist und erfolgreiche Gründungen auf den Weg gebracht werden konnten. Das Gründungsgeschehen in den ostdeutschen Flächenländern erweist sich gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der geringeren Vermögens- und Einkommenssituation der Bürger und Gemeinden als beachtlich.

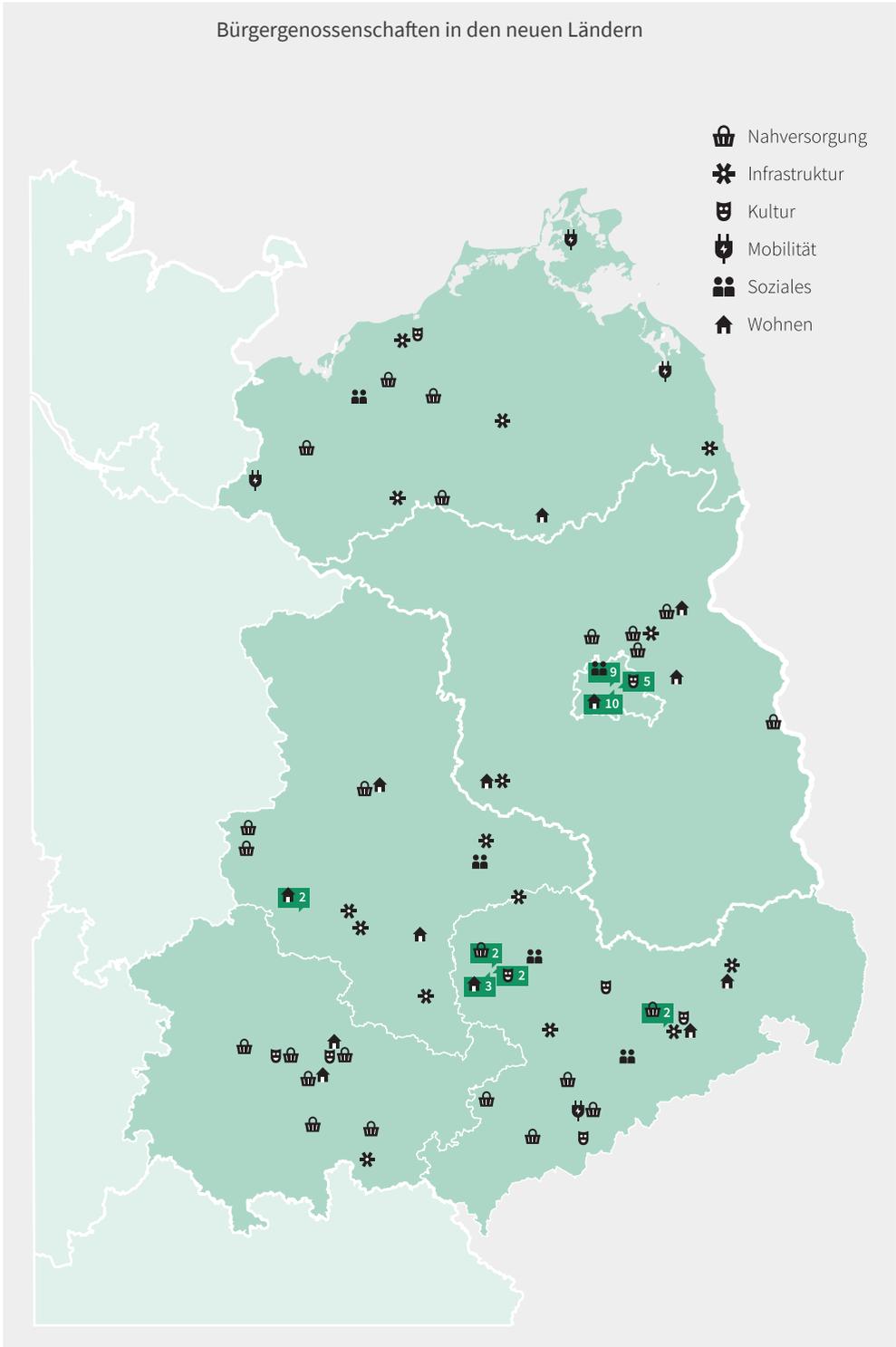


Quelle: IfG HU Berlin 2020, DZ Bank Research 2020; Neugründungen ohne Auflösungen

3.3. Bürgergenossenschaften in den neuen Bundesländern

In der nachfolgend abgebildeten Karte sind neugegründete Bürgergenossenschaften in den neuen Bundesländern dargestellt, unterschieden nach sechs Branchen.

Dargestellt sind lediglich Organisationen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. In allen Branchen gibt es darüber hinaus eine Vielzahl weiterer aktiver Initiativen mit genossenschaftlichem Charakter in unterschiedlichen Rechtsformen. In den einzelnen Branchen wurde bewusst eine Auswahl getroffen. So sind im Bereich Wohnen nicht alle neu gegründeten Wohnungsgenossenschaften in der Karte dargestellt, sondern diejenigen, die ihr Vorhaben zum Zeitpunkt der Erhebung erfolgreich umsetzen bzw. realisieren konnten und die in besonderer Weise in ihre Quartiere ausstrahlen und dort gezielt Angebote machen. Eine eindeutige Zuordnung der Genossenschaften zu einer Branche erweist sich zudem häufig als schwierig, da viele Genossenschaften in mehreren Geschäftsfeldern agieren (Multifunktionalität). Insofern bietet die Darstellung einen Überblick, keine abgeschlossene Typisierung. Ausführlichere Informationen zu den einzelnen Genossenschaften, differenziert nach Branche, Bundesland und Gründungsdatum sowie Anschrift und Geschäftsfeld, befinden sich im Anhang (vgl. Kap. 6.1).



Quelle: IfG HU Berlin 2020; Auswahl

Branche	Erläuterung	Fallstudien	Kap.
Nahversorgung	Klassisches Beispiel im Bereich der Nahversorgung sind Dorfläden oder auch kleineren Supermärkte, die im ländlichen Raum eine Einkaufsmöglichkeit für den täglichen Bedarf sicherstellen. Mittlerweile gibt es auch immer mehr Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften im Bereich der Solidarischen Landwirtschaft (SoLawi), die Stadt und Land über den Bezug von biologisch und lokal erzeugten Lebensmitteln verbinden (https://solawi-genossenschaften.net/). Ein weiteres Beispiel stellen genossenschaftlich organisierte Gaststätten oder Musikkneipen dar, die teilweise im ländlichen, aber auch im urbanen Raum entstanden sind.	Dorfläden	» 4.1
Infrastruktur	Viele Genossenschaften wurden gegründet, um vorhandene Infrastrukturen zu stärken, z. B. durch den Erhalt von Gebäuden wie im Fall der Bürgerbahnhöfe. Um dies zu realisieren, werden neue Geschäftsmodelle und Nutzungsmöglichkeiten entwickelt und gemeinsam auf den Weg gebracht. Gründungen mit ähnlicher Intention sind aktiv in den Bereichen Regionalentwicklung, Denkmalschutz, Tourismus oder auch zur Flächensicherung für die Land- und Forstwirtschaft (Wald- und Bodensicherungsgenossenschaften).	Bürgerbahnhöfe	» 4.2
Kultur	Im Bereich Kultur sind Genossenschaften u. a. aktiv, um Veranstaltungsräume zu erhalten, beispielsweise Kinos, Theater oder um Kulturarbeitsräume zu sichern oder neu zu schaffen. Sie werden meist angestoßen von einem Zusammenschluss selbständiger Künstler:innen oder Gewerbetreibender.	Kino- und Theatergenossenschaften	» 4.3

Mobilität	Im Bereich Mobilität haben bisher v. a. Bürgerenergiegenossenschaften (BEG) ein Angebot entwickelt (Carsharing, Ladeinfrastruktur für Elektromobilität). Weitere BEG die sich ausschließlich im Bereich Windenergie oder Photovoltaik engagieren, bleiben in der Darstellung außen vor. Das sind über 150 Fälle in den neuen Bundesländern (exklusive wieder aufgelöster Genossenschaften) und würde deshalb die Karte sehr unübersichtlich werden lassen. Zudem existiert eine Reihe von Quellen und Plattformen mit Übersichten, wo sich BEG gegründet haben, auch mit Suchfunktion nach Bundesländern, z. B. https://www.energiegenossenschaften-gruenden.de .	Bürgerenergiegenossenschaften	» 4.4
Soziales	Im Bereich Soziales werden Genossenschaften zusammengefasst, die in der Nachbarschaftshilfe oder Quartiersarbeit aktiv sind, aber auch genossenschaftlich organisierte Schulen und Weltläden.	Senioren-genossenschaften	» 4.5
Wohnen	Die größte Gruppe stellen hier die „Urbanen Dörfer“ dar, die im ländlichen Raum neue Perspektiven schaffen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Gemeinschaft. Sie werden oft auf Initiative von neu Hinzugezogenen initiiert, entwickeln aber auch Angebote für Alteingesessene und leisten meist aktive Vernetzungsarbeit. Davon unterschieden werden klassischen Wohnprojekte. Sie sind eher im urbanen Raum angesiedelt und wirken dort in ihre Quartiere hinein. Dachgenossenschaften sind hier ein vergleichsweise neuer Typ von Genossenschaften, die zweistufig organisiert, neue genossenschaftliche Wohnprojekte mit Selbstgestaltungsspielraum und -verantwortung unter ihrem Dach organisieren.	Urbane Dörfer	» 4.6

Im folgenden Kapitel wird auf diese sechs Branchen vertiefend eingegangen, mit jeweils einer Einführung zu den Besonderheiten des Geschäftsfeldes und insgesamt zehn genossenschaftlichen Fallbeispielen. Jedes Branchenkapitel schließt mit einer Zusammenfassung zu den wichtigsten Erfolgskriterien für die Gründung einer Genossenschaft und weiterführenden Literaturhinweisen.

4. Fallstudien: Bürgergenossenschaften in den Neuen Ländern

4.1. Nahversorgung: Dorfläden

4.1.1. Etabliertes Geschäftskonzept mit Entwicklungspotenzialen

Im ländlichen Raum stellt die Aufrechterhaltung der Nahversorgung ein zunehmendes Problem dar. Vielerorts können kleinere Lebensmittelgeschäfte aufgrund der Bevölkerungsverluste und im Wettbewerb zu Vollsortimentern mit großen Verkaufsflächen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und mussten in der Vergangenheit schließen (vgl. BMVBS 2013: 16ff.). Für viele Bewohner:innen ist deshalb der Einkauf mit dem privaten Pkw die einzige Alternative. Diejenigen im Ort jedoch, die nicht (mehr) selbst fahren können, sind auf Unterstützung angewiesen. Diesen Bedarf haben Akteure vor Ort erkannt, darauf reagiert und die Nahversorgung in die eigenen Hände genommen.

Genossenschaftliche Dorfläden und Märkte, die von Bürger:innen in Eigenregie betrieben werden, häufig auch in Vereinsform, sind mittlerweile ein bekanntes und gut etabliertes Geschäftsmodell. Dabei geht es oft um mehr als um die Versorgung mit Lebensmitteln, denn der Laden ist auch ein „sozialer Ort“, wo sich Menschen begegnen, austauschen und teilhaben können. Viele Dorfläden bieten zudem ein vielfältiges Dienstleistungsangebot (Multifunktionalität), das stetig weiterentwickelt wird. Insbesondere in Folge der Coronapandemie sind in den Bereichen digitaler Einkauf und Lieferservice neue Geschäftsideen und Anpassungen auf den Weg gebracht worden.

Für die Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebs ist eine breite Beteiligung der Bevölkerung entscheidend. Gerade im ländlichen Raum, wo die Nachfrage gesunken ist, sind die Unternehmen darauf angewiesen, dass die Menschen ihre Einkäufe vor Ort erledigen. Dafür ist die genossenschaftliche Form in besonderer Weise geeignet, denn die Mitglieder identifizieren sich als Miteigentümer:innen mit „ihrem“ Dorfladen. Häufig sind die Wege zu den Verantwortlichen kurz, und die Kund:innen können ihre Wünsche direkt adressieren. Gleichzeitig ist das bürgerschaftliche Engagement der Mitglieder notwendig, um Aufgaben zu übernehmen, die (bislang) nicht entlohnt werden können, wie Abrechnung, Öffentlichkeitsarbeit oder die Pflege der Außenanlagen. Das Ziel besteht nicht darin, Gewinne zu erwirtschaften, sondern mit dem laufenden Geschäftsbetrieb die Kosten zu decken und Rücklagen für die Zukunft zu bilden, um die Nahversorgung langfristig im Ort zu sichern.

Um das Vorhaben zu realisieren, braucht es deshalb eine breite öffentliche Unterstützung. Auch sind Fördermittel eine wichtige Voraussetzung, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Wesentlich für den Erfolg ist die Unterstützung durch die Kommune, die als Fürsprecherin und Kooperationspartnerin bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützt, Kontakte zur Landesebene herstellt, Räumlichkeiten zur Verfügung stellt oder sich im laufenden Betrieb an den Kosten beteiligt (vgl. Eberhardt 2019). Sind sie erfolgreich, können durch die genossenschaftlichen Dorfläden der Zusammenhalt im Ort und auch die wirtschaftliche Attraktivität der Region gestärkt werden. Mittlerweile wurden teilweise auch auf Ebene der Bundesländer Förderprogramme⁷ aufgelegt, um die Gründung und den laufenden Geschäftsbetrieb mit Beratungsangeboten zu unterstützen, zum Beispiel zur Weiterentwicklung der Produktpalette oder der Zusammenarbeit mit regionalen Produzent:innen.

⁷ Zum Beispiel in Sachsen-Anhalt mit dem Förderprogramm "DorfGemeinschaftsladen" des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (<https://mule.sachsen-anhalt.de/landwirtschaft/laendlicher-raum/dorfgemeinschaftsladen/>) sowie mit der Landesinitiative „Neue Dorfmitte“ in Mecklenburg-Vorpommern, gefördert vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung (<http://www.neue-dorfmitte-mv.de/>); vgl. ausführlich Eberhardt 2019.

4.1.2. Bernitter Dorfladen eG: „Wir sind Dorfmittelpunkt“

Der kleine Dorfladen im Zentrum von Bernitt, einer ländlichen Gemeinde mit 13 Ortsteilen und ca. 1.500 Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern, war von Anfang an viel mehr als eine Einkaufsmöglichkeit.



Das Lese-Café lädt zum Verweilen ein und wird für Gemeinschaftsaktivitäten genutzt

„Wir sind Dorfmittelpunkt geworden“, berichten Ulrike Klatt und Andrea Boldt, die ehrenamtlich im Vorstand der Genossenschaft arbeiten. Seit der Eröffnung im Jahr 2016 hat sich der Dorfladen stetig weiterentwickelt. Neben der Versorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs bietet die Genossenschaft eine breite Palette von Angeboten und Dienstleistungen an. Dazu gehört der tägliche Mittagstisch, ein kleines Café mit frisch gebackenem Kuchen, eine Annahmestelle für Post und Textilreinigung sowie ein Fax- und Kopierservice.

Als einer der wenigen Dorfläden arbeitet die Genossenschaft derzeit am Aufbau einer Onlineplattform, damit Kund:innen ihre Produkte auch unabhängig von den Öffnungszeiten bestellen können. Die Waren werden im Laden zusammengestellt und können dann entweder abgeholt oder geliefert werden. Für dieses Vorhaben erhält die Genossenschaft eine Förderung vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern. Den Lieferservice bietet der Dorfladen den Kitas und Schulen in der Region schon länger an. Mit dem Onlineangebot erhalten die Kund:innen einen besseren Überblick über das Sortiment. Auch eine Zusammenarbeit mit dem lokalen Pflegedienst ist angedacht. Dadurch können die Pflegekräfte die Einkäufe für ihre Klient:innen zusammenstellen lassen und gebündelt abholen. Die Plattform soll noch in diesem Jahr an den Start gehen.

„So ein Angebot braucht es im Dorf, denn es gibt keine Gaststätten mehr oder andere Orte, wo man sich treffen kann.“ (A. Boldt)

Der Lieferservice hat sich in den Coronamonaten bewährt. Um das Infektionsrisiko vor allem für die älteren Bewohner:innen im Ort zu senken, wurde reagiert und diese Serviceleistung zusätzlich angeboten: „Da haben wir nicht lange überlegt“. Die Vorstände entwarfen einen Flyer, den die Schüler:innen im Ort in die Briefkästen verteilten, „und dann kamen die Anrufe!“ Die Infrastruktur musste entsprechend aufgerüstet werden, z. B. mit einem zusätzlichen Kühlschrank, um die fertigen Bestellungen lagern zu können. Trotz des Zusatzaufwandes war das insgesamt die richtige Entscheidung: Der Umsatz im Laden konnte noch einmal deutlich gesteigert werden. In dieser Zeit gab es viel Hilfe der lokalen Bevölkerung. „Das ging sogar so weit, dass jemand hier im Laden gefragt hat, ob er Bestellungen mitnehmen soll, auf seinem Weg zur Arbeit,“ erzählt Ulrike Klatt.

Von Anfang an war das Ziel, mit dem Laden auch einen sozialen Treffpunkt zu schaffen. „So ein Angebot braucht es im Dorf, denn es gibt keine Gaststätten mehr oder andere Orte, wo man sich treffen kann,“ berichtet Andrea Boldt. Neben den angebotenen Serviceleistungen finden deshalb auch regelmäßige Treffen und kulturelle Veranstaltungen im Laden statt. Dafür wird eng mit der

Freiwilligen Feuerwehr, dem Verein Kirche belebt e.V. und dem Pfarramt kooperiert und so das Gemeinschaftsleben im Ort wieder aktiviert. Aufgrund der Coronaschutzauflagen konnten nun schon seit längerer Zeit keine persönlichen Treffen mehr stattfinden. Dennoch hat sich der Laden als feste Größe im Sozialraum der Gemeinde etabliert: „Darauf sind wir stolz, denn wir sind ein Ansprechpartner für die Leute hier im Ort geworden.“

Ursprünglich wollten die Initiator:innen das Vorhaben in Vereinsform realisieren. Nachdem das Finanzamt die wirtschaftliche Tätigkeit jedoch als unzulässig moniert hat, fiel die Entscheidung für die Rechtsform der Genossenschaft. Diese bietet den idealen Rahmen, um das Projekt möglichst breit aufzustellen: „Jeder soll sich eingeladen fühlen, hier mitzumachen.“

„Wir wollen der Region auch etwas zurückgeben.“ (U. Klatt)

Für das umfangreiche Konzept gab es von Anfang an viel Unterstützung, u. a. von der Kommune und vom Land. Ohne die hätte das Projekt nicht realisiert werden können. Der Laden befindet sich im ehemaligen Heimatmuseum der Gemeinde und wird der Genossenschaft derzeit noch kostenfrei zur Verfügung gestellt. Mittlerweile geht der Geschäftsbetrieb in das fünfte Jahr. Ulrike Klatt, Vorstandsfrau, ist optimistisch, dass die Genossenschaft auch nach Auslaufen der Förderung schwarze Zahlen schreibt. Ohne ehrenamtliche Vorstandsarbeit, freiwillige Dienste im Laden und in der Buchhaltung bleibt es aber eine Gratwanderung. Deutlich leichter wäre es, wenn die bürokratischen Anforderungen und Kosten für die Prüfung der Genossenschaft nicht so hoch wären.



Das Team vom Bernitter Dorfladen ist stolz auf das gemeinsam Erreichte

Derzeit arbeitet die Genossenschaft mit einem Berater des Landesenergieministeriums zusammen, der bei der Zusammenstellung des Sortiments berät. Zukünftig sollen die Kooperationsbeziehungen zu Anbietern in der Region ausgebaut werden, denn im Laden wird Wert auf regionale und ökologische Produkte gelegt. „Wir wollen der Region auch etwas zurückgeben,“ so die beiden Vorstandsfrauen. Und wenn Einwohner:innen aus Bernitt sogar im 70 km entfernten Schwerin auf den frisch gebackenen Kuchen im Dorfladen angesprochen werden, scheint das gut zu gelingen.

Bernitter  **Dorfladen**

Bernitter Dorfladen eG
Schulstraße 2
18249 Bernitt

Gründungsjahr: 2015

Kontakt: Ulrike Klatt, Andrea Boldt
Mail: kontakt@bernitterdorfladen.de
Web: www.bernitterdorfladen.de

4.1.3. Marktzentrum Ranis eG: das kleine Stadtzentrum

Jeden Morgen ab 08:00 Uhr öffnet in Ranis, einer Kleinstadt im Saale-Orla-Kreis in Thüringen, das Marktzentrum seine Türen. Seit 2016 gibt es dort wieder die Möglichkeit, die Dinge des täglichen Bedarfs direkt vor Ort einzukaufen. Die Immobilie, in der auch früher schon ein Markt untergebracht war, stand zu diesem Zeitpunkt fast zehn Jahre leer. Der Initiative „Mittendrin in Ranis e.V.“ ist es zu verdanken, dass der Einkaufsmarkt im Stadtzentrum wieder belebt werden konnte.



Eingangsbereich des 2016 eröffneten Einkaufsmarktes in Ranis

Im Jahr 2014 hat die Stadt Ranis das Gebäude mit Mitteln aus einem Investitionsprogramm des Bundes für finanzschwache Kommunen erworben und ertüchtigt. Nachdem jedoch der neue Betreiber für den Markt kurzfristig abgesprungen war, entstand die Idee, eine Genossenschaft zu gründen und das Marktzentrum selbst zu führen. Zeitgleich wurde im Landwirtschaftsministerium ein passendes Förderprogramm aufgelegt. „Auf einmal ging da ein Fenster auf: Jetzt oder nie! Und dann musste alles sehr schnell gehen“, erinnert sich Winfried Zein, Vorstand der Genossenschaft. Mit dem Unternehmen „tegut... – gute Lebensmittel“ konnte dafür ein kompetenter Partner gefunden werden. Auch war durch die gute konzeptionelle Vorarbeit des Vereins die Idee für das Marktzentrum auf der Verwaltungsebene bereits bekannt.



Jung und Alt trifft sich auf den neu gestalteten Außenanlagen des Marktes

Das Konzept geht sehr gut auf. Im Markt befinden sich neben Waren des täglichen Bedarfs eine Fleischtheke sowie eine Auswahl regionaler Produkte und Handwerkskunst. In dem Gebäude sind weiterhin eine Bäckerei, eine Poststelle und das Lese-Café mit einer kleinen Zweigstelle der Stadtbibliothek untergebracht. Dieses umfangreiche Angebot wird sehr gut angenommen. Regelmäßig treffen sich hier die Einwohner:innen der Stadt auf eine Tasse Kaffee oder zum Skat-Stammtisch, und gelegentlich finden Vorlesenachmittage für die Kleinsten statt. Der Markt war von Beginn an mehr als „nur“ eine Einkaufsmöglichkeit.

„Zum Glück weiß man vorher nicht, was auf einen zukommt.“ (W. Zein)

Vor allem im letzten Jahr stiegen die Umsätze noch einmal deutlich - auch in Folge von Corona. „Das Marktzentrum ist den Leuten lieber als ein Kaufland, denn hier ist alles überschaubarer, und es gibt weniger Kontakte“, berichtet Bernd Riemann, ebenfalls aktiv im Vorstand. Diese positive Entwicklung freut alle Beteiligten sehr, denn bis zur Eröffnung des Marktes war es kein leichter Weg: „Aber zum Glück weiß man vorher nicht, was auf einen zukommt“, so Winfried Zein. Zwei Wochen vor der Eröffnung zog die Aufbaubank des Landes die bereits zugesagte Bürgschaft in Höhe von 60.000 Euro zurück. Das Ausfallrisiko wurde als zu hoch bewertet, weil der Markt ohne Gewinnabsicht betrieben wird und die Geschäftsführung ehrenamtlich arbeitet. „Da wird das Ehrenamt

zum Pferdefuß“, erläutert Birgit Riemann, eine der Initiatorinnen, „denn man hat uns das nicht zugetraut.“ Dabei war zu diesem Zeitpunkt klar, dass es kein Zurück mehr gibt.

„Da wird das Ehrenamt zum Pferdefuß, denn man hat uns das nicht zugetraut.“

(B. Riemann)

Nur durch das ehrenamtliche Engagement aller Beteiligten gelang es, den Ausfall über private Nachrangdarlehen zu kompensieren. Das Vorhaben eines genossenschaftlichen Marktzentrums wurde auch im Stadtrat kontrovers diskutiert. Für die Förderung mussten kommunale Eigenmittel aufgebracht werden. Ein Lebensmittelmarkt gehöre aber nicht zu den Aufgabenbereichen der Stadt, so das Argument. Seit die Genossenschaft 2019 das Gebäude inklusive der Außenanlagen erworben hat und die Stadt Ranis die Mittel aus dem Investitionsfond zurückzahlen konnte, sind die kritischen Stimmen jedoch deutlich leiser geworden.

Wünschenswert wäre es, da sind sich die beiden Vorstände einig, wenn Wissen und Verständnis über das Genossenschaftsmodell verbreiteter wären. Viele Verantwortliche würden gar nicht verstehen, dass es um einen Vorteil für die Allgemeinheit geht: „Der Betrieb muss sich zwar rechnen, aber so ein Projekt funktioniert nur im Ehrenamt.“ Viele Vorhaben lassen sich nur realisieren, weil die Mitglieder der Genossenschaft sich ehrenamtlich einbringen und von der Sache überzeugt sind. Deshalb fiel die Entscheidung auch bewusst für diese Rechtsform: „Es wird zwar manchmal kompliziert, wenn 176 Leute mitreden wollen, aber für gesellschaftliches Engagement gibt es kein besseres Modell,“ erklärt Bernd Riemann.



Reichhaltiges Obst- und Gemüseangebot im Marktzentrum Ranis

„Für gesellschaftliches Engagement gibt es kein besseres Modell.“ *(B. Riemann)*

Zukünftig wird ein 24-Stunden-Automat das Angebot ergänzen und den Einkauf auch unabhängig von den Öffnungszeiten ermöglichen. Ein dazu passendes Förderangebot des Landes kommt nicht in Frage, weil der Automat einen Mindestabstand von 2 km zum Geschäft haben muss. Geplant ist zudem die Weiterentwicklung der Außenanlagen inklusive einer E-Ladestation. Die Investitionskosten dafür sind derzeit nicht ohne Unterstützung zu stemmen. Insofern werden weiterhin die Augen offengehalten, denn, so formuliert es der Vorstand Winfried Zein: „Wir sind Überzeugungstäter.“

Marktzentrum Ranis eG

Gründungsjahr: 2015

Marktzentrum Ranis eG
Blumenstr. 41
07389 Ranis

Kontakt: Winfried Zein, Bernd Riemann
Mail: info@marktzentrum-ranis.de
Web: www.mittendrin-in-ranis.de

4.1.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen

- Entscheidend sind eine breite Beteiligung und Unterstützung im Gemeinwesen. Die lokale Bevölkerung kann beispielsweise im Vorfeld der Gründung zur potenziellen Nutzung des Dorfladens und dem Interesse an einer Mitgliedschaft befragt werden.
- Die Kombination aus Lebensmittelangebot und weiteren Dienstleistungen wie Postannahme, Textilreinigung u. a. sowie regionalen und biologischen Produkten steigert die wirtschaftliche Attraktivität des Geschäftsbetriebs. Die Förderung des sozialen Gemeinschaftslebens durch Mittagstisch oder kulturelle Veranstaltungen wie Vorträge und Lesungen stärken die öffentliche Sichtbarkeit und Verankerung im Ort.
- Ein breites Unterstützungsnetzwerk ist wichtig für die Realisierung, hier vor allem die Kommune sowie Kontakte zu den Landesministerien, die bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen können. Deren Bewilligung erweist sich häufig als eine notwendige Voraussetzung, um den Geschäftsbetrieb aufbauen zu können.

Literatur

Eberhardt, Winfried (2019): Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen, Thünen Institut für Ländliche Räume (Hg.), Thünen Working Paper, 128. Internetquelle: https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-workingpaper/ThuenenWorkingPaper_128.pdf (Zugriff: 21.08.2021).

BLE (2020): Gemeinsam stark sein: Projekte des bundesweiten Wettbewerbs 2020: Täglich gut versorgt!, BLE/DVS (Hg.), Bonn. Internetquelle: https://www.ble-medienservice.de/frontend/esddownload/index/id/1518/on/7145_DL/act/dl (Zugriff: 21.08.2021). Haunstein, Stefan (2019): Bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme in ländlich-peripheren Räumen. Eine kritische Auseinandersetzung am Beispiel genossenschaftlicher Dorfläden, in: Mießner/Naumann (Hg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 266–278.

4.2. Infrastrukturgenossenschaften

4.2.1. Bahnhöfe als Zukunftsorte

Nach Kluth (2019) stellen Infrastrukturgenossenschaften zunehmend wirksame und zeitgemäße Instrumente nachhaltiger Bürgerpartizipation dar. Der Begriff der Infrastruktur umfasst neben technisch-materiellen auch institutionelle und soziale Voraussetzungen der Grundversorgung eines Gemeinwesens. Als ergänzenden Einrichtungen und Angeboten der Daseinsvorsorge kommt ihnen neben dem Versorgungsaspekt eine zentrale Bedeutung für die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten zu. Diese wohlfahrtsstaatliche Aufgabe wird zunehmend von Genossenschaften übernommen (Trostorff 2017: 7). Infrastrukturgenossenschaften bezeichnen weniger ein bestimmtes Betätigungsfeld als vielmehr eine Funktion (Kluth 2019: 118). Sie finden sich sowohl in den Bereichen der Bestandserhaltung, z. B. von Schwimmbädern oder öffentlichen Gebäuden, als auch des gestalterischen Intervenierens (ebd.: 123). Beispiele hierfür sind Wasser- und Breitbandversorgung, Schulen, Theater oder Mehrgenerationenhäuser.

Bahnhöfe haben deutschlandweit seit den 1990er Jahren eine deutliche Nutzungsveränderung erfahren. Die früher oft repräsentativen Gebäude wurden im Zuge der Zentralisierung und Privatisierung des Bahnbetriebs ihrer Funktion nach und nach entzogen. Besonders kleine und mittlere Bahnhöfe veräußerte die Bahn AG in überwiegend sanierungsbedürftigem Zustand an Kapital- und Wohnungsgesellschaften, Kommunen oder private Investor:innen. Häufig verfügen die Gebäudeensembles über einen hohen städtebaulichen Reiz, sodass historisches Flair sich mit publikumsintensiven Nutzungen verbinden lässt und eine gewisse Magnetwirkung entfalten kann (Frölich-Kulik 2020).

Bahnhöfen, die über eine Anbindung an den Zugverkehr verfügen, kommt auch weiterhin eine wichtige Bedeutung als Mobilitätsdrehscheiben zu. Mit Mobilitäts-HUBs, die Verleihsysteme, bedarfsabhängigen On-Demand-Verkehr und gut ausgebaute Radwege miteinander verbinden, können wichtige Elemente zukunftsfähiger Mobilität installiert werden. Die Entwicklung tragfähiger Alternativen zur noch immer dominierenden privaten Pkw-Nutzung stellt besonders in ländlichen Regionen eine zentrale Herausforderung dar. Innovative Konzepte können hierbei nicht nur mit Vorteilen in ökologischer Hinsicht punkten, sondern auch attraktive neue Arbeitsplätze schaffen (Becker et al. 2018). Jenseits des Mobilitätsbedarfes bieten die Gebäude Raum für Innovationslabore, die z. B. in Form von Living Labs gemeinsam mit der Bevölkerung auf den regionalen Bedarf zugeschnittene Konzepte der Daseinsvorsorge entwickeln (Hess et al. 2017).

In Kultur- und Bürgerbahnhöfen mischen sich so wirtschaftliche Zwecke mit kulturellen Mustern. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs und finanzieller Engpässe erweisen sich kooperative Lösungen in zentralen Feldern der Daseinsvorsorge als zukunftsweisend (Trostdorff 2017). Die Wirkung von Infrastrukturgenossenschaften geht weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus und leistet einen aktiven Beitrag zu Standortsicherung, Lebensqualität und gesellschaftlicher Integration.

4.2.2. Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG: gemeinsam die Weichen stellen

Das historische Bahnhofsgebäude der auf 25.000 Einwohner:innen geschrumpften Lutherstadt verfiel über die Jahre und sollte nach Kündigung aller Mieter:innen von der Deutschen Bahn an die Stadt verkauft werden. Da diese dazu nicht in der Lage war und ein Abriss des Gebäudes für die Stadtratsmitglieder der AG Bahnhof keinesfalls in Frage kam, verfolgten sie seit 2012 die Idee einer Genossenschaftsgründung. „Das Gebäude ist weit mehr als ein Punkt zur An- und Abreise. Es ist das ‚Tor zur Stadt‘“, so der heutige Genossenschaftsvorstand Thomas Fischer: „Und das soll freundlich und einladend sein.“

Nachdem die Gruppe auf der Basis einer Machbarkeitsstudie, die eine gute Rendite errechnet hatte, ein knappes ¾ Jahr lang vergeblich eine:n Investor:in suchte, war die Entscheidung gefallen. Das Sachsen-Anhaltische Förderprogramm Revita stellte die Übernahme von 80% der Kauf- und Sanierungskosten in Aussicht. Der Schritt in die Genossenschaft ergab sich damit auf wirtschaftlich gesichertem Boden.

„Früher war es der Fürst, der Kaiser und der Papst. Und heute sind alle Regierungen dieser Welt schuld, wenn irgendetwas nicht klappt. Unsere Genossenschaft zeigt: Das können wir jetzt einfach nur selbst machen.“ (T. Fischer)

Dennoch stellte er ein Wagnis dar – „denn es gab und gibt eigentlich keine Vorbilder“, so Fischer. Die Initiativgruppe informierte sich zwar bei den Bahnhofsgenossenschaften Cuxhaven und Leutkirch. Aber eins zu eins übertragbar waren deren Erfahrungen nicht. So standen sich am Anfang Risikobereitschaft und gleichzeitige Zurückhaltung der 36 Gründungsmitglieder gegenüber, deren Zahl inzwischen auf über 270 angewachsen ist. Dass das Vorstandsteam die ersten interessierten Bürger namentlich auf dem großen Bauschild abdrucken ließ, zeigte magnetische Wirkung. „Plötzlich wollten viele dabei sein“, erinnert sich Fischer.



Die Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG lässt das historische Gebäude in neuem Glanz erstrahlen (Foto: eD-regional)

Durch die mit dem Förderprogramm verbundene Planungssicherheit und Professionalität zum einen, aber auch die volle Unterstützung der Stadtverwaltung, entwickelte sich das Projekt zügig und erfolgreich. Das Verhältnis ist vom beiderseitigen Bewusstsein geprägt, dass die Revitalisierung eine wichtige Visitenkarte der Stadt darstellt, die die Kommune allein niemals hätte verwirklichen können. Die Wertschätzung der Stadt zeigt sich in finanziellen Zuschüssen, einer gemeinsamen Außendarstellung und den „Briefkasten am Rathaus“. Dass die Lutherstadt bereits seit ihrer Ernennung zur UNESCO-Weltkulturerbestätte (1996) und Teilnahme an der IBA Stadtumbau (2010) einen trotz dramatischer Schrumpfungsprozesse konstruktiven Stadtumbauprozess durchläuft (Amey/Wendland 2018), kam der Initiative sicherlich zugute.

2017 erwachte das sanierte Bahnhofsgebäude zu neuem Leben: Freies WLAN, Mini-Shop und Bistro laden zum Verweilen in der beheizten Halle ein. Der Ticketschalter konnte erhalten werden. In der Empfangshalle finden regelmäßige Veranstaltungen statt: Musik- und Theateraufführungen, Vorträge, Ausstellungen und Märkte. Gewerbliche Ankermieter und regelmäßige Tagesvermietungen sichern die Einnahmen. Konzeptionell arbeitet die Genossenschaft an der Entwicklung weiterer Flächen, vorrangig für innovative Nahmobilitätskonzepte. Auch an einigen Ausschreibungen nahm sie bereits erfolgreich teil: 2018 belegte sie im Bundeswettbewerb „Europäische Stadt“ den 3. Platz.

Fischer sieht vor allem den gesellschaftlichen Mehrwert des Projektes. Viele Bürger:innen, die sich sonst nur beschwerten, können sich erstmals mit einem persönlichen und eben auch finanziellen Beitrag in ein wichtiges Anliegen einbringen. „So stehen sie zu ihrer Stadt und tragen einen kleinen Mosaikstein zu einer städtebaulich zukunftsorientierten Entwicklung bei. Dies bewirkt, dass sie sich mit der eigenen Stadt identifizieren – mit dem Gefühl von Stolz, dabei zu sein.“ Ganze Familien sind inzwischen Mitglied der Genossenschaft. Noch kein einziger Genossenschaftsanteil ist in all den Jahren zurückgegeben worden.

In dem Sinne sieht sich die Genossenschaft als ein Projekt gegen Politikverdrossenheit. Etwas bewirken zu können, wichtige Zukunftsaufgaben der eigenen Stadt gemeinsam und auf Augenhöhe angehen zu können – all dies gelingt in der auf breite Beteiligung und umfangreiche ehrenamtliche Leistungen gestützten Genossenschaft. Damit ist sie zum Vorbild in ihrer Region geworden. Zahlreiche Anfragen aus der Umgebung erreichen sie von Gruppen, die historische Gebäude wiederbeleben möchten. "Tatsächlich fehlen Modelle, an denen man sich orientieren kann", so Fischer. Die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches würde dazu beitragen, Vertrauen in die Unternehmensform Genossenschaft aufzubauen und anfängliche Zweifel, die es auch in Eisleben gab, zu entkräften.

„Der gesellschaftliche Nutzen ist daran messbar, dass es Menschen gibt, die nicht nur irgendwo ein Kreuz machen und ja sagen, sondern wirklich Geld anfassen und ihr Umfeld aktiv beeinflussen.“ (T. Fischer)

**■ DER NEUE BAHNHOF LUTHERSTADT EISLEBEN
GEMEINSAM DIE WEICHEN STELLEN**

Gründungsjahr: 2013

Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG
Markt 1
06295 Lutherstadt Eisleben

Kontakt: Thomas Fischer, Jörg Löffler
Mail: genossenschaft@bahnhof-lutherstadteisleben.de
Web: www.bahnhof-lutherstadteisleben.de

4.2.3. Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG: vom Abstellgleis zum Aktionsraum

Die Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide entstand 2016 durch die Initiative des Gärtnermeisters Michael Kühn, den die beiden verfallenden Bahnhofsgebäude in Bad Dübén und Söllichau zu neuen Gestaltungskonzepten inspirierten. In den beiden ländlichen Gemeinden fehlten seiner Meinung nach „Orte der Begegnung und des sinnvollen gemeinsamen Tuns sowie bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Wohnraum.“

„Wir haben unsere Ideale in eine Genossenschaft gepackt und leben sie. In der Mitropa sitzen und Bier trinken, einfach mal mit dem Radlader ranfahren und Dinge reparieren. Und abends ein gefördertes Projekt machen.“ (M. Kühn)

Gleichzeitig wünschte er sich als jahrelang Selbständiger eine andere Form des Wirtschaftens. Gemeinsames Eigentum an Immobilien zu erwerben, schien ihm „eine gute Basis für die Gestaltung lebendiger Orte.“ Zusammen mit seiner Familie und einigen Freund:innen gründete er die Genossenschaft mit dem Ziel, die Bahnhofsgebäude gemeinschaftlich zu erhalten und zu entwickeln.

Das Angebot der Genossenschaft besteht aus Dienstleistungen im Garten- und Landschaftsbau, überwiegend für Privatkund:innen. Ein Großteil der Einnahmen wird in die Gebäude investiert. Unterstützt durch verschiedene Kulturfördermittel, finden regelmäßige Musik- und Kulturveranstaltungen statt. Es gibt eine Werkstatt, eine Halle sowie große Freiflächen. In Kooperation mit dem Verein Dübener Heide e.V. und der Diakonie Delitzsch/Eilenburg konnte ein Jugendclub im Bahnhof auf den Weg gebracht werden, der von Jugendlichen aus der Region eigenverantwortlich geführt wird.



Bahnhofsgebäude Bad Dübén vom Gemeinschaftsgarten aus
(Foto: T. Reinsch)

Als weiteres Geschäftsfeld vermietet die Genossenschaft Wohnraum. Im Bahnhof Söllichau steht eine hochwertige Sanierung 2022 vor dem Abschluss. „Für Mitglieder wird es die Möglichkeit geben, sieben Tage im Jahr kostenfrei dort Urlaub zu machen“, freut sich Kühn.

Wichtig ist die Anbindung an städtische Projekte wie z. B. das Tapetenwerk in Leipzig. Durch die Teilnahme an verschiedenen Forschungsprojekten konnte die Genossenschaft fachliche Unterstützung und eine gewisse Öffentlichkeit aufbauen. Orientierung bei der Vorgehensweise bietet auch das Konzept des „Selbst-Ausbauhauses“ (HausHalten e.V. 2021).

**„Mit Bürgergenossenschaften kann Konzernen
und Lobbyisten etwas entgegengesetzt werden.“
(M. Kühn)**

Auf der zum Dübener Bahnhofsgebäude gehörenden Bahnlandwirtschaftsfläche entstand 2019 durch die Initiative „Urban Gardening geht auf's Land“ der Gemeinschaftsgarten am Wasserturm. Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeiteten die Berliner Wissenschaftler:innen Elisabeth Meyer-Renschhausen und Torsten Reinsch die Gelingensbedingungen experimenteller Gemeinschaftsprojekte im ländlichen Raum heraus. Ihrer Analyse zufolge ist die Lebenssituation der Menschen in der Dübener Heide stark von Ohnmachts- und Resignationsgefühlen durch einen jahrzehntelangen Strukturwandel gekennzeichnet. Gemeinschafts- und Hausgärten sowie die Umstellung auf ökologische Kleinlandwirtschaft können hierzu ein Gegengewicht bilden: Sie bringen die Erfahrung der Selbstwirksamkeit zurück (Meyer-Renschhausen 2019: 29f.).



„Ku-Ba Kultur im Bahnhof“ (Foto: T. Reinsch)

Im Rahmen von Zunftsworkstätten und Workshops unter dem Motto „Vom Abstellgleis zum Aktionsraum“⁸ ist in Bad Düben inzwischen eine Community entstanden, die sich um das Anlegen öffentlicher Gärten kümmert. Diese haben sich zu einem Ort der Kommunikation entwickelt, der mit niedrigschwelligen Angeboten sowohl die lokale Zivilgesellschaft als auch Kulturschaffende aus den urbanen Zentren Leipzig und Berlin anspricht.

Mit ihren vielfältigen Projekten erbringt die Genossenschaft einen hohen sozialen Mehrwert für das lokale Gemeinwesen. Projektbezogen existiert mit der Kommune eine gute Zusammenarbeit, eine gemeinsame strategische Ausrichtung fehlt jedoch. „Dieses Defizit versuchen wir durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Kooperationen auszugleichen“, so Kühn. Ein Zukunftsthema ist die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke (Heidebahn). Auch hierfür hat die Genossenschaft eine Vision.



Gründungsjahr: 2016

Bahnhofgenossenschaft Dübener Heide eG
Bahnhof Söllichau
(Sitz der Genossenschaft)
Kossaer Straße 11
06905 Bad Schmiedeberg OT Söllichau

Kontakt: Michael Kühn
Mail: info@bahnhofgenossenschaft-duebenerheide.de
Web: www.bahnhofgenossenschaft-duebenerheide.de

⁸ Gleichnamiger Titel eines Workshops des Projekts „KuBa – Kultur im Bahnhof“ (Verein Dübener Heide e. V. 2019).

4.2.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen

- Das Beispiel der Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG zeigt deutlich den Einfluss öffentlicher Fördermittel bei der Gründung von Infrastrukturgenossenschaften. Das Förderprogramm Revita des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt seit 2006 neue, meist kommunale Eigentümer:innen bei der Instandsetzung der Gebäude und Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur- und Mobilitätsfunktionen (Agentur BahnStadt GbR 2021).
- Vertrauen: Im Falle der Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG zeigt sich deutlich die Bedeutung persönlichen Vertrauens bei der Genossenschaftsgründung. Obwohl die Initiator:innen, Mitglieder des Stadtrats, nicht auf Erfahrungen mit genossenschaftlichen Strukturen zurückgreifen konnten, gelang es ihnen, eine breite Unterstützung in der Eislebener Bevölkerung zu mobilisieren und zum gleichberechtigten Partner in der städtebaulichen Entwicklung zu werden.
- Augenhöhe im Miteinander von öffentlicher Hand und Genossenschaft entsteht aus dem Bewusstsein gegenseitiger Abhängigkeit. Weder die Kommune noch die Genossenschaft können das Bahnhofsgebäude in Eisleben allein halten.
- Kreativität, Vielfalt, Kooperationen: Insbesondere die Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG zeigt mit ihrem vielfältigen Mix an Projekten und Finanzierungsformen, dass Zukunft vor Ort nur gemeinsam gestaltet werden kann.

Literatur

Amey, Frank; Wendland, Ulrike (2018): Bis hierher und wie weiter? In: Altröck/Kurth/Kunze/Schmitt/Schmidt (Hg.): Stadterneuerung im vereinten Deutschland – Rück- und Ausblicke. Jahrbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 183–205.

Kluth, Winfried (2019): Der Beitrag von Infrastrukturgenossenschaften zur Daseinsvorsorge. Nutzung des Potenzials der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft oder Gefahr der Denaturierung? In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (2), S. 117–132.

Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen e. V. (Hg.) (2021): Kulturbahnhof Bad Döben. Online verfügbar unter <https://www.kreativorte-mitteldeutschland.de/orte/kulturbahnhof-bad-dueben/> (Abruf 21.08.2021).

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2019): Gemeinschaftsgärten im ländlichen Raum und ihre Gelingensbedingungen. Eine Fallstudie am Beispiel des Naturparks Dübener Heide. Hg. v. Naturpark - Verein Dübener Heide e. V., Bad Döben. Online verfügbar unter <https://naturpark-duebener-heide.de/wp-content/uploads/2019/09/Meyer-Renschhausen-E.-2019-Gemeinschaftsg%C3%A4rten-im-l%C3%A4ndlichen-Raum-und-ihre-Gelingensbedingungen-D%C3%BCbener-Heide-1.pdf> (Abruf 21.07.2021).

4.3. Kulturgenossenschaften

4.3.1. Alternativen zur Ökonomisierung

Kulturgenossenschaften stellen in Deutschland eine relativ neue Ausprägung von Bürgergenossenschaften dar. Seit den 2000er Jahren entwickeln sie tragfähige Alternativen für die von zunehmender Ökonomisierung gekennzeichnete Kulturbranche. Der Begriff des Kulturbetriebs umfasst dabei Künstler:innen genauso wie Kultureinrichtungen sowie Anbieter:innen künstlerischer Produktionen und Dienstleistungen im Bereich der kulturellen Bildung (Deutscher Kulturrat 2010: 5).

Ursprünglich im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Hand zerfällt der Kultursektor immer stärker. Neben kommerzialisierten Großprojekten konkurrieren zahlreiche kleinere Einrichtungen um die weniger werdenden Fördermittel. Arbeitsbedingungen und Berufsbiografien von Kunst- und Kulturschaffenden sind weitgehend prekariert. Regionale Vielfalt und anspruchsvolle Themen haben es schwer. Nach Jahrzehnten der Privatisierung hat die Coronapandemie quasi einen Totalschaden der Kulturbranche verursacht (Graefe 2021). In den Ländern kam es bereits im Zuge des Systemwechsels zu Umstrukturierungen und einem erheblichen Personalabbau (Deutscher Kulturrat 2010: 4). Viele Künstler:innen können „in den marktwirtschaftlichen Strukturen der Kulturwirtschaft nicht Fuß fassen“ (ebd.).

Es steht also nicht gut um den gesellschaftlichen Auftrag von Kultur. „Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Sie spiegeln gesellschaftliche Debatten wider, sie bieten Reibungsflächen zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, sie weisen über das alltägliche Geschehen hinaus.“ (ebd.). Mit diesem Hinweis auf die herausragende Bedeutung von Kultur für die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung fordert der Deutsche Kulturrat seit Jahren deren Gleichstellung mit anderen wirtschaftlichen Bereichen, die Stärkung der kulturellen Infrastruktur sowie die finanzielle Verantwortungsübernahme des öffentlichen Sektors.

Deutschlandweit beweisen genossenschaftlich betriebene Kinos und Theater, dass ein qualitativ hochwertiges Kulturangebot mit stabiler Wirtschaftlichkeit einher gehen kann - sei es zum Erhalt historischer Bausubstanz, wie im Fall des Erfurter Theaters oder der Festhalle Annaberg, oder als sicherer Rahmen für Kulturschaffende. In der Literatur wird zwischen Kulturgenossenschaften bürgerschaftlichen Engagements, professionellen Kulturgenossenschaften und genossenschaftlichen Unterstützungseinrichtungen für Kultur unterschieden (Flieger 2010). Insgesamt ist die Zahl der Gründungen noch sehr gering (Hanschke 2019: 32). Allerdings existieren vielversprechende Konzepte zum Betreiben von Kultureinrichtungen, auch in Kooperation mit Stiftungen oder anderen Trägern der Gemeinwirtschaft (ebd.).

Die folgenden Fallbeispiele veranschaulichen, dass auf der Grundlage insbesondere des genossenschaftlichen Identitätsprinzips auch die Beteiligung von Privatpersonen gelingt. Studien zeigen, dass sie ohnehin das tragende Element des kulturellen Lebens darstellen (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ zit. nach Deutscher Kulturrat 2010).

4.3.2. Neue Kammerspiele eG Kleinmachnow: zwischen Kiez und Berlinale

Gelegen in der von einer besonderen Ost-West-Geschichte geprägten 20.000-Seelen-Gemeinde Kleinmachnow am Rande Berlins, ist die erste brandenburgische Kulturgenossenschaft Neue Kammerspiele eG weitläufig bekannt geworden. Zum vierten Mal fungierte das traditionsreiche Haus als Austragungsort der Berlinale. Zahlreiche Kinopreise gingen an die von den beiden Kulturschaffenden Carolin Huder und Valeska Hanel zu neuem Leben erweckte Kulturstätte. Darüber hinaus ist sie wieder zum sozialen Treffpunkt für Jung und Alt geworden.

Am Beginn stand auch hier der Gedanke, das in den 1930iger Jahren erbaute historische Kinogebäude vor Verfall und Verkauf zu retten. Dass dies nur mit Beteiligung der Bürger:innen gelingen könne, war Bedingung der Anschubfinanzierung, die die Gemeinde Kleinmachnow der Genossenschaft im Gegenzug zu verkauften Geschäftsanteilen in Aussicht stellte. Die Mindestanzahl von 200 Mitgliedern war schnell erreicht und damit erwiesen, dass die Bevölkerung hinter der Idee steht.



Kinosaal mit historischem Flair

Seit 2012 belebt die Neue Kammerspiele eG mit einem anspruchsvollen Programm das Traditionskino: europäische Filme, Klassiker sowie Ungewöhnliches in besonderen Formaten. Lesungen, Theater und Konzerte, Partys und Kleinkunst ergänzen das Programm. Ziel der Macher:innen ist es, alle zu erreichen: ältere Ehepaare, die hier ihren ersten Kinofilm zusammen gesehen haben, Zugezogene, die früher in Kleinmachnow gewohnt haben, Kinder und Kulturbegeisterte aus der Großstadt, die gerne mit dem Fahrrad ins Kino fahren.

„Die Kammerspiele sind zu einem zentralen Kulturort und Treffpunkt geworden. Unsere Atmosphäre ist sehr persönlich – man kennt sich. Wenn Leute reinkommen, grüßen sie hier und da, kennen sich untereinander.“

(C. Huder)

Mit dem meist prominent besetzten Kulturangebot sowie der Wiedereröffnung der eigenen Gastronomie haben es die Betreiberinnen geschafft, der Begegnungsstätte ihren Glanz zurückzugeben. „Kleinmachnow ist ein wohlhabender, intellektueller Ort – aber auch gespalten“. In den 1990er Jahren stand die Gemeinde wegen zahlreicher Rückübertragungsverfahren im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Die alten Wunden zu überwinden durch gemeinsames Kulturerlebnis - das ist ihr erklärtes Ziel. Und sie haben es geschafft: Nicht nur in der internationalen Filmbranche genießen sie einen hervorragenden Ruf, sondern auch die Gemeinde profitiert. „Wir haben ein großes Netzwerk von Menschen aufgebaut, die sich unterstützen. Jeder hilft mit dem, was er kann. Auch der Bürgermeister hat bei uns schon geputzt,“ sagt Huder. Kleinmachnow ist keine „Schlafstadt“ mehr. In Immobilienportalen erscheint das lokale Kulturangebot als Standortfaktor und steigert die Preise.

Und das alles, obwohl, wie häufig behauptet, „sich mit Kultur kein Geld verdienen lässt“. Als „Trinken für die Kunst“ bezeichnet Carolin Huder ihr Geschäftsmodell. Der Gastronomiebetrieb erwirtschaftet den Großteil des Gewinns und finanziert den teilweise unterfinanzierten Kulturbereich mit. Vermietungen und frei finanzierte Projekte des Fördervereins kommen hinzu. Der jährliche Zuschuss der Gemeinde fängt Defizite auf. Von Anfang an wurde mit festangestelltem Personal gearbeitet.



Außenbereich mit Gastronomie

In der Coronazeit konnte sich die Genossenschaft als Testzentrum ein weiteres Standbein aufbauen und in ein schon lange geplantes Open-Air-Kino investieren. Darüber hinaus sind die Betreiberinnen auch am gesellschaftlichen Auftrag des Kinos interessiert. So initiierten sie einen Kinofrauenstammtisch und sind maßgeblich beteiligt an dem ersten europäischen Kinoprojekt, das „über das Kinogehen hinaus einen anderen Blick in die Welt“ eröffnen möchte.

Die Basis des Konzepts aber sind die Mitglieder - das Kino gehört ihnen. Nicht nur in der Startphase bildeten die Mitgliederanteile das Fundament der Finanzierung (Hanschke 2019: 59f), auch im täglichen Miteinander stärken und unterstützen sie sich gegenseitig. Carolin Huder bindet gern alle mit ein.

„Wenn ich im Supermarkt an der Kasse die Frage höre, ‚Frau Huder, was gibt es denn heute bei uns im Kino?‘, weiß ich, dass ich auf dem richtigen Weg bin.“

(C. Huder)

Beteiligung scheint der Schlüssel zum Erfolg in Kleinmachnow zu sein: „Bei uns kann man mitmachen, das verbindet.“ Huder ist es am wichtigsten, dass die Menschen das Kino als ihres betrachten.

neue Kammerspiele

Neue Kammerspiele eG
Karl-Marx-Str. 18
14532 Kleinmachnow

Gründungsjahr: 2012

Kontakt: Carolin Huder, Valeska Hanel
Mail: info@neuekammerspiele.de
Web: www.neuekammerspiele.de

4.3.3. Traumschüff geG: schwimmendes Wandertheater und soziales Entwicklungslabor

In der gemeinnützigen Theatergenossenschaft haben sich Künstler:innen und Kulturschaffende zusammengeschlossen. Unter dem Namen „Theater im Fluss“ betreibt die Gruppe ein schwimmendes Wandertheater, das sich insbesondere Themen des ländlichen Raums widmet. Mit dem Theaterschiff „Genossin Rosi“ tourt die Gruppe in den Sommermonaten durch Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Zu ihrem Konzept gehört es, nach den Aufführungen mit dem Publikum ins Gespräch zu kommen. Dort erfahren die Künstler:innen am besten, was die Menschen vor Ort bewegt. Und machen aus den Eindrücken ihr nächstes Stück. Theater im Dialog – ein lebendiger Prozess, der Dinge verändert und „in Fluss bringt“.

So geschehen in einer Brandenburger Gemeinde, in der sich der Biber wieder angesiedelt hat. Naturschützer:innen begrüßten dies, Anwohner:innen sorgten sich um die Deiche. „Beide Aspekte können in den entsprechenden Regionen schnell zur existenziellen Frage werden“, sagt Nikola Schellenschmidt, Mitglied im künstlerischen Leitungsteam und Autorin zahlreicher Stücke der Gruppe. Traumschüff entwickelte das Stück „Bibergeil“, das den Konflikt anhand der Geschichte

eines Landwirtes nachzeichnet, dem das Nage-tier sein Feld überschwemmt. „Im Publikum saßen Naturschützer:innen und Gegner:innen – und beide konnten etwas mit dem Stück anfangen,“ so Schellenschmidt.



Traumschüff in Himmelpfort (Foto: Sophia Sorge)

Theater auch dorthin zu bringen, wo Kultur nicht sehr stark vertreten ist – das ist mit einem Schiff möglich. „Wir sind beweglich [...] auf einem Schiff, das uns mit Solar-, Wind- und Pedalenergie zu Euch bringt“, lautet eine Ankündigung der Gruppe (Traumschüff geG 2021). An entlegenen Orten Menschen aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen niedrigschwellig an Kunst und Theater heranzuführen und miteinander ins Gespräch zu bringen, ist ihr wichtigstes Anliegen. Dies kennzeichnet auch ihre theaterpädagogischen Projekte und Workshops. Der Erfolg gibt dem Ansatz recht. Zahlreiche Preise, eine hohe Medienresonanz und verdoppelte Besucherzahlen innerhalb eines Jahres zeigen: Traumschüff ist angekommen, auch bei den Menschen, die sonst nicht ins Theater gehen. Im Herbst 2021 plant die Gruppe die Eröffnung eines festen Winterstandortes in Oranienburg.

„Mit Kunst Brücken bauen, um die gesellschaftliche Spaltung, die gerade im ländlichen Raum immer stärker spürbar ist, zu überwinden. Menschen aus unterschiedlichsten Lebenswelten, Einkommenschichten und kulturellen Hintergründen zusammenbringen.“

(N. Schellenschmidt)

Eine wichtige Rolle spielt, so Schellenschmidt, dass der Eintritt für die Aufführungen frei ist. Stattdessen werden Spenden erbeten. Mit der Genossenschaft gelang es, dem künstlerischen Anliegen der Gruppe einen sicheren Rahmen zu geben. Viele Mitglieder, die im normalen Theaterbetrieb unzufrieden waren, sind in ihrem eigenen Unternehmen zu ihren eigenen Bedingungen beschäftigt. Das führt zu einer hohen Identifikation, „wenn einem das Theater gehört“. Die Initiative zur Gründung ging von einem Schauspieler aus, der sich selbständig machen wollte. Den beiden Vorständen, Regisseur David Schellenberg und Autorin Nikola Schellenschmidt, die die meisten Stücke selbst schreibt, gibt das Konstrukt die Freiheit, ihre Ideen eigenverantwortlich umzusetzen. Die Gemeinnützigkeit bietet den richtigen Rahmen für zahlreiche öffentliche Projektförderungen. Das Konzept halten die Betreiber:innen für skalierbar. „Der Bedarf ist da, und geeignete Flusslandschaften gibt es in ganz Deutschland,“ so Schellenschmidt.



Tourauftakt 2021 (Foto: Traumschiff geG)

„Stolz sind wir darauf, dass wir es tatsächlich schaffen, ein vielfältiges Publikum zu erreichen. Und zwar in Gebieten, in denen kaum wohnortnahe Angebote existieren. Die Aufführungen werden nicht zu Eintrittspreisen verkauft, sondern funktionieren auf Spendenbasis. Dadurch wurden bisher viele Menschen erreicht.“

(N. Schellenschmidt)

Der wichtigste Schlüssel zum Erfolg ist laut Schellenschmidt die Gemeinschaft. Unzählige Menschen helfen während der Tour ehrenamtlich, das Schiff zu bewegen. Im Gegenzug „erleben sie Gemeinschaft auf Zeit, Lagerfeuerromantik und sind Teil eines kreativen Prozesses.“ Dabei werden auch die besonderen Herausforderungen des Wasserwanderns gemeinsam bewältigt. An kalten Tagen kann es vorkommen, dass ein Zuschauer spontan eine mobile Sauna vorbeibringt. Vielleicht schreibt Schellenschmidt darüber ihr nächstes Stück.



Traumschiff geG
Kremmener Str. 43
16515 Oranienburg

Gründungsjahr: 2017

Kontakt: David Schellenschmidt,
Nikola Schellenschmidt
Mail: ahoi@traumschueff.de
Web: www.traumschueff.de

4.3.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen

- Die beiden Beispiele aus dem Kulturbereich machen die zentrale Bedeutung einer aktiven Unterstützung durch Gemeinde einerseits und das persönliche Umfeld andererseits deutlich.
- Im Fall der Neuen Kammerspiele eG ging die Initiative der Gründung von der Person des Bürgermeisters aus, der selbst über eine persönliche Vorgeschichte und langjährige Erfahrung im Genossenschaftswesen verfügt. Der enorme Erfolg des Projektes zeigt in diesem Fall, dass das Potenzial von Bürgergenossenschaften nicht nur vom guten Willen, sondern auch vom spezifischen fachlichen Wissen der Verantwortlichen abhängig ist. Für Kleinmachnow kann dies als „Glücksfall“ bezeichnet werden.
- Im Fall der Traumschüff geG zeigt sich ein stabiles, unterstützendes persönliches Umfeld der Gründer:innen sowie die geeignete fachliche Beratung (in diesem Fall durch den Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften Hamburg) auf dem noch relativ neuen Feld der gemeinnützigen Kulturgenossenschaften als ausschlaggebend für den ebenfalls durchschlagenden Erfolg eines mutmachenden Kulturprojekts.
- Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des geeigneten Führungspersonals. Als zentral für das Gelingen von Genossenschaften erweist sich gelebte Partizipation. In beiden Fällen verkörpern die Verantwortlichen diesen Gedanken und erschaffen aufgrund ihrer Persönlichkeit sowie ihrer Führungskompetenzen Gemeinschaft, die weit über das eigene Unternehmen in das Gemeinwesen hinein ausstrahlt.

Literatur

Flieger, Burghard (2010): Kulturgenossenschaften. Leuchttürme zukunftsfähiger Kultur. Mitgliederförderung statt Kommerzialisierung. In: CONTRASTE. Die Monatszeitung für Selbstorganisation, Juni 2010 (309), S. 7–10. Online verfügbar unter https://www.contraste.org/wp-content/uploads/2020/02/2010-06_contraste309_kulturgenossenschaften.pdf (Abruf 21.08.2021).

Hanschke, Sonja (2019): Potenziale und Risiken von Kulturgenossenschaften. Fallstudien am Beispiel des Kinos. Masterarbeit. Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Ludwigsburg. Kulturwissenschaft und Kulturmanagement. Online verfügbar unter https://phbl-opus.phlb.de/frontdoor/deliver/index/docId/629/file/Masterarbeit_Hanschke_Kulturgenossenschaften.pdf (Abruf 21.08.2021).

Knubben, Thomas (2021): Wegweiser. Die Welt der Kulturgenossenschaften. Pädagogische Hochschule Ludwigsburg. Online verfügbar unter <https://www.ph-ludwigsburg.de/hochschule/fakultaet-2/institut-fuer-kulturmanagement/kulturforschung/kulturgenossenschaften/wegweiser> (Abruf 21.08.2021).

4.4. Mobilität

4.4.1. Verkehrswende durch Ladeinfrastruktur und E-Carsharing

Mobilität ist im ländlichen Raum ein wichtiges Thema. Sobald Angebote der Nahversorgung, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen sowie Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen mit dem ÖPNV nur mit hohem Aufwand oder nicht erreichbar sind, ist die Bevölkerung auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. In der Vergangenheit sind deshalb zahlreiche Initiativen entstanden, die mit bürgernahen Lösungen neue Angebote schaffen und den ÖPNV ergänzen, zum Beispiel in Form von selbstorganisierten „Bürgerbussen“. Meist organisieren sich diese in Vereinsform. Mittlerweile werden auch erste Genossenschaften in diesem Sektor aktiv.

Vor allem Bürgerenergiegenossenschaften bieten sehr erfolgreich neue Lösungen an und bringen dafür innovatives Know-how und Ressourcen ein. Im Mittelpunkt steht dabei der Ausbau der Elektromobilität. Mit der Errichtung neuer Ladepunkte, mit Carsharing-Angeboten und Mitfahrzentralen werden bestehende Mobilitätsangebote ergänzt und weiterentwickelt. So schaffen sie Voraussetzungen dafür, dass Pendelwege zur Arbeit oder Urlaubsreisen auch ohne den eigenen PKW möglich sind.

Bürger:innen, Kommunen und Privatwirtschaft können sich am Ausbau der Erneuerbaren Energien beteiligen und davon profitieren, überwiegend im Bereich Photovoltaik, aber auch bei Nahwärme, Windkraft und Wasserkraft. Die notwendige Überzeugungsarbeit, die für ein Umdenken in der Energieerzeugung v. a. im ländlichen Raum nicht unterschätzt werden sollte, gelingt mit dem auf Beteiligung ausgerichteten genossenschaftlichen Modell seit Mitte der 2000er Jahre. Auf der Grundlage des EEG sind Unterstützungsstrukturen entstanden, wie die Energieagenturen auf Länderebene sowie zahlreiche Förderprogramme.

Die beiden Fallbeispiele verdeutlichen die zentrale Bedeutung dieser Unterstützungsmaßnahmen. Ein Teil der für den ökologischen Aus- und Umbau der Verkehrsinfrastruktur notwendigen Investitionen wird demnach von den Energiegenossenschaften getragen, die diese aus anderen Geschäftsbereichen querfinanzieren, vorwiegend der Energieerzeugung und -vermarktung.

In vielen Fällen wird diese Arbeit von den Genossenschaftsmitgliedern komplett ehrenamtlich geleistet. Entsprechend groß ist das Potenzial, den Akteuren durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen mehr Handlungsspielräume zu verschaffen. Unterstützung bei der Professionalisierung und eine stärkere Vernetzung mit Partnern der Wirtschaftsförderung (IHK, Gründerzentren) würden vieles erleichtern. Entscheidend sind jedoch verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen.

4.4.2. Bürger Energie Drebach eG: mit Elektromobilität die Region voranbringen

Die Geschichte der Bürgerenergiegenossenschaft im Erzgebirge begann 2014 mit einer Anzeige im örtlichen Gemeindeblatt. Der Initiator und heutige Vorstand Michael Arnold informierte damals über seine Idee zur Gründung einer Genossenschaft. Noch im selben Jahr konnte das Vorhaben mit 24 Gründungsmitgliedern realisiert werden. Mittlerweile hat die Genossenschaft 92 Mitglieder. Sie versorgt Bürger:innen, Kommunen und ortsansässige Unternehmen in der Region mit Strom aus Erneuerbaren Energien in den vier Geschäftsfeldern Photovoltaik, Elektromobilität, Bürgerstrom und Ökogas.

Angefangen hat alles mit der Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden. Von Beginn an konnten die Kommunen für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Sie stellen die Dachflächen zur Verfügung und senken mit dem produzierten Strom ihre Energiekosten. Der Betreiber des Gebäudes schließt dafür einen Stromnutzungsvertrag mit der Genossenschaft, die den überschüssigen Strom ins Netz einspeist und dafür ergänzend eine Vergütung nach dem EEG erhält. So kann zum Beispiel die örtliche Sternwarte mit der Anlage auf dem Dach bis zu 40 % ihres Energieverbrauchs mit dem Photovoltaikstrom decken.



Auf der Volkssternwarte der Gemeinde Drebach hat die Bürgerenergiegenossenschaft ihr bislang größtes PV-Projekt (840 kWh) realisiert

Seit 2016 ist die Bürger Energie Drebach eG auch im Bereich E-Mobilität unterwegs. „Das ist eigentlich aus dem Bedarf heraus entstanden“, berichtet Thomas Walther, der im Aufsichtsrat der Genossenschaft mitarbeitet. In einer Nachbargemeinde von Drebach verfügte die Kommune über einen Standort und die Finanzierung einer Ladesäule, aber es gab keinen Betreiber und die Mittel fehlten, um sich das notwendige Know-how anzueignen. Die Genossenschaft entwickelte daraufhin ein Betreiberkonzept, bei dem die Säule in kommunaler Hand verbleibt. Sie selbst übernimmt die Abrechnung und Wartung. Dafür erhält die Genossenschaft eine Beteiligung an den Einnahmen. „Das ist mittlerweile recht gefragt“, so der Aufsichtsrat.



Die Mitglieder des Aufsichtsrats vor der Sternwarte, v. h. l. n. r.: Jens Haustein, Prof. Dr. Volker Weber, Janin Herenz, Prof. Dr. Alexander Lohschmidt, Thomas Walther

Hinzu kam ein zweites Geschäftsmodell: Hier geht die Genossenschaft in Vorleistung und finanziert die Ladesäule aus eigenen Mitteln. Die Kommune stellt dann lediglich den Standort zur Verfügung und erhält dafür eine Umsatzbeteiligung. Diese Form der Zusammenarbeit ist vor allem für finanzschwache Kommunen attraktiv, weil viele andere Mitbewerber am Markt eine Beteiligung der Kommune verlangen.

Mittlerweile hat die Genossenschaft an sechs Standorten in der Region Ladesäulen errichtet, weitere sechs sind in Planung. Noch ist das ein Zuschussgeschäft. Zudem waren die Ladezeiten an den E-Ladesäulen zuletzt rückläufig. Vor Corona wurde aber eine jährliche Verdopplung der Nutzungsdauer erreicht. Die Verantwortlichen in der Genossenschaft sind sich deshalb sicher, dass sich das Angebot langfristig rechnet und die Nutzung zunehmen wird: „Die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs lohnt sich ja erst dann, wenn auch die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist.“

„Wir möchten mit der Genossenschaft erreichen, dass sich möglichst viele an der Energiewende beteiligen können und die Wertschöpfung hier in der Region bleibt.“ (T. Walther)

Dass der Bereich der E-Mobilität aus den Einnahmen der Genossenschaft querfinanziert wird, ist auch ein Beitrag in die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Region, betont Thomas Walther. Mit diesem Ziel ist die Bürger Energie Drebach bei der Gründung 2014 angetreten: „Wir möchten mit der Genossenschaft erreichen, dass sich möglichst viele an der Energiewende beteiligen können und die Wertschöpfung hier in der Region bleibt.“ Über Generationen hinweg wird gemeinsam daran gearbeitet und das Thema Klimaschutz vorangebracht. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation mit der Region.

„An dem Punkt, dass wir Stellen schaffen könnten, sind wir noch nicht.“ (T. Walther)

In der Bürger Energie Drebach eG sind alle Beteiligten ehrenamtlich aktiv. Langfristig ist angedacht, dass die Genossenschaft auch eigenes Personal anstellen kann: „Aber an dem Punkt, dass wir Stellen schaffen könnten, sind wir noch nicht.“ Hilfreich wären deshalb Förderprogramme zur Professionalisierung von Bürgerenergiegenossenschaften. Viele von ihnen, die den Sprung vom Ehrenamt zur Festanstellung schaffen, entwickeln sich besser. Würde die Genossenschaft für einen definierten Zeitraum einen Zuschuss erhalten, um jemanden zu beschäftigen oder weiterzubilden, könnte sie viel konsequenter die Umsetzung der Projekte voranbringen.

Weitere Vorhaben befinden sich in der Planung. Derzeit laufen die Gespräche zur Errichtung einer größeren Photovoltaikanlage auf dem Dach einer Mehrzweckhalle in Drebach. Beabsichtigt ist, zukünftig eine eigene Ladekarte mit vergünstigten Konditionen für die Mitglieder der Genossenschaft zur Verfügung zu stellen. Denn für diejenigen, die ihr Geld in die Genossenschaft investieren, soll auch ein Vorteil entstehen: „Die Infrastruktur steht aber nach wie vor allen zur Verfügung.“



Bürger Energie Drebach eG
OT Venusberg
Herolder Str. 23
09430 Drebach

Gründungsjahr: 2014

Kontakt: Michael Arnold, Thomas Walther
Mail: info@buerger-energie-drebach.de
Web: www.buerger-energie-drebach.de

4.4.3. Inselwerke eG: Carsharing für mehr Mobilität im ländlichen Raum

Wer mit dem Zug durch Anklam in Mecklenburg-Vorpommern fährt, kann das aktuelle Projekt der Inselwerke eG bereits erkennen. Die Bürgerenergiegenossenschaft errichtet auf dem Bahnhofsgelände der Stadt eine Carsharing-Station. Derzeit stehen dort jeweils zwei E-Autos, E-Bikes und E-Lastenfahräder bereit, die über eine App reserviert und direkt genutzt werden können.

Das Angebot soll schrittweise erweitert werden und richtet sich vor allem an Tourist:innen, die ihre Anreise in die Urlaubsregionen Peenetal und Ostseeküste umweltbewusst organisieren wollen. Das



Neu errichtete Ladesäule bei Ückerkmünde am Stettiner Haff

Ziel des Projekts ist es, die Mobilität im ländlichen Raum zu stärken, klimaneutral auszubauen und mit dem Angebot den ÖPNV vor Ort zu ergänzen.

Mit dieser neuen Station entwickeln die Inselwerke ihr Angebot im Bereich E-Mobilität konsequent weiter. Die Genossenschaft hat sich seit der Gründung im Jahr 2013 als kompetente Ansprechpartnerin im Bereich Photovoltaik und E-Ladeinfrastruktur etabliert. In Zusammenar-

beit mit den Bürgerwerken, einem Zusammenschluss von Bürgerenergiegenossenschaften, gelang es, ein Modell für den Aufbau und Betrieb von Ladesäulen zu entwickeln, das auch von anderen Genossenschaften genutzt bzw. übernommen werden kann. Angefangen mit dem Usedomer Ladenetz im Jahr 2016, stehen heute unter dem Label „Bürgerladenetz“ bundesweit mehr als 50 Standorte zur Verfügung.

„Wenn die Säule steht, kommen entsprechend mehr Menschen. Das ist der Effekt, den viele unserer Partner wirtschaftlich für sich nutzbar machen können.“ (F. Jacobi)

Möglich wurde das durch eine Förderung des Energieministeriums in Mecklenburg-Vorpommern. In einer zweijährigen Entwicklungsphase konnte die Genossenschaft mit viel Kommunikation vor Ort Kooperationen, organisieren vor allem mit kleineren Unternehmen im Bereich Tourismus. Viele haben für sich den Mehrwert erkannt, eine Ladestation an ihrem Standort aufzubauen: „Denn wenn die Säule steht, kommen entsprechend mehr Menschen. Das ist der Effekt, den viele unserer Partner wirtschaftlich für sich nutzbar machen können,“ erläutert Frank Jacobi, Mitarbeiter bei den Inselwerken.

Auch Kommunen sehen diesen Vorteil für sich und fragen das Angebot mittlerweile gezielt nach. Die Inselwerke unterstützen bei Standortsuche und Erstellung des wirtschaftlichen Konzepts. Doch bis dahin war es ein langer Weg und musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. „Zu Beginn war da viel Skepsis,“ erinnert sich Madlen Haney, Mitglied im Vorstand. Die genossenschaftliche Struktur war für viele damals noch erklärungsbedürftig. „Aber wir haben gezeigt, dass wir dauerhaft da sind. Das sind nicht nur Ideen, wir reden nicht nur darüber, sondern das hat Verbindlichkeit.“

Die Kommune profitiert von dieser Zusammenarbeit. Sie kann einen Ladepunkt anbieten, in den sie selbst nur wenig oder gar nicht investieren muss, und erhöht so ihre Attraktivität.

Auf dieses gewachsene Vertrauen kann jetzt bei der Umsetzung der Carsharing-Station in Anklam aufgebaut werden. „Als regionaler Akteur kennen wir die Bedarfe“, so Haney. Das Anliegen, den Bahnhof Anklam als Knotenpunkt mit verschiedenen Destinationen in der Umgebung zu verbinden, war schon länger im Blick. Dafür stellt die Stadt der Genossenschaft das Gelände kostenfrei zur Verfügung. Ziel ist es, dass die Station sich auf Dauer wirtschaftlich selbst trägt.

„Wir haben gezeigt, dass wir dauerhaft da sind. Das sind nicht nur Ideen, wir reden nicht nur darüber, sondern das hat Verbindlichkeit.“ (M. Haney)

Ganz ohne die Kommune wird es aber nicht gehen: „Es ist eben Infrastruktur. Es ist etwas, im ländlichen Raum, wo es die öffentliche Hand auch immer ein Stück weit braucht. Und was wir leisten, ist, dass wir einen Weg aufzeigen, wie es gehen könnte und es konkret machen.“ Mit überschaubaren Kosten kann die Kommune so Mobilität gewährleisten und zukünftig auch Einnahmen generieren, ähnlich wie bei den Ladesäulen. Für das Projekt mit einem Investitionsvolumen von 200.000 Euro erhält die Genossenschaft eine Förderung aus Bundesmitteln. „Ohne das Förderprogramm hätten wir das nicht machen können“, betont Frank Jacobi, „denn man muss erst einmal zeigen, dass es geht, sonst findet man keine Unterstützer. Nur auf dem Papier überzeugt das nicht.“



Die Fahrzeugflotte der Carsharing Station "Die Weiterfahrer" in Anklam steht bereit

Das Modellvorhaben, das passenderweise den Titel „Die Weiterfahrer“ trägt, wird so entwickelt, dass es auch an anderen Standorten angepasst und umgesetzt werden kann. Potenzielle Nachahmer:innen erhalten ein fertiges Konzept: „Die müssen nicht bei Null beginnen. Das ist ganz wichtig, damit sich das in der Fläche vervielfältigen kann und sich andere einklinken können.“ Zukünftig lässt sich so ein System entwickeln, bei dem die Fahrzeuge an verschiedenen Standorten ausgeliehen und abgegeben werden können. Genau diese Synergien und Nachahmereffekte sind es, die die Inselwerke auszeichnen und mit denen sie neue Lösungsansätze im ländlichen Raum auf den Weg bringen.



Inselwerke eG
Geschäftsstelle Eberswalde
Thinkfarm Eberswalde
Eisenbahnstr. 92/93
16225 Eberswalde

Gründungsjahr: 2013

Kontakt: Madlen Haney, Frank Jacobi
Mail: ladestation@inselwerke.de
Web: www.inselwerke.de

4.4.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen

- Die Genossenschaft muss ihre Vorhaben transparent kommunizieren und offen für neue Mitglieder sein. So ermöglicht sie Beteiligung und gewinnt das Vertrauen lokaler Akteure. Der Geschäftsbetrieb ist auf Nachhaltigkeit angelegt, nicht auf die Erzielung von Gewinnen.
- Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kommunen erweist sich in vielen Fällen als entscheidend für die Realisierung der Projekte. Der Vorteil für die Kommunen: Sie tragen selbst nicht das Betriebsrisiko für die Anlagen und müssen das notwendige Know-how dafür nicht aufbringen. Hier unterstützt sie die Genossenschaft als Dienstleister und übernimmt den kompletten Betrieb. Diese Zusammenarbeit aufzubauen, erfordert Zeit und gewachsenes Vertrauen.
- Der Zugang zu Fördermitteln ist wichtig, um die Projekte finanzieren zu können. Anlaufstellen und eine stärkere Unterstützung, beispielsweise durch Energieagenturen, erleichtern ebenfalls eine schnellere Umsetzung. Kontakte und Ansprechpartner:innen auf Landesebene sind wichtig für eine bessere Vernetzung und Sichtbarkeit der Vorhaben.

Literatur

Klemisch, Herbert (2021): Bürgerenergiegenossenschaften als Promotoren der Energiewende – Die Geschäftsfelder Mieterstrom, kalte Nahwärme und Elektromobilität, Wissenschaftsladen Bonn (Hg.), unter Mitarbeit von Burghard Flieger, Stand: Mai 2021, Bonn. Internetquelle: https://www.wilabonn.de/images/PDFs/Genossenschaften/Brgerenergiegenossenschaften_als_Promotoren_der_Energiewende_GESAMT_EPaper-komprimiert.pdf (28.08.2021).

Bündnis Bürgerenergie e. V. (2020): Das Ökosystem der Bürgerenergie: Aus den Erfahrungen von Bürgerenergiegemeinschaften lernen, gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Stand: September 2020, Berlin. Internetquelle: https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/News/2020/Broschu__re_Bu__rgerenergie_2020_WEB_final.pdf (28.08.2021).

Energieagentur Rheinland-Pfalz (Hg.) (2016): Geschäftsmodelle für Bürger-Energie-Genossenschaften. Markterfassung und Zukunftsperspektiven, in Kooperation mit LANEG (Landesnetzwerk BürgerEnergieGenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V., Stand: August 2016. Internetquelle: https://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/fileadmin/user_upload/Newsletter-Anhaenge/2016_Newsletter_Februar/Buergerenergiegenossenschaften_Broschuere_160210_Small.pdf (28.08.2021).

4.5. Seniorengenossenschaften

4.5.1. Mit gegenseitiger Hilfe dem demographischen Wandel „trotzen“

Seniorengenossenschaften sind Tauschsysteme, so der Tenor in der ersten größeren empirischen Studie (Köstler 2006) über Seniorengenossenschaften als Engagement von Bürger:innen mit der Idee der Gegenseitigkeit. Mitglieder, die Dienste für andere Senior:innen übernehmen, erwerben dadurch für sich selbst zukünftige Versorgungsleistungen. Die erbrachten Hilfen werden gutgeschrieben. Die Mitglieder erwerben so „einen Anspruch auf Gegenleistung, der sofort eingelöst oder angespart werden kann“ (Köstler 2007, S. 394). Die organisierten Leistungen zwischen den Genossenschaftsmitgliedern werden vor Ort als Ergänzung zu professionellen Diensten angeboten und nachgefragt. Zu den häufigsten Unterstützungen gehören mit 85 % Einkaufsdienste und Besorgungen (Fraaß et al. 2016: 7). „Leitziele des damit verbundenen Altersbildes sind Eigenständigkeit, Selbstbewusstsein, Ressourcenorientierung und Bürgerstatus. Selbsthilfe und Selbstorganisation avancieren zu Ziel und Weg“ (Otto 1995: 15).

Ende 2015 liegt deutschlandweit die Zahl der Organisationen, die als Seniorengenossenschaften bezeichnet werden können, bei 220 (Fraaß et al. 2016: 5f.). Die Bezeichnung als „Seniorengenossenschaften“ lässt als bevorzugte Organisation die Rechtsform eG vermuten. Lediglich 6 % aller Initiativen agieren aber als eingetragene Genossenschaften. Eindeutig wird der eingetragene Verein (e. V.) mit 81 % aller Seniorengenossenschaft bevorzugt (ebd.: 7).

Die Gründe werden aus den nachfolgenden Fallbeispielen deutlich: In der Gründungsphase, besonders wenn auf die Gemeinnützigkeit gesetzt wird, erweist sich der Einstieg in Form des Vereins als unkomplizierter und kostengünstiger. Aktuell wird dennoch zunehmend auch auf die genossenschaftliche Form zurückgegriffen. Eines der Beispiele macht deutlich, weshalb dies zeitverzögert auch in den neuen Ländern relevant werden dürfte: durch die damit verbundene Performance und Professionalisierung infolge der Pflichtgremien Vorstand und Aufsichtsrat sowie mehr Eigenkapital über die Genossenschaftsanteile.

Für Sachsen wurde bereits 2013 im Rahmen eines umfassenden Gutachtens das Konzept der Seniorengenossenschaften als „Keimzelle (neuen) bürgerschaftlichen Engagements“ (Esswein/Raffelhüschchen 2013: 4) analysiert. Die Autoren formulieren neun Empfehlungen, wie Seniorengenossenschaften einen wichtigen Entlastungsbeitrag zu den wachsenden Sozialkosten durch den demographischen Wandel leisten können. Ihre Darstellung bleibt trotz Befürwortung eines Mischsystems aus Bezahlung und Zeitbanksystem noch sehr eng dem Tauschgedanken verbunden. Für eine Aufwertung von Seniorengenossenschaften als dritter Säule der Altersversorgung findet das Gutachten bis heute viel zu wenig Beachtung.

4.5.2. „Alt – aber trotzdem ...Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis“ e. V.: Seniorengenossenschaft mit Pionierfunktion

Initiatorin und hauptamtlich beschäftigte Vorstandsvorsitzende der Suhler Seniorengenossenschaft ist Ingrid Mitschke. Sie gründete diese im Oktober 2014 mit 23 Engagierten. Im Mittelpunkt stehen Hilfeleistungen von und für die 520 Mitglieder.

Der AWO-Förderverein "Alt-aber trotzdem...Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis" e. V. wird von vielen Senior:innen in der Region als lebensnotwendig angesehen. Er ist auch für Menschen da, die es sich finanziell sonst nicht leisten könnten, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gelingen ist so in Suhl der Aufbau einer Gemeinschaft, in der sich ältere Menschen ab meist 60 Jahren aufwärts gut aufgehoben fühlen. Viele nehmen Hilfe im Alltag in Anspruch, den die Pflegedienste nicht übernehmen, weil sie dafür keine Kapazitäten haben. Zudem ist der von einzelnen Pflegediensten geforderte Stundensatz ab 35 Euro für viele Ältere „schlichtweg zu teuer“.

„Visionen und Ziele unseres seniorengenossenschaftlichen Ansatzes sind, Menschen zu unterstützen, die auf Grund alters- oder krankheitsbedingter Einschränkungen Hilfe im Alltag benötigen und diese nicht durch Familie oder wen auch immer selbst absichern können.“

(I. Mitschke)

Seit Beginn organisiert der Verein zahlreiche Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten. Dazu gehört einmal im Monat ein Senior:innennachmittag mit wechselnden interessanten Themen. Solche Treffen besuchen 50 bis 100 Menschen - vor der Pandemie. Regelmäßig wird auch ein digitaler Stammtisch durchgeführt, um Smartphone, Tablet und Co. näher zu bringen. Dann können Fragen gestellt und die praktische Handhabung am eigenen Gerät geübt werden. Zu den Veranstaltungsformaten zählen ebenfalls der Kaffeeklatsch, z. B. als gemütlicher Nachmittag in der Fußgängerzone, und der Spielenachmittag. Alle, die wollen, können dazukommen.



Verschiedene Veranstaltungsformate prägen das Gemeinschaftsgefühl in der Senior:innenhilfe Suhl (Foto: Ingrid Mitschke)

Hilfen werden überwiegend von Rentner:innen geleistet, die im Haushalt helfen und bei Fahrdiensten ihren privaten PKW nutzen. Aus versicherungstechnischen Gründen bietet der gemeinnützige AWO-Förderverein seine Leistungen nur Mitgliedern an. Das eigene Fahrzeug ist bei Hilfe über den Verein versichert. Die Mitgliedschaft kostet vier Euro im Monat. Zu den Leistungen gehört alles, was der Unterstützung im Alltag dient, vom Einkauf über Schneeschippen, Fahrdienste, Gartenarbeit, Hilfe im Haushalt, einschließlich Fensterputzen.

Wichtig: Die ehrenamtliche Arbeit der Helfer:innen ist keine unentgeltliche Arbeit. Alle Hilfen werden mittels Leistungsnachweis entsprechend der Satzung abgerechnet, die die Hilfebedürftigen unterschreiben und bestätigen. Nach den Erfahrungen in Suhl halten sich Seniorengenossenschaften, die ihre Unterstützungsleistungen rein ehrenamtlich anbieten, meistens nicht über einen längeren Zeitraum.

„Bei vielen Kommunen ist es noch nicht angekommen, dass gemeinschaftsgetragene Strukturen zur Unterstützung älterer Menschen wichtig sind und sie in der Verantwortung ihrer Bürger für die Daseinsvorsorge stehen.“

(I. Mitsche)

In der Gründungsphase gab es kaum Unterstützung für den Aufbau. Erforderlich waren Geduld und Hartnäckigkeit, um Türen für eine Unterstützung zu öffnen. Dafür wurden viel Zeit und sehr gute Konzepte benötigt. Nach einem dreiviertel Jahr gab es eine Förderung als Modellprojekt über das Sozialministerium in Thüringen, erst einmal für drei Jahre. Derzeit wird der Verein weiterhin über das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben gefördert. Dies läuft als Zuschussfinanzierung über die Kommunen. Sie sinkt kontinuierlich, je mehr Mitgliedsbeiträge und bezahlte Hilfen erfolgen. Nach ca. zehn Jahren kann der Verein selbsttragend sein.

Der Antrag auf Förderung muss jährlich neu in der Kommune gestellt werden. Zusätzlich kontrolliert das Landesverwaltungsamt jährlich die notwendigen Schulungen von mindestens 30 Stunden für die Helfer nach § 45b SGB XI, um niedrigschwellige Betreuungsleistungen im Rahmen der 125 Euro, die die Krankenkassen ab Pflegegrad 1 zur Verfügung stellen, abrechnen zu dürfen. Diese Schulungen werden teilweise auch über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. (BAGSO) durchgeführt.

Gegründet wurde die Seniorengenossenschaft als Verein, weil die Hürden niedriger als bei einer eingetragenen Genossenschaft liegen. Viele Mitglieder verfügen zudem nicht über ausreichend Geld, um einen Genossenschaftsanteil zeichnen zu können. Hilfreich wäre ein Leitfaden, in dem systematisch aufbereitet steht, was in der Aufbauphase zu beachten ist (siehe Kap. 5.4.2.).



AWO Förderverein „Alt-aber trotzdem...
Senioren helfen Senioren in Suhl und
Zella-Mehlis" e. V.
Würzburger Str. 3
98527 Suhl

Gründungsjahr: 2014

Kontakt: Ingrid Mitschke

Mail: seniorenhilfe.suhl@gmx.de

Web: www.seniorenhilfe-suhlzellamehlis.de

4.5.3. Bürgerinitiative Stendal e. V.: „Senioren-genossenschaft“ mit Tagespflege

Die Bürgerinitiative Stendal wurde 2004 als Verein gegründet und zählt heute rund 200 Mitglieder. Neben der Nachbarschaftshilfe betreut der Verein seit 2006 tagsüber Pflegebedürftige in einer Tagesstätte. Zu den wichtigsten Zielen des Bürgerinitiative Stendal e. V. (BIS) gehört, dass pflegebedürftige Menschen Teilhabe und Lebensqualität erfahren und gleichzeitig die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Dafür steht als besonderer Ansatz die Tagespflege, die professionell mit ausgeprägtem Qualitätsmanagement betrieben wird.

„Die Tagespflege hat sich zum tragenden Geschäftsbereich der BIS entwickelt, die stolz darauf ist, dass die Pflegebedürftigen gern in die Tagespflege kommen.“

(M. Zosel-Mohr)

Die BIS verfügt über Räumlichkeiten von über 400 qm. Dort befinden sich die Tagespflege und das Vereinsbüro, über das die Nachbarschaftshilfe organisiert wird. Letztere ist das zweite Standbein mit 28 Freiwilligen von den rund 200 Mitgliedern des Vereins. Deren Leistungen werden über zwei weitere Ortsgruppen in anderen Gemeinden erweitert.



Die BIS organisiert Nachbarschaftshilfe mit 28 Freiwilligen

Mittlerweile wird händeringend nach weiteren Freiwilligen gesucht, die sich bei der Nachbarschaftshilfe engagieren. Nachwuchs unter den Jüngeren findet sich nur selten. Auch in anderen Altersgruppen gibt es immer weniger Freiwillige, die sich nach dem Berufsleben noch ehrenamtlich bzw. freiwillig engagieren. Dies gilt, obwohl eine Vergütung im Rahmen der Übungsleiterpauschale erfolgen kann. Hauptamtlich Mitarbeitende sind für die Koordinierung der Freiwilligeneinsätze unbedingt notwendig. Diejenigen, die das Engagement von Freiwilligen betreuen und organisieren, müssen nach Einschätzung der BIS unbedingt bezahlt werden.

Kritisch wird die Kapitalisierung des Pflege- und Gesundheitssystems betrachtet. Kostendeckendes Vorhalten der Angebote ohne Gewinnstreben lässt sich realisieren, wie der Betrieb der Tagespflege der BIS belegt. Eine gute Bezahlung der Pflegekräfte ist möglich, so die klare Positionierung, wenn die Finanzmittel aus der Pflege- und Krankenversicherung zur Kostendeckung und nicht gewinnorientiert eingesetzt werden.

Die Tagespflege wurde im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und des Pflegestärkungsgesetzes von 2017 neu aufgestellt. Dank eines bereits 2015 eingeführten Qualitätsmanagements und mit fachlicher Unterstützung des Dachverbands, dem Paritätischen

Wohlfahrtsverband, wurde die Tagesstätte in eine professionelle Tagespflege mit hohem Wohlfühlkomfort für die Tagesgäste umgewandelt.

Die Tagespflege wird als Vorzeigemodell gesehen, wie mit einem guten Personalschlüssel gearbeitet werden kann. Die Mitarbeitenden werden regelmäßig qualifiziert und nach Tarif bezahlt. Bei der Tagespflege, die über modern ausgestattete Räume verfügt, herrscht im Team ein gutes Betriebsklima. In diesem Bereich gibt es keine Vorteile durch eine Mitgliedschaft in der BIS. Die Abrechnung erfolgt vorrangig durch die Pflegekasse.

Gewählt wurde für die Gründung die Rechtsform des Vereins, weil für diesen niedrigere Anforderungen gelten. Beim Verein besteht aber die Gefahr, dass sich die Vorstandsbesetzung infolge der Ehrenamtlichkeit schneller ändert. Mit einer genossenschaftlichen Wirtschaftsform werden stabilere Perspektiven verbunden. Geschaffen werden soll über die Gründung einer Genossenschaft eine Ermöglichungsstruktur, um neue Wege zu gehen. Die Nutzung partizipativer Wirtschaftsformen sollte großzügig und langfristig vom Staat gefördert werden (vgl. Kap. 5.2. und 5.4.4.).

„Für die Gründung von Seniorengenossenschaften müsste viel mehr passieren. Da ist noch „Luft nach oben“. Solche partizipativen Wirtschaftsformen tragen dazu bei, dass das gesamte Sozialsystem besser aufgestellt wird.“

(M. Zosel-Mohr)

Überlegt wird der Aufbau einer Genossenschaft durch das Zusammenlegen mehrerer Vereine. Wegen Überalterung der Freiwilligen und fehlendem Nachwuchs wird es zukünftig schwieriger sein, dass diese ihre Leistungen aufrechterhalten. Durch einen Zusammenschluss lassen sich Entlastung und Ressourcenbündelung organisieren. Mit der Genossenschaft können dann sowohl die gemeinsame Verwaltung als auch verschiedene, bereits vorhandene Leistungsangebote fortgeführt und gestärkt werden. Ziel ist es, die Kommunen bei einer zu gründenden Genossenschaft ins Boot zu holen (Siehe Kap. 5.3.2.).

Der Zukunftstraum: In zehn Jahren wurde aus den Erfahrungen der Pandemie gelernt, und das Pflege- und Gesundheitssystem ist gemeinnützig organisiert. Viele Menschen sind Mitglied in der Bürgergenossenschaft geworden und können somit Mitgestaltende einer bedarfsgerechten und teilhabeorientierten Betreuung und Versorgung von Hilfebedürftigen sein. Auch die Kommunen engagieren sich als Mitglieder in der Genossenschaft und wirken so aktiv bei der Daseinsvorsorge mit.



Bürgerinitiative Stendal e.V.
Carl-Hagenbeck-Str.39
39576 Hansestadt Stendal

Gründungsjahr: 2004

Kontakt: Marion Zosel-Mohr
E-Mail: info@bisev.de
Website: www.bisev.de

4.5.4. Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Gründungen

Die Beispiele, aber auch viele aktuelle Ausprägungen von Seniorengenossenschaften verdeutlichen, dass ein Ansatz als reiner Tausch und als Zeitbanksystem in vielen Fällen nicht greift. Aufgabe von Seniorengenossenschaften ist die Versorgung von Senior:innen in allen Bereichen des Alltagslebens. Das Spektrum reicht dabei von einfachen Dienstleistungen im Haushalt über komplexere Formen der Alltagsassistenz bis hin zur Pflege. Unter diesem Blickwinkel ist das Konzept der Gegenseitigkeit bzw. der Zeitbank nur eines von mehreren, sehr unterschiedlichen Typen von Seniorengenossenschaften (Flieger 2016: 29ff.).

Wie im Fall der beiden geschilderten gemeinnützigen Beispiele, befindet sich das Verfahren, mit der Ehrenamtszuschale eine Aufwandsentschädigung zu zahlen und daraus gleichzeitig einen Kostendeckungsbeitrag für die Organisation zu generieren, eindeutig auf dem „Vormarsch“. Um dies entsprechend den jeweiligen lokalen Bedarfen schnell umzusetzen, sind ein oder zwei fest bezahlte Verantwortliche erforderlich, die entsprechend §§ 45 SGB XI die Finanzierung und gleichzeitig die zwingend erforderlichen Schulungen für die hilfeleistenden Ehrenamtlichen organisieren. Die Details hierfür sind in allen Bundesländern unterschiedlich geregelt. Beide dargestellten Beispiele verdeutlichen, dass dies zunehmend eine unverzichtbare Grundlage für die Lebensfähigkeit seniorengenossenschaftlicher Organisationen darstellt.

Zu den wesentlichen Erfordernissen ihrer Gestaltung gehören:

- ein klar formulierter Mitgliedernutzen, vor allem das Ziel des längeren Verbleibs in den eigenen vier Wänden;
- barrierefreier Zugang über Telefon und Website zu den Hilfevermittelnden;
- vielfältige Veranstaltungen, die ein unkompliziertes Kennenlernen ermöglichen und Gemeinschaft fördern;
- niedrigschwellige Kosten der Nutzer:innen für die Hilfeinanspruchnahme.

Literatur

Esswein, Werner/Raffelhüsch, Bernd (2013): Sachsen füreinander – Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen. Hrsg. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Dresden. Internetquelle: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/21233/documents/28714> (Abruf 02.09.2021).

Flieger, Burghard (2016a): Seniorengenossenschaften oder seniorenenstützende Genossenschaften? Kooperativen im Grenzbereich bürgerschaftlichen Engagements und genossenschaftlicher Professionalisierung. In: Schmale, Ingrid (Hg.): Zur Diffusion der Genossenschaften in neue Geschäftsfelder, Münster: LIT Verlag, S. 27–50.

Rosenkranz, Doris/ Görtler, Edmund (2016): Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Seniorengenossenschaften“. Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. Hrsg. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. München. Internetquelle: (<https://www.gemeinsam-aktiv.de/generationenhilfe/wegweiser.pdf>) (Abruf 02.09.2021).

4.6. Weitere Geschäftsfelder für Bürgergenossenschaften

4.6.1. Wiederbelebung des ländlichen Raums durch Urbane Dörfer

Altersgemischte Gruppen und Gemeinschaften artikulieren auch im ländlichen Raum der neuen Länder vermehrt den Wunsch nach gemeinschaftlichen Lebens- und Arbeitsprojekten in genossenschaftlicher Form. Viele Ansätze, die sich nach dieser Idee organisieren, können als Urbane Dörfer charakterisiert werden. Der Begriff des „Urbanen Dorfes“ bezeichnet hierbei die zunehmende Annäherung von städtischen und ländlichen Lebensstilen im Zuge von Industrialisierung, erhöhter Mobilität und Digitalisierung (Vogelsang et al. 2016: 282).

Genossenschaftliche Gemeinschaftsprojekte in ländlichen Regionen bringen ebendies zum Ausdruck: Einerseits spiegeln sie sehr facettenreich die Wiederentdeckung des Ländlichen zwischen Naturverbundenheit, Individualismus und ökologisch-sozialem Innovationswillen wider. Andererseits stellen sie Räume bewussten Experimentierens dar, in denen gesellschaftliche Fragen und Herausforderungen wie etwa Kreislaufwirtschaft, lebensdienliche Architektur, zukunftsfähige Nachbarschaften u. ä. modellhaft umgesetzt werden. Die Frage eines gesellschaftlichen Mehrwertes wird hierbei von den Akteuren grundsätzlich mitgedacht (ebd.: 280; Genossenschaft Urbane Dörfer 2021).

Die Coronasituation hat die Sehnsucht nach dem Landleben deutlich verstärkt. Günstige Mieten, Räume für ortsunabhängiges Arbeiten, häufig in Coworking-Spaces, zogen bundesweit „urbane Nomad:innen“ in ländliche Gebiete. Exemplarisch hierfür steht die Genossenschaft CoWorkLand eG, die überregional die Gründung von Coworking-Spaces fördert und unterstützt. Das Land Brandenburg legte passend zum Trend im Jahr 2020 ein eigenes Förderprogramm zur Schaffung moderner Wohn- und Arbeitsprojekte auf.⁹

Zunehmend wird dem ländlichen Raum ein erhöhtes Innovationspotenzial zugesprochen. Trendforschungen gehen davon aus, dass die Dichotomie „Fortschritt in der Stadt – Rückschritt auf dem Land“ sich im Wandel befindet (Zukunftsinstitut GmbH 2021). Dass Provinz ansteigend „progressiv“ ist, haben die in den vorangegangenen Kapiteln analysierten Fallbeispiele verdeutlicht. Damit deutet sich ein grundlegender Wandel im Verständnis des jahrzehntelang gültigen Paradigmas der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zwischen Stadt und Land an.

Die Initiative zu Genossenschaftsgründungen in Form Urbaner Dörfer geht vor allem auch von jüngeren Erwachsenen und Familien mit Kindern aus. Ihr Ziel besteht meist darin, nachhaltige Leitbilder im persönlichen Einflussbereich und Wohnumfeld umzusetzen. Die erfolgreiche Realisierung der Grundidee bleibt aber bislang hinter der Zahl der Gründungsinteressierten zurück.

⁹ Weitere Informationen unter: <https://www.kreativorte-brandenburg.de>.

Die komplexen Genossenschaftsprojekte verbinden die Kernfunktionen Wohnen und Arbeiten miteinander. Unter dem genossenschaftlichen Dach entstehen jeweils unterschiedliche Mischungen mit zahlreichen Tätigkeitsfeldern wie Kultur, Bildung, Landwirtschaft und Gesundheit. Gelingene Beispiele, die das Gemeinwesen vor Ort in vielerlei Hinsicht stärken, entleerte Räume wieder besiedeln und ungenutzten denkmalgeschützten Bestand nutzbar machen, sind etwa die Lebensgemeinschaft auf Schloss Tonndorf in Thüringen, die Genossenschaft Gut Jahnishausen in Sachsen, das Ökodorf Siebenlinden in Sachsen-Anhalt und die Vitopia eG am Rand von Magdeburg in Sachsen-Anhalt. All diese Genossenschaften weisen durch den Erwerb großer Grundstücke sowie umfangreiche Instandsetzungs- und Baumaßnahmen an Gebäuden einen großen Investitionsbedarf auf, den zu schultern für die Beteiligten häufig eine Lebensaufgabe darstellt.



Die Vitopianer leben Nachhaltigkeit

In den meisten Fällen sind die Mitglieder der Genossenschaft parallel auch Mitglieder eines gemeinnützigen Vereins. Dieser dient als Organisation für Tätigkeiten auf dem genossenschaftlichen Grundstück bzw. Gelände wie Kultur, Bildung, Alten-, Kinder- und Jugendhilfe, Denkmalschutz, Öffentlichkeitsarbeit sowie weiteren Zwecken, die der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung entsprechen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass beide Organisationsformen eine nahezu ideale Symbiose für selbstorganisierte multifunktionale Projekte auf dem Land darstellen – oft nutzen sie auch eine gemeinsame Website. Für die gelingende Gesamtfinanzierung der einzelnen Maßnahmen ist dies empfehlenswert, da eine ganze Reihe von Förderprogrammen grundsätzlich nur gemeinnützigen Organisationen offenstehen.

Die Entwicklung dieser Genossenschaften als neue Urbane Dörfer zeigt das enorme Entwicklungspotenzial des Genossenschaftsmodells für aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Aufgabenfelder wie die Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums, das Schaffen lebenswerter Räume für den

fortschreitenden Bedarf nach ortsunabhängigem Arbeiten, die Ermöglichung von Selbstbestimmung bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, das Recht auf individuelle Bildung u. v. m. In Bezug auf die Regionen, in denen sie tätig sind, können sie wichtige Ankerfunktionen übernehmen, um ländliche Gebiete wieder lebendig und attraktiv für weitere am Zuzug interessierte Menschen, insbesondere Jüngere und Geflüchtete, zu machen.

So wohnen und arbeiten beispielsweise in der Genossenschaft auf Schloss Tonndorf derzeit 60 Menschen. Sie bilden Synergien nach innen für ihre jeweiligen Lebenssituationen, für die Region durch folgende Nutzungsmischung: Sanierung des denkmalgeschützten Schlosses, Wohnen, Veranstaltungen und Seminare, ökologische Landwirtschaft, Imkerei, Catering, Kultur-Café, Waldkindergarten, Tagesbetreuung für Menschen mit psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung, Angebote für Märchen und Musik.

Ein bei der Gründung und dem Aufbau solcher Genossenschaften immer wieder unterschätzter Aspekt ist der Zeitfaktor: Die Initiativgruppen benötigen erheblich mehr Zeit für die Gruppenfindungs- und Planungsphase als in den meisten Fällen vorgesehen wurde. Nur so werden sie kompromiss- und durchhaltefähig und lernen, die vielfältigen fachlichen Anforderungen zu meistern. Außerdem sind mehrere Baustufen und Entwicklungsetappen erforderlich, bis die meisten gewünschten Effekte auch eintreten.

Bei der Unterstützung genossenschaftlicher Gemeinschaftsinitiativen mit komplexem Ansatz gibt es bisher nur wenig Sensibilität von Banken und öffentlichen Verwaltungen gegenüber deren Besonderheiten und Herausforderungen. Vergleichsweise mehr leerfallende Höfe und andere Gelände könnten ansonsten durch neue Genossenschaften und Gemeinschaften wiederbelebt werden. Für die neuen Länder gilt, dass in den ländlichen Gebieten Platz und Grundstücke für genossenschaftliche Wohn- und Arbeitsprojekte vorhanden sind. In den einschlägigen Portalen für gemeinschaftliche Wohn- und Lebensprojekte ist für deren umfängliche Nutzung deshalb oft zu lesen: „Unser Gemeinschaftsprojekt bietet noch genügend Platz für neue Mitglieder und Ideen.“

4.6.2. Genossenschaftliche Lösungen zur Gesundheitsversorgung

Ein auf jeden Fall nicht zu vernachlässigendes Potenzial für den ländlichen Raum liegt in genossenschaftlichen Ansätzen im Gesundheitssektor. Die darin steckenden vielfältigen Möglichkeiten, durch Initiativen von Bürgergenossenschaften neue Angebote zur Gesundheitsversorgung auf den Weg zu bringen, gilt es künftig besser sichtbar zu machen und zu nutzen.

Bisher sind im Bereich der medizinischen Versorgung als neue Genossenschaften vor allem Ärzten- genossenschaften bekannt. Diese sind vom Grundsatz her berufsständische freiwillige Zusammenschlüsse niedergelassener Ärzt:innen. Sie sind gemeinsam unternehmerisch tätig, meistens mit dem Ziel einer Förderung und Verbesserung der medizinischen Versorgung in den Arbeitsfeldern, in denen die beteiligten Ärzt:innen tätig sind. Sie finanzieren sich nicht aus den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Vielmehr decken sie ihre Leistungen ab aus eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten oder Beiträgen ihrer (Ärzte-)Mitglieder.

Für Genossenschaften, die im ländlichen Raum Versorgungslücken schließen, eignen sich die meisten ärztegenossenschaftlichen Zusammenschlüsse nur begrenzt. Dafür lassen sich zwei, bisher noch wenig verbreitete, aber zukunftsweisende genossenschaftliche Ansätze hervorheben. Die Medizinische Versorgungszentren, kurz MVZ, und die Ärztehäuser als Bürgergenossenschaften. MVZ sind in der gesetzlichen Definition (§ 95 SGB V) fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtungen, die über die strukturierte Zusammenarbeit mindestens zweier Ärzt:innen mit unterschiedlichen Facharzt- oder Schwerpunktbezeichnungen eine interdisziplinäre Versorgung aus einer Hand gewährleisten sollen.

MVZ nehmen, analog den selbständig niedergelassenen Vertragsärzt:innen, an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung der gesetzlichen Krankenkassen teil. Zu ihrem Konzept gehört, dass die dort arbeitenden Mediziner:innen sich auf die Ausübung ihres Berufes in der Patientenversorgung konzentrieren sollen. Sie werden möglichst weitgehend von allen administrativen Aufgaben entlastet. Dies geschieht, indem ihnen Praxisräumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die sie nicht selbst ausstatten und erwerben müssen. Die Räumlichkeiten werden von mehreren Ärzt:innen in Voll- oder Teilzeit genutzt. Möglich ist es hier also, dass sich mehrere Mediziner:innen den Dienst teilen.

Besonders jungen Ärzt:innen kommt das entgegen, die Familie und Beruf besser in Einklang bringen möchten und in der Startphase keine großen finanziellen Belastungen durch Praxisübernahme tragen oder damit verbundene Risiken möglichst vermeiden wollen. Sie erhalten bei der MVZ die Möglichkeit eines Angestelltenverhältnisses. Der Ansatz dient u. a. dazu, Praxen insbesondere im ländlichen Raum nicht zu schließen, sondern eben als MVZ weiter zu betreiben und damit die Versorgung dort sicher zu stellen. Beispiele dafür sind die medicus Eifler Ärzte eG in Bitburg oder die medicus Ärztegenossenschaft Rheinland eG in Viersen.

Eine ähnliche Aufgabenstellung, aber mit einer anderen genossenschaftlichen Ausprägung, verfolgen Ärztehäuser auf bürgergenossenschaftlicher Basis. So konnte beispielsweise die Stadt Tengen in den letzten Jahren für zwei Allgemeinarztpraxen keine Nachfolge finden. Auch die Bestandsgebäude zweier bestehender Praxen entsprachen flächenmäßig und in punkto Barrierefreiheit nicht mehr den heutigen Anforderungen. Deshalb wurde ein neues Ärztehaus errichtet, in dem eine Gemeinschafts- sowie eine Zahnarztpraxis untergebracht sind. Als Standort hat der Gemeinderat am 26.11.2018 das Rathausareal festgelegt.

Das Ärztehaus wurde durch eine eingetragene Genossenschaft, die Ärztehaus Stadt Tengen eG finanziert und gebaut. Sie vermietet die Räumlichkeiten an die Ärzte. Das Grundstück am Rathaus wird von der Stadt im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung gestellt. Geplant war, bei den Bürger:innen rund 800 Anteile in Höhe von jeweils 500 Euro einzuwerben. Diese Anzahl konnte erreicht werden. Am 16. Juli 2021 eröffnete das neue Ärztehaus in Tengen. Die Ärztehaus Stadt Tengen eG betreibt das neue Zentrum und sichert so die ärztliche Versorgung in der Stadt.¹⁰

In Hülsenbusch im Oberbergischen feierte ein ähnliches Konzept bereits am 28. Juni 2020 seine Eröffnung: die Ärztehaus Hülsenbusch eG. Mit deren Hilfe sichern sich die 700 Dorfbewohner im Stadtteil ihre eigene Gesundheitsversorgung. Insgesamt kostete das Projekt 2,2 Mio. Euro. Die

¹⁰ Weitere Informationen unter: <https://www.tengen.de>.

Genossenschaft hat 245 Mitglieder, ihr Eigenkapital beträgt rund 700.000 Euro. Der Rest wird über die Sparkasse finanziert. Das Ärztehaus ist das neue Herzstück des Dorfes. Dort sind Kinderarzt-, Hausarzt- und Logopädiepraxis eingezogen. Im Erdgeschoss gibt es eine Senior:innen-Tagespflege mit 14 Plätzen.¹¹

Insofern kann festgehalten werden: Mit Bürgergenossenschaften lässt sich auch die ärztliche Versorgung in einem Kooperationsmodell zwischen Kommune und Bürgern langfristig sicherstellen. Die Genossenschaft kann hierfür u. a. folgende Aufgaben übernehmen:

- Bau und Vermietung der benötigten Immobilien (Ärztehaus);
- Verwaltung und andere Dienstleistungen für Arztpraxen;
- Organisation des gemeinsamen Einkaufs für die Praxen als auch die Patient:innen (Medikamente und Hilfsmittel);
- Verknüpfung von Dienstleistungen von Ärzt:innen, Physiotherapeut:innen, Apotheker:innen, Pflegediensten und Notfalldiensten sowie Krankenhäusern (Versorgungsnetzwerk).

Weitere Bereiche, in denen Bürgergenossenschaften Bedeutung bekommen könnten, zeichnen sich ab im Bereich Bodengenossenschaften zur Sicherung von Acker- und Waldflächen, um diese vor der rasch fortschreitenden Spekulation in den neuen Ländern zu bewahren. Andere wichtige Geschäftsfelder sind zudem Genossenschaften der Solidarischen Landwirtschaft, Schulgenossenschaften sowie Waldgenossenschaften.

Literatur

Frech, Siri/Scurell, Babette/Willisch, Andreas (2017): Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, Berlin: Ch.Links Verlag.

Links, Christoph/Volke, Kristina (2009) (Hg.): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin: Ch.Links Verlag.

Münkner, Hans-H. (2010): Kommunale Kooperation – Genossenschaft als Modell für öffentliche Aufgaben, in George/Bonow (Hg): Regionales Zukunftsmanagement, Band 4: Kommunale Kooperation, Lengerich: Pabst Science Publishers. S. 124–134.

¹¹ Weitere Informationen unter: www.dorf-huelsbusch.de/aerztehaus/.

5. Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Bürgergenossenschaften

5.1. Erkenntnisse aus den Fallstudien

Die Gesprächspartner:innen in den Fallstudien weisen branchenübergreifend auf gemeinsame Herausforderungen für Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern hin:

- Bürgergenossenschaften leisten einen entscheidenden Beitrag zu Lebensqualität, sozialem Zusammenhalt und wirtschaftlicher Stabilität in Regionen, in denen diese Leistungen weder von öffentlicher noch privatwirtschaftlicher Seite übernommen werden.
- Ihre Stärke liegt in den vielfältigen Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten, die sie für engagierte Bürger:innen eröffnen. Durch gemeinschaftliche Mitgestaltung tragen Bürgergenossenschaften in ihrem Umfeld erheblich zur lokalen und regionalen Identitätsbildung bei.
- Noch immer ergeben sich aus dem mangelnden Bekanntheitsgrad der Genossenschaft als Unternehmensform deutliche Herausforderungen. Viele für die Bürgergenossenschaften wichtige Kooperationspartner:innen und potentielle Mitglieder kennen ihre Besonderheit und spezielle Eignung nicht, ergänzende Leistungen der Daseinsvorsorge anbieten zu können.
- Fundiertes Wissen über konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten und Geschäftsmodelle dieser gemeinwohlorientierten Genossenschaften ist in der Öffentlichkeit vor Ort wenig verbreitet. Dies gilt besonders für die Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten unterschiedlicher lokaler und regionaler Stakeholder wie Kommunen, Wohlfahrtsverbände oder Unternehmen.
- Inzwischen bieten zwar fast alle Genossenschaftsverbände umfangreiche Informationen und Handreichungen für Gründungsinteressierte. Sie sind aber in den meisten Fällen sehr allgemein gehalten und gehen auf spezifische Anforderungen vieler Bürgergenossenschaften nicht ein. Entsprechend betonen die Interviewpartner:innen, dass es an passgenauen Informationen für das eigene Vorhaben fehlt und diese erst mühsam zusammengetragen werden müssen.
- Die Gründung einer Genossenschaft erweist sich in vielen Fällen als komplexer Prozess mit vielen Voraussetzungen und gelingt häufig nur mit hohem persönlichen Einsatz einzelner Personen, die andere vom Vorhaben überzeugen können. Vor allem die Kenntnis von erfolgreichen Gründungen und der fachliche Austausch mit ähnlichen Initiativen werden in diesem Prozess als sehr hilfreich wahrgenommen.

- Nach erfolgreicher Gründung fehlt es häufig an Ansprechpartner:innen, die zur stabilen Weiterführung des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes beraten könnten, u. a. zum Zugang zu Fördermitteln sowie an Wissen zur Unternehmensführung, internen Organisation, Mitgliederbindung, Personalentwicklung und Professionalisierung.
- Den Kommunen kommt im Prozess der erfolgreichen Installation und Entwicklung von Bürgergenossenschaften eine Schlüsselposition zu. Vertreter:innen der Kommunen begegnen der Idee häufig zunächst mit Skepsis und müssen von der Gründungsinitiative überzeugt werden. Kommunen, die sich auf eine Zusammenarbeit mit bürgergetragenen Unternehmen einlassen, bieten den Bürger:innen neue Gestaltungsspielräume und Eigenverantwortlichkeit. Dies gelingt umso besser, so zeigen die Fallstudien, wo der durch eine Genossenschaftsgründung zu erwartende „Gewinn für alle“ frühzeitig gesehen wird.

5.2. In sieben Schritten zu mehr Bürgergenossenschaften

Grundsätzlich ergibt sich aus der Untersuchung die Notwendigkeit, gemeinwohlorientierten genossenschaftlichen Ansätzen im Gründungs- und Stabilisierungsprozess auf verschiedenen Ebenen gleiche Chancen einzuräumen wie allen anderen Unternehmensgründungen. Mit dem zunehmenden Interesse an genossenschaftlichen Lösungsansätzen wächst derzeit die Bereitschaft dafür.

Nachfolgend werden aufbauend auf den Erkenntnissen der Fallstudien Handlungsempfehlungen in einem 7-Punkt-Plan dargestellt, wobei die einzelnen Bausteine sich wechselseitig verstärken können. Die ersten drei Punkte, Wissen bereitstellen, Kommunen unterstützen und Genossenschaften beraten sind dabei die entscheidenden Grundlagen.

Die Punkte vier bis sechs Promotor:innenausbildung, rechtliche Stärkung und Vernetzung bzw. Sekundärgenossenschaften bauen auf diesen Grundlagen auf und können einer bürgerschaftlich getragenen Genossenschaftsbewegung zum Durchbruch verhelfen. Durch den Aufbau von genossenschaftlichen Kompetenzzentren (letzter Punkt), lässt sich infolge der damit verbundenen Institutionalisierung die Gründungsdynamik von Bürgergenossenschaften zu einer dauerhaften und stabilen Entwicklung verstetigen.

Wichtig: Die Handlungsempfehlungen zielen auf unterschiedliche politische Handlungsebenen und Zuständigkeiten, die idealerweise ineinandergreifen, um das volle Potenzial von Genossenschaften für die Entwicklung des Gemeinwohls, insbesondere im ländlichen Raum der neuen Länder, entfalten zu können.



Quelle: innova eG; eigene Darstellung

1) Genossenschaftsidee fundiert vermitteln

Das gesellschaftliche Potenzial der Genossenschaft als komplexe Unternehmensform und soziale Organisation wird häufig missverstanden, als Nur- Wirtschaftsform oder gar als Kapitalgesellschaft „wie andere auch“. Die entscheidende Besonderheit, weshalb die Genossenschaft als Weltkulturerbe anerkannt ist, liegt in ihrer sozialen und gesellschaftlichen Wirkungsmacht. Die damit verbundenen Möglichkeiten einer direkten Bürgerbeteiligung werden häufig von Politik und Verwaltung nicht adäquat erfasst und so die Option, sie in entsprechende öffentliche Handlungsstrategien einzubinden, nicht gesehen.

Die besonderen Merkmale der Genossenschaft, allen voran die Förderung ihrer Mitglieder als Geschäftszweck sowie das Identitäts- und das Demokratieprinzip, ermöglichen und garantieren umfassende Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder. Auch wenn diese Merkmale in manchen Genossenschaften keine Rolle mehr spielen, sind sie für die genossenschaftliche Idee essenziell und werden aktuell wieder stärker betont.

Gezielte Informationsangebote zu erfolgreichen Geschäftsmodellen, z. B. in Form differenzierter Fallstudien, sind deshalb hilfreich, um Vertrauen in die Strukturen und den damit verbundenen Möglichkeiten der Genossenschaft aufzubauen und ihre Besonderheiten besser zu verstehen. Genossenschaften entstehen nicht im Selbstlauf, nur weil sie eine effiziente und beteiligungsgetragene Form der Leistungserbringung für alle Bürger:innen sein können. Hier gilt es, auch über die notwendigen Voraussetzungen, Kooperationsmöglichkeiten und weitere Unterstützungsangebote zu informieren. Deshalb ist ein wichtiger Schritt, möglichst viele Beispiele für erfolgreiche Bürgergenossenschaft bekannt zu machen. Diese kann auch Inspiration für Bürger:innen sein, die sich vor Ort engagieren wollen, und nach geeigneten Modellen suchen, um ihre Ideen umzusetzen.

2) Kommunen in ihrer Schlüsselfunktion unterstützen

Die Kommunen spielen bei der Unterstützung des Entwicklungsprozesses von Bürgergenossenschaften, das zeigen die Fallstudien, ganz klar eine zentrale Rolle. Wenn sie das Potenzial nicht erkennen bzw. die Gründungsinitiative nicht unterstützen, ist deren Entwicklungsweg häufig von wiederholt auftretenden Schwierigkeiten gekennzeichnet.

Um die Akzeptanz vor Ort auch bei den kommunalen Akteuren zu stärken, erweist es sich als entscheidend, die Vorteile und Chancen der bürgergenossenschaftlichen Ansätze für das Gemeinwesen aufzuzeigen. Zu den konkreten Handlungsmöglichkeiten von Kommunen gehören vor allem:

- Erleichterungen bei Genehmigungen, Bereitstellung von Mitteln, Information und Unterstützung bei Fördermittelanträgen, Einleitung bau- und planungsrechtlicher Änderungen;
- Fürsprache und Unterstützung bei der Mitgliederwerbung, Vernetzung mit möglichen Kooperationspartner:innen, Kontakte zu Ministerien auf Landes- und Bundesebene;
- Berücksichtigung innovativer genossenschaftlicher Initiativen bei der Konzeptvergabe von Grundstücken und Gebäuden sowie Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht, Festschreibung ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiger Nutzungsoptionen¹²;
- Einfügen von Sozialklauseln und Bürgerbeteiligung in Ausschreibungsverfahren sowie Verringerung der Hürden bei Leistungsfähigkeitsanforderungen der Bieter;
- feste Ansprechpartner:innen für Gründer:innen, Unterstützung bei (digitalen) Verwaltungstätigkeiten u. a. durch Personalstellenanteile, Hardware und Räumlichkeiten.

In vielen Geschäftsfeldern ist die unmittelbare Beteiligung der Kommunen in Bürgergenossenschaften für deren Erfolg entscheidend. Wichtig für die Genossenschaften ist und bleibt, ausreichend Eigenkapital von nutzenden und bei Bedarf auch von investierenden Mitgliedern einzuwerben, um vorhandene Fördermöglichkeiten überhaupt erst beantragen und in Anspruch nehmen zu können. Das gilt für investitionsintensive Projekte in besonderem Maße. Hier kann die Kommune sich als Mitglied selbst mit Genossenschaftsanteilen beteiligen sowie die Einwerbung von Eigenmitteln in Form von Anteilen und Mitgliederdarlehen unterstützen.¹³

Mit Blick auf die Haushaltsslage vieler Kommunen in den neuen Ländern stellt dies eine Möglichkeit dar, Projekte im Bereich der Infrastruktur-, Dorf- und Stadtentwicklung, Gesundheitsversorgung,

¹² Hierbei ist unbedingt darauf zu achten, dass in den Erbbaurechtsverträgen die Voraussetzungen für die Bewertung (Beleihungswert) und die Finanzierbarkeit durch die Banken weiterhin gegeben sind (Heimfallklauseln, Verzicht auf die Kapitalisierung des Erbbauzinses, ausreichend lange Laufzeiten etc.).

¹³ Unterstützend wirkt hier der 2017 neu eingefügte § 21b GenG: die Möglichkeit der Aufnahme projektbezogener Mitgliederdarlehen (d. h. Darlehen ohne qualifizierten Nachrang), als eine höchst flexible und gute Variante der Eigenmittelgestaltung.

Bildung und Kultur unter Einbeziehung der Bürger:innen und Unternehmen vor Ort umzusetzen. Allein können viele kleine Gemeinden des ländlichen Raums diese Aufgaben nicht stemmen, da sie häufig nicht in der Lage sind, die erforderlichen Eigenmittel selbst aufzubringen.

Kommunen als aktive Mitglieder in Bürgergenossenschaften

In der Nachkriegszeit engagierten sich zahlreiche Kommunen und Gemeinden in Wohnungsbaugenossenschaften, um sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sicheren Wohnraum zu verschaffen. Dafür beteiligten sie sich häufiger mit größeren Beträgen in diesen Genossenschaften. Seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2017 wird dies wieder ermöglicht, indem Kommunen per Satzung einen Sitz im Aufsichtsrat der Genossenschaft erhalten und sich damit entsprechende Einfluss- und Kontrollrechte sichern (vgl. § 36 Abs. 5 Nr. 1 GenG).

In einer gemeinsamen Veröffentlichung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes zu Genossenschaften (DStGB 2018) wird darauf verwiesen, dass durch § 1 Abs. 1 GenG der weite Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge mit erfasst wird. Dadurch sind gemeinsame Geschäftsbetriebe von Genossenschaften und Kommunen möglich. Auch das Kommunalrecht erlaubt im Rahmen des § 103 Gemeindeordnung im Bereich Daseinsvorsorge die Mitgliedschaft von Kommunen in neuen Bürgergenossenschaften. Dies kann wesentlich ausgeprägter genutzt werden, als dies bisher der Fall ist.

3) Genossenschaften fachgerecht beraten

Branchenspezifische Beratung zu bürgergenossenschaftlichen Geschäftsmodellen

Beratungsangebote der Wirtschaftsfördereinrichtungen im Bereich der Unternehmensgründung und -entwicklung beziehen sich deutschlandweit überwiegend auf Personen- oder Kapitalgesellschaften. Die Genossenschaften nehmen als fördernde Vereinigungen mit gemeinschaftlichem Geschäftsbetrieb hier eine Zwischenstellung ein. Sie können daher häufig nicht von diesen Möglichkeiten profitieren. Vorhandene genossenschaftliche Gründungshilfen weisen zudem oft einen hohen Allgemeinheitsgrad auf und sind für die überwiegend multifunktionalen Geschäftsmodelle gemeinwohlorientierter Bürgergenossenschaften wenig geeignet. Bürgergenossenschaften benötigen fachlich passgenaue, d. h. branchenspezifische und gleichzeitig genossenschaftsrechtlich fundierte Beratung.

Folgende Beispiele veranschaulichen die differenzierten Anforderungen an Geschäftsmodelle von Bürgergenossenschaften verschiedener Branchen:

- Kulturgenossenschaften kommen selten ohne Förderungen aus und sollten in den meisten Fällen möglichst gemeinnützig sein, um Fördermittel nutzen und Spenden einwerben zu können. Gleichzeitig benötigen sie viel Eigenkapital, wenn sie ein Gebäude

erwerben wollen, und müssen dafür Anreize bieten, obwohl sie aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit keine Dividenden auszahlen können.

- Genossenschaftliche Wohnprojekte benötigen Lösungen für hohe Investitionen (Grundstück und Gebäude), können aber von ihrem Geschäftszweck her nicht gemeinnützig sein, müssen für ihre Mitglieder meistens eine gemeinsame Infrastruktur zur Verfügung stellen (Gemeinschaftsräume, Werkräume, Gästezimmer, Carsharing mit Ladesäulen für E-Mobilität etc.) und klären, wie diese Kosten bei ungleicher Leistungsfähigkeit der Mitglieder verteilt werden.
- Genossenschaften der Solidarischen Landwirtschaft, bei denen Verbraucher:innen als Produzent:innen und Erntehelfer:innen mitarbeiten (Prosumentenorganisation; vgl. Flieger 2016b), müssen die daraus resultierenden fachlichen und versicherungstechnischen Anforderungen sowie ihren speziellen Finanzierungsansatz (Ernteanteile und Bieterunden) in ein organisatorisches Konzept sowie eine mit dem Genossenschaftsrecht zu vereinbarende Satzungsregelung gießen.
- Genossenschaften im Bereich der Nachbarschaftshilfe (Senioren-genossenschaften) müssen das Zusammenspiel von Zeitvorsorge, Ehrenamtsarbeit, Minijobs und ggf. professionell Pflegenden rechtlich und steuerlich klären, die Zutrittsbarriere durch geringe Mitgliedsbeiträge bzw. Genossenschaftsanteile niedrig halten und gleichzeitig eine Gemeinschaft „schmieden“, obwohl das Einbringen von Hilfe und Hilfeinanspruchnahme ungleich verteilt sind.
- Nahversorgungs- bzw. Dorfladengenossenschaften stehen bei sehr niedrigen Margen im Lebensmitteleinzelhandel und einem eher kleinen Einzugsgebiet vor der Aufgabe, ausreichenden Umsatz zu generieren, z. B. über Kund:innenbindung durch ein Mitgliederladenkonzept, ohne Nichtmitglieder vom Kauf auszuschließen und gleichzeitig den Verdacht der versteckten Gewinnausschüttung zu vermeiden.

Fachlich kompetente Kooperationspartner einbeziehen

Um die branchenspezifische Fachlichkeit von Beratungsangeboten zu gewährleisten, ist es sinnvoll, Netzwerke und Verbände als Kooperationspartner:innen zu gewinnen. Im Bereich der Dorfläden, der Solidarischen Landwirtschaft und der Nachbarschaftshilfen ebenso wie beim Wohnen, bei Kulturorganisationen oder Energiegenossenschaften können diese Erfahrungsträger entscheidend dazu beitragen, bürgergenossenschaftlichen Ansätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Gleichzeitig ist es wichtig, beratend tätige Organisationen wie die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Technologie- und Gründerzentren oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau für das Konzept Genossenschaften stärker zu sensibilisieren. Wenn Fachberater:innen dieser Organisationen mit fundierten Branchenkenntnissen ihr Interesse und ihre Kompetenzen um den Bereich der genossenschaftlichen Organisationsform erweitern, kann die Zahl der Gründungen in den jeweiligen Branchen „an Fahrt aufnehmen“.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Vor allem dort, wo eine breitere branchenbezogene Beratungsinfrastruktur für neue Genossenschaften existiert, lassen sich vermehrt Gründungen beobachten. Dies gilt für Energiegenossenschaften in gleicher Weise wie für neue genossenschaftliche Wohnprojekte oder Dorfladengenossenschaften, seit kurzem ebenfalls für Genossenschaften der Solidarischen Landwirtschaft.

Förderprogramme für Beratung von Genossenschaften

Wenn Gründungen im Bereich der Bürgergenossenschaften sowohl als Alternative als auch als Ergänzung zu klassischen Unternehmensgründungen mehr Relevanz erhalten sollen, bedarf es einer staatlich geförderten Beratung, die möglichst den gesamten Entwicklungsprozess von der Gründung bis zur weiteren Geschäftsentwicklung umfasst. Parallel dazu sollten bestehende Programme so erweitert werden, dass Genossenschaften ausdrücklich eingeschlossen sind.

Wichtig bei der Ausgestaltung der Beratungsprogramme ist, dass die Genosschaftsinitiativen die Förderung direkt erhalten und selbst entscheiden, an welche genossenschaftskompetente Projektentwickler:in, Berater:in oder über Erfahrung verfügende intermediäre Organisation sie ihren Auftrag vergeben. Ein Beispiel dafür, wie zivilgesellschaftliche Ansätze einschließlich Genosschaftsinitiativen ohne formalen Rechtsstatus solche Beratungen bereits in einer sehr frühen Phase gefördert bekommen, stellt in Baden-Württemberg das Programm „Gut Beraten!“ der Allianz für Beteiligung dar (StMBW 2019). Zu dem Beratungsantrag müssen der oder die ausgesuchten Berater:innen ein Porträt beifügen.

4) Genossenschaftliche Projektentwickler:innen qualifizieren

Die Verbreitung unterschiedlicher Formen von Bürgergenossenschaften im ländlichen Raum der neuen Länder kann wesentlich erleichtert werden durch die Qualifizierung von Projektentwickler:innen, die Gründungsprozesse fachlich, sozial und durch persönliche Überzeugung unterstützen.

Erfolgreiche Qualifizierungskonzepte dieser Art sind bereits in den Bereichen der Wohnungs-, Selbsthilfe- und Energiegenossenschaften umgesetzt worden (vgl. innova eG 2007): In Fortbildungen erwerben die Teilnehmenden die notwendigen Kompetenzen, mit denen sie lokale und regionale Bürgergenossenschaften auf den Weg bringen können.

Beratung und Qualifizierung werden hier miteinander verbunden. Die Teilnehmenden arbeiten an konkreten Projekten und werden dabei von den Dozent:innen so unterstützt, dass am Ende der Qualifizierung das Gründungsvorhaben mit Satzung, Geschäftskonzept und Wirtschaftlichkeitsberechnung einem genossenschaftlichen Prüfungsverband vorgelegt werden kann. Idealerweise erfolgen diese Qualifizierungen auf Länderebene gemeinsam mit Partnerorganisationen der jeweiligen Branchen. In bisherigen Umsetzungen wurden sie von Akademien und Bildungsträgern der Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Energieagenturen in ihre Programme integriert.

5) Steuerliche und rechtliche Anpassungen auf den Weg bringen

Entbürokratisierung und Prüfungserleichterungen

Die Themen Entbürokratisierung sowie Prüfungserleichterungen für kleine Genossenschaften und Senkung der Prüfungsgebühren waren in Vorbereitung der Novellierungen des Genossenschaftsgesetzes von 2006 und 2017 intensiv diskutierte Themen. Die dort verabschiedeten Erleichterungen für kleine Genossenschaften können als wichtiger erster Schritt gesehen werden. Da die Prüfungskosten von vielen Bürgergenossenschaften, die nur wenig Überschüsse erwirtschaften, als besonders hinderlich angesehen werden, bleibt die Suche nach weiteren Entlastungen eine immer wieder zu reflektierende Aufgabe des Gesetzgebers und der Verbände.

Entbürokratisierung gilt es auch zukünftig im Blick zu behalten. Hier ist seitens der Gesetzgebung zu beachten, dass sich Prüfungs-, Formalisierungs- und Verwaltungsanforderungen für kleine und mittlere Genossenschaften erheblich von Anforderungen an große, etablierte Genossenschaften, beispielsweise an Volks- und Raiffeisenbanken oder an Wohnungsbaugenossenschaften mit viel Vermögen unterscheiden.

Mehr Wettbewerb der genossenschaftlichen Prüfungsverbände

Genossenschaftsverbände sind Selbsthilfeorganisationen und Interessenvertretungen der Genossenschaften. Die mit diesem Auftrag verbundene Dienstleistungs- und Unterstützungsfunktion sowohl für Gründungsinitiativen als auch für bereits eingetragene Genossenschaften wird von ihnen umso intensiver wahrgenommen, je stärker eine Vielfalt an Verbänden ihre Leistungen anbietet. Durch einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Verbänden, wer die besseren und günstigeren Leistungen zur Verfügung stellt, ließe sich hier viel bewegen. Entsprechend gilt es, die seit 1990 zum Teil entstandene größere Vielfalt an Genossenschaftsverbänden (Kap. 6.4.) zu erhalten bzw. weiter zu verbreitern.

Nach dem Vorbild der Genossenschaftsverbände in Italien wäre es zudem aussichtsreich, wenn ein interner Fond eingerichtet würde, der nach dem Solidaritätsprinzip mit Mitteln von bereits etablierten und zahlungskräftigen Mitgliedern neue Gründungen unterstützt (vgl. Kieswetter 2018: 57).

Digitale Generalversammlungen und digitaler Beitritt im Genossenschaftsrecht verankern

Das Thema Digitalisierung brennt vielen neuen Genossenschaften „unter den Nägeln“. Aktuell setzt sich eine Initiative dafür ein, den digitalen Beitritt zur Genossenschaft und weitere Schritte der Digitalisierung zu ermöglichen (<https://www.genossenschaften-digital.jetzt/#calls>). Die Schwierigkeiten, unter Coronabedingungen Versammlungen zu organisieren, zeigen, dass auch Genossenschaften, die in einem überschaubaren Raum tätig sind, davon profitieren können.

Einkommenssteuerrecht - Ehrenamtszuschale für Bürgergenossenschaften öffnen

Beim Einkommenssteuerrecht wurde die Ehrenamtszuschale auf 850 Euro pro Jahr angehoben. Ehrenamtlich Tätige in Bürgergenossenschaften können diesen Vorteil bisher nicht nutzen, es sei denn, sie sind gemeinnützig nach Abgabenordnung.

Die Ehrenamtszuschale sollte auch für ehrenamtlich Engagierte in Genossenschaften geöffnet werden. Dies wäre besonders hilfreich für die Bürgergenossenschaften, die rein ehrenamtlich geführt werden. In eine ähnliche Richtung geht die Einbeziehung ehrenamtlich tätiger Personen in die Unfallversicherung. Bundesweite Regelungen sind hier anzustreben.

Keine Körperschaftssteuer für Bürgergenossenschaften

Vermietungsgenossenschaften sind steuerbefreit, wenn mindestens 90 Prozent des Geschäftsvolumens aus der Vermietung von Wohnraum an die Mitglieder erzielt werden. Bürgergenossenschaften, die gemeinwohlorientierte Aufgaben verfolgen und ausschließlich das Mitgliedergeschäft betreiben, sollten ebenfalls von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit werden, analog der steuerbefreiten Vermietungsgenossenschaft nach § 5, Abs.1 Nr. 10 KStG.¹⁴

Genossenschaften sind verpflichtet, in ihre Satzungen Regelungen für die Zuführung gesetzlicher Rücklagen aus dem Gewinn festzulegen. Diese gesetzlichen Rücklagen, die für die Mitglieder im Unterschied zu Kapitalgesellschaften wie GmbH und AG keinen Wertzuwachs bei den Anteilen zur Folge haben, unterliegen dennoch der Körperschaftssteuer. Dabei dienen sie Bürgergenossenschaften als finanzielle Sicherheit und Ausgleich für die flexible Möglichkeit des Ein- und Austritts von Mitgliedern. Bis zu einer bestimmten Gesamthöhe sollten solche Steuerbelastungen für Bürgergenossenschaften abgeschafft werden. Bei einer etwaigen Ausschüttung oder Auszahlung an die Mitglieder, z. B. bei Liquidation, kann die Besteuerung unproblematisch nachgeholt werden.

6) Netzwerke bilden und Sekundärgenossenschaften gründen

Bürgergenossenschaften und Gründungsinitiativen profitieren vom unmittelbaren und effizienten Austausch untereinander. Die Entwicklung branchenbezogener Netzwerke der Bürgergenossenschaften sollte deshalb vorangetrieben werden.

Branchenspezifische Gründungen können durch sogenannte „Sekundärgenossenschaften“ gestärkt werden. Dabei handelt es sich um Zusammenschlüsse einzelner Genossenschaften, den „Primärgenossenschaften“, die zusammenarbeiten, um sich gegenseitig zu unterstützen. Sie bündeln Know-how und Ressourcen und stabilisieren sich so wirtschaftlich. Unterstützungsleistungen

¹⁴ Eine solche Steuererleichterung wäre auf Bürgergenossenschaften zu begrenzen, die offene Mitgliedschaft und ausschließlich Mitglieder mit vollen Mitspracherechten als Satzungsvariante aufführen. Dies wurde rechtlich zuletzt für die Vermietungsgenossenschaft klargestellt, weil es dem Grundverständnis von Genossenschaften widerspricht, wenn, wie dort teilweise geschehen, Mitglieder, die die Förderleistung der Genossenschaft nutzen, von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden können.

für den Aufbau solcher Sekundärgenossenschaften auf Landesebene können helfen, bestimmte Tätigkeitsbereiche von Bürgergenossenschaften entscheidend voranzubringen.

Sekundärgenossenschaften begleiten Gründungen wesentlich qualifizierter als von der öffentlichen Hand finanzierte Berater:innen, die im Wege einer Ausschreibung zu ihrem Mandat kommen. Ein Beispiel für die Unterstützungswirkungen von Sekundärgenossenschaften sind die Bürgerwerke eG, die den Bürgerenergiegenossenschaften die Möglichkeit verschaffen, lokal als Ökostrom- und Ökogasanbieter zu agieren.¹⁵ Für derartige effektive Kooperationsansätze gilt es, aus folgenden Gründen Fördermittel zur Verfügung zu stellen:

- Durch den von den Genossenschaften ausdrücklich immer wieder gewünschten Erfahrungsaustausch kristallisieren sich sukzessive gemeinsame Aufgaben und Dienstleistungen heraus.
- Nur sektorale Handlungs- und Entwicklungskonzepte ermöglichen eine abgestimmte Gesamtstrategie für die Entwicklung von Bürgergenossenschaften, beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Lebensmittelversorgung oder Verkehrswende.
- Sekundärgenossenschaften verfügen meist über das notwendige Wissen, spezifische genossenschaftliche Geschäftsmodelle, Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln, die reproduzierbar sind und aus denen sich dann gemeinwohlorientierte Wirtschaftsstrukturen entfalten können.
- Über die Einrichtung von Solidaritätsfonds können Neugründungen, kriselnde Primärgenossenschaften und gemeinsam getragene wirtschaftliche oder soziale Projekte finanziert werden.

Ein Netzwerk „Bürgergenossenschaften Ost“ könnte die spezifischen Besonderheiten in den neuen Ländern stärker in den Fokus rücken sowie dem Erfahrungsaustausch und Handlungsbedarf wichtige Impulse geben.

7) Gründungsdynamik durch Kompetenzzentren und gezielte Förderung verstetigen

Feste Ansprechpartner:innen in Ministerien

Wie bereits in einigen Bundesländern existent, sollten in Fachministerien Ansprechpartner:innen für genossenschaftliche Fragen und Prozesse eingerichtet werden. Sie würden damit praktisch umsetzen, was in manchen Landesverfassungen wie in Bayern (Art. 164 Bayerische Verfassung) und Hessen (Art. 44 Verfassung des Landes Hessen) bereits verankert ist, indem dort Genossenschaften zumindest für einzelne Aufgaben explizit als unterstützungswürdig benannt werden.

¹⁵ Derzeit arbeiten die Weltläden an einer entsprechenden Dachstruktur, ebenso wie die Genossenschaften der Solidarischen Landwirtschaft.

Prozessbegleitung durch Kompetenzzentren für Bürgergenossenschaften

Kompetenzzentren mit qualifizierten und erfahrenen genossenschaftlichen Projektentwickler:innen stellen ein weiteres Instrument dar, um Genossenschaften mit gemeinwohlorientierten Anliegen in den neuen Ländern voranzubringen. Für ihre Umsetzung ist die Initiative von Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene bis hin zu den einzelnen Bundesländern entscheidend. Viele der genannten Handlungsempfehlungen können in diesen als Maßnahmenbündel integriert werden. Der grundlegende Unterschied zu den vorherigen Ansätzen ist die damit verbundene Institutionalisierung, die eine kurzfristige, flexible Anpassung an aktuelle Bedarfe mit einem intermediären Kompetenzteam ermöglicht.

Als Organisationen begleiten sie Genossenschaftsinitiator:innen in allen Entwicklungsstufen professionell. Die Schwerpunktsetzung der Kompetenzzentren wird jeweils seitens der Fördermittelgeber vorgenommen. Als eine wesentliche Aufgabe bereiten sie Gründungsinitiativen auf die genossenschaftliche Gründungsprüfung vor.

Ihre Dienstleistungen sollten für Gründungsgruppen teilweise öffentlich gefördert und damit für die Gruppen weitgehend unentgeltlich angeboten werden, um Einstiegsbarrieren so niedrig wie möglich zu gestalten. Empfohlen wird, sie vor allem im Vorfeld der genossenschaftlichen Gründungsprüfung als eigenständige Ergänzung zu den Genossenschaftsverbänden zu implementieren, entweder in einzelnen Bundesländern oder branchenbezogen über Ländergrenzen hinweg.

Im Bereich genossenschaftlicher Wohnprojekte existieren bereits mehrere erfolgreiche Beispiele wie die Wohnbundberatung GmbH in Nordrhein-Westfalen, die STATTBÄU HAMBURG GmbH oder die STATTBÄU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH in Berlin. Bei den Energiegenossenschaften waren zahlreiche öffentlich geförderte Energieagenturen für den Gründungsboom zu Beginn der 2000er Jahre unterstützend tätig. Um zu einem vergleichbaren Schub im Bereich der Bürgergenossenschaften zu kommen, sollte zu ihren Aufgaben gehören:

- Initiierungs- und Gründungshilfen in der Orientierungsphase;
- Ausarbeiten der verschiedenen Bausteine für Bürgergenossenschaftsgründungen, z. B. branchenspezifische Satzungsmodule, Konzepte für die Arbeit der genossenschaftlichen Gremien und ergänzenden Strukturen, Geschäftskonzepte, Businesspläne, Gründungsprozedere, Finanzierung;
- passgenaue Qualifizierung vor allem für Gründungsberater:innen;
- Beratung bei Akquise und Antragstellung von Fördermitteln im öffentlichen (EU, Bund, Länder, Kommunen) und privatwirtschaftlichen Bereich (Stiftungen, Sponsoring, Spenden);
- Prozessbegleitung der Bürgergenossenschaften von der Initiierungsphase über die Eintragung bis hin zur Stabilisierung des Geschäftsbetriebs.

Förderprogramme für Bürgergenossenschaften nutzbar machen

Die Fallstudien verdeutlichen, dass die Unterstützung durch Fördermittel für Bürgergenossenschaften insbesondere in der Startphase existenziell ist, darüber hinaus aber auch für die Stabilisierung des Geschäftsbetriebes wichtig sein kann. Für Bürgergenossenschaften existieren allerdings Hürden bei der Akquise von Fördermitteln. Gründe dafür sind:

- die oftmals mangelnde Passgenauigkeit auf die Unternehmensform der Genossenschaft,
- die fehlende Kenntnis der Genossenschaftsmitglieder über die Bandbreite der nutzbaren Fördermittel und deren Management sowie
- die Überforderung insbesondere ehrenamtlich tätiger Führungskräfte bei diesem komplexen Bereich der Unternehmensführung.

Wie bereits ausgeführt, sind die meisten Förderprogramme auf Kapital- bzw. Personengesellschaften und deren Eigentümer:innen ausgerichtet. Aufgrund ihrer Zwischenstellung sollten Förderprogramme für Unternehmen explizit auch für Genossenschaften als Antragsberechtigte aufgelegt werden.¹⁶

Besonders wichtig ist dies für Bürgergenossenschaften, die sich in investitionsintensiven Bereichen wie Kauf oder Sanierung von Immobilien engagieren. Auch wenn sie als Genossenschaften Bürgerkapital aufbringen, reicht dies häufig besonders in den ersten Phasen nicht aus, um den gesamten Finanzierungsbedarf durch ergänzende Bankkredite zu realisieren. Dafür empfiehlt es sich, dass die Bundesländer geeignete Programme für Eigenkapitalersatzdarlehen bis zum Ende der Bauphase bzw. den Beginn der Nutzung für Bürgergenossenschaften auflegen. Beispiel ist die Förderung kleiner Genossenschaften durch entsprechende Vorfinanzierungsdarlehen im Neubau für genossenschaftliche Mietwohnungen in Hamburg (vgl. IFB Hamburg 2021).

¹⁶ Einen ersten wichtigen Schritt ging die thüringische Landesregierung im Zusammenhang mit der Novelle des GenG im Jahr 2017, indem sie überprüfen ließ, ob die vorhandenen Förderstrukturen und gefassten Richtlinien, ganz besonders auch den ländlichen Raum betreffend, die genossenschaftliche Organisationsform ausreichend berücksichtigen (Thüringer Landtag 2017). Dies kann als Anregung und Vorbild auch in anderen Ländern dienen.

5.2.8. Fazit: Lebensqualität in den Regionen durch Maßnahmenvielfalt stärken

Die Handlungsempfehlungen zeigen das breite Möglichkeitsspektrum auf, mit denen Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern bei der Gründung und dem Geschäftsbetrieb unterstützt werden können. Der hier vorgestellte 7-Punkte-Plan mit seinen sich wechselseitig verstärkenden Elementen ist als integriertes Gesamtkonzept zu verstehen, um eine stärkere Gründungsdynamik „in Gang zu setzen.“ Die Grundlagen bilden Information, Unterstützung der Kommunen und Beratung der Gründungsinitiativen bzw. existierenden Genossenschaften. Die Bausteine Promotor:innenausbildung, rechtliche Anpassungen sowie Unterstützung von Kooperation und Vernetzung sind bereits aufwendigere, aber durch Erfahrung belegte, weitere, besonders erfolversprechende Schritte.

Die Förderung und Unterstützung engagierter Bürger:innen, die mit der Gründung von Bürgergenossenschaften Verantwortung in ihren Gemeinwesen übernehmen, ist nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten empfehlenswert, sondern auch im Hinblick auf die demokratiefördernde Wirkung dieser Initiativen. Denn Bürgergenossenschaften stellen, wie alle Genossenschaften, einen wichtigen Erfahrungsraum für gesellschaftliche Teilhabe dar. Wenn Genossenschaften erfolgreich und stabil wirtschaften, stärken sie die Lebensqualität in den betroffenen Regionen deutlich. Bürgergenossenschaften setzen dafür entscheidende Impulse und können unter den genannten Voraussetzungen die Basis für zukunftsfähige Entwicklungen bilden.

6. Anhang

6.1. Neugegründete Genossenschaften in den neuen Ländern ab 2005

Gründung von Genossenschaften in Ost-Deutschland ab 2005 (Auswahl)*

Nr.	Branche	Bundesland	Name
1	Nahversorgung	Brandenburg	BioAnbau Oberhavel eG
2	Nahversorgung	Brandenburg	Erste Bernauer Braugenossenschaft eG
3	Nahversorgung	Brandenburg	PlantAge eG
4	Nahversorgung	Brandenburg	Prost Genossenschaft eG i. G.
5	Nahversorgung	Brandenburg	Spörgelhof eG
6	Nahversorgung	Mecklenburg-Vorpommern	Wunderfeld eG
7	Nahversorgung	Mecklenburg-Vorpommern	Unser Dorfladen Grambow eG
8	Nahversorgung	Mecklenburg-Vorpommern	Kramer & Kutscher eG Erzeugungs- und Verbrauchsgemeinschaft
9	Nahversorgung	Mecklenburg-Vorpommern	Bernitter Dorfladen eG
10	Nahversorgung	Sachsen	VG Verbrauchergemeinschaft umweltgerecht erzeugter Produkte eG
11	Nahversorgung	Sachsen	Frischemarkt Bad Schlema eG
12	Nahversorgung	Sachsen	Dorfladen im Grünen Tal eG
13	Nahversorgung	Sachsen	100 Pro Sachsen eG
14	Nahversorgung	Sachsen	Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG

***Erläuterungen:** Abgebildet ist eine Auswahl von neugegründeten Genossenschaften in den sechs Branchen Energie, Kultur, Nahversorgung, Regionalentwicklung/Infrastruktur, Soziales und Wohnen, mit jeweiligen Unterkategorien (Geschäftsfeld). Sortiert nach Branche, Bundesland und Gründungsjahr (aufsteigend). Quelle: IfG/HU Berlin 2020, DZ Bank Research 2020, eigene Recherche

Ort	PLZ	Straße	Gründung.	Geschäftsfeld.
Oranienburg	16515	Hans-Loch-Str. 14	2012	SoLaWi
Bernau bei Berlin	16321	Breitscheidstr. 12	2016	Gastronomie
Frankfurt/Oder	15236	Müllroser Chaussee 76 c	2018	SoLaWi
Eberswalde	16225	Eisenbahnstr. 5	2020	Gastronomie
Wandlitz/OT Lanke	16348	Wiesenweg 1	2021	SoLaWi
Ganzlin	19395	Am Bahnhof 1	2009	Dorfladen
Grambow	19071	Am Ring 34	2013	Dorfladen
Suckow	19376	Dorfstr. 32	2015	SoLaWi
Bernitt	18249	Schulstr. 2	2015	Dorfladen
Dresden	01067	Schützengasse 18	2005	SoLaWi
Bad Schlema	08301	Marktpassage 23	2006	Dorfladen
Werdau	08412	Crimmitschauer Str. 197	2012	Dorfladen
Chemnitz	09111	Carolastr. 4–6	2015	Dorfladen
Drebach	09430	Bahnhofstr. 45	2016	Dorfladen

Nr.	Branche	Bundesland	Name
15	Nahversorgung	Sachsen	Gemüsekooperative Rote Beete eG
16	Nahversorgung	Sachsen	Permagold eG
17	Nahversorgung	Sachsen	KoLa Leipzig eG
18	Nahversorgung	Sachsen-Anhalt	Kunstkneipe NachDenker eG
19	Nahversorgung	Sachsen-Anhalt	Dorfladen Deersheim eG
20	Nahversorgung	Sachsen-Anhalt	Landmarkt Veckenstedt eG
21	Nahversorgung	Thüringen	Sonnenhof eG
22	Nahversorgung	Thüringen	LandMarkt Erfurt eG
23	Nahversorgung	Thüringen	Bahn-Hofladen eG
24	Nahversorgung	Thüringen	Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft eG Weimar
25	Nahversorgung	Thüringen	Marktzentrum Ranis eG
26	Nahversorgung	Thüringen	Bürgergenossenschaft Konsum Ballstädt eG
27	Infrastruktur	Brandenburg	Bahnhof am Park - Wiesenburg/Mark eG
28	Infrastruktur	Brandenburg	Ökonauten eG
29	Infrastruktur	Mecklenburg-Vorpommern	regionaler leben eG
30	Infrastruktur	Mecklenburg-Vorpommern	Kollektiv 9Raben eG
31	Infrastruktur	Mecklenburg-Vorpommern	BioBoden Genossenschaft eG
32	Infrastruktur	Mecklenburg-Vorpommern	ELG Mecklenburgische Schweiz eG
33	Infrastruktur	Sachsen	Verbrauchergemeinschaft Bürgernetz Dresden eG
34	Infrastruktur	Sachsen	Neue Altstadt Kamenz eG
35	Infrastruktur	Sachsen	OGS Obstgut Genossenschaft Seelitz eG

Ort	PLZ	Straße	Gründung.	Geschäftsfeld.
Taucha OT Sehlis	04425	An der Schmiede 4	2017	SoLaWi
Dresden	01069	Bayerische Str. 1	2017	SoLaWi
Taucha	04425	Engelsdorfer Str. 99	2019	SoLaWi
Magdeburg	39108	Olvenstedter Str. 43	2012	Gastronomie
Osterwieck	38835	Neue Str. 7	2014	Dorfladen
Nordharz OT Veckenstedt	38871	Wernigeröder Str. 4	2016	Dorfladen
Hohenfelden	99448	Auf dem Katzenberg 93	2010	Gastronomie
Erfurt	99089	Nettelbeckufer 27	2013	Dorfladen
Königsee-Rottenbach	07426	Rudolstädter Str. 5	2014	Dorfladen
Weimar	99423	Eduard-Rosenthal-Str. 22a	2014	SoLaWi
Ranis	07389	Blumenstr. 41	2015	Dorfladen
Ballstädt	99869	Schulstr. 2	2015	Dorfladen
Bad Belzig OT Lübnitz	14806	Dorfstr. 14	2010	Bürgerbahnhof
Biesenthal	16359	Sydower Feld 4	2015	Boden
Siggelkow	19376	Slater Weg 6	2007	Stärkung Regionalwirtschaft
Stäbelow	18198	Konower Weg 5	2015	Stärkung Regionalwirtschaft
Rothenklempenow	17321	Dorfstr. 58	2015	Boden
Basedow	17139	Gessin 7	2017	Stärkung Regionalwirtschaft
Dresden	01067	Freiberger Str. 8	2011	Infrastruktur/WLAN
Kamenz	01917	Garnisonsplatz 4	2015	Tourismus
Seelitz	09306	Talstr. 2	2019	Stärkung Regionalwirtschaft

Nr.	Branche	Bundesland	Name
36	Infrastruktur	Sachsen-Anhalt	Bürgergenossenschaft Weindorf Burgwerben eG
37	Infrastruktur	Sachsen-Anhalt	Denkmalfreunde Coswig (Anhalt) eG
38	Infrastruktur	Sachsen-Anhalt	Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG
39	Infrastruktur	Sachsen-Anhalt	Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG
40	Infrastruktur	Sachsen-Anhalt	Bürgerwaldgenossenschaft Burgenland - Harz eG
41	Infrastruktur	Thüringen	Wärme und Abwasser Gahma eG
42	Kultur	Berlin	Holzmarkt 25 eG
43	Kultur	Berlin	Genossenschaft für urbane Kreativität eG
44	Kultur	Berlin	Traumschüff eG
45	Kultur	Berlin	about blank eG
46	Kultur	Brandenburg	Kultur-Genossenschaft Neue Kammerspiele eG
47	Kultur	Mecklenburg-Vorpommern	subraum eG
48	Kultur	Sachsen	Kunst- und Gewerbe-genossenschaft Feinkost eG
49	Kultur	Sachsen	Festhalle Annaberg-Buchholz eG
50	Kultur	Sachsen	Hofgenossenschaft Stiftsgut Liebertwolkwitz eG
51	Kultur	Sachsen	Zentralwerk Kultur- & Wohngenossenschaft Dresden eG
52	Kultur	Sachsen	Peter-Sodann-Bibliothek eG "...wider dem vergehen"
53	Kultur	Thüringen	Projektwerk eG Kultur & Gewerbe
54	Kultur	Thüringen	KulturQuartier Schauspielhaus eG
55	Mobilität	Mecklenburg-Vorpommern	Inselwerke eG
56	Mobilität	Mecklenburg-Vorpommern	Wir Bauen Zukunft eG

Ort	PLZ	Straße	Gründung.	Geschäftsfeld.
Weißenfels	06667	Weinstr. 29	2009	Stärkung Regionalwirtschaft
Coswig (Anhalt)	06869	Zerbster Str. 40	2010	Denkmalschutz
Lutherstadt Eisleben	06295	Markt 1	2013	Bürgerbahnhof
Bad Schmiedeberg	06905	Kossaer Str. 11	2016	Bürgerbahnhof
Mansfeld	06343	Promenade 15	2019	Wald
Remptendorf	07368	Gahma 72	2018	Infrastruktur/Wasser
Berlin	10243	Holzmarktstr. 25	2012	Gewerberäume
Berlin	10243	Holzmarktstr. 25	2012	Veranstaltung
Berlin	12587	Stillerzeile 50	2017	Theater
Berlin	10245	Markgrafendamm 24 c	2019	Veranstaltung
Kleinmachnow	14532	Ernst-Thälmann-Str. 60E	2012	Theater
Rostock	18057	Doberaner Str. 21	2009	Veranstaltung
Leipzig	04107	Karl-Liebnecht-Str. 36	2005	Gewerbe
Annaberg-Buchholz	09456	Ernst-Roch-Str. 4	2009	Veranstaltung
Leipzig	04288	Alte Tauchaer Str. 1	2010	Veranstaltung
Dresden	01097	Hechtstr. 30	2013	Gewerberäume
Stauchitz OT Staucha	01594	Thomas-Müntzer-Platz 8	2018	Veranstaltung
Weimar	99423	Goetheplatz 9b	2016	Gewerberäume
Erfurt	99084	Hopfengasse 3	2016	Theater
Usedom	17406	Wieckstr. 9	2013	Mobilität
Nieklitz	19258	Holzkrugerstr. 1	2016	Mobilität

Nr.	Branche	Bundesland	Name
57	Mobilität	Mecklenburg-Vorpommern	Energiewerk Rügen eG
58	Mobilität	Sachsen	Bürger Energie Drebach eG
59	Soziales	Berlin	Weltladen Pankow eG
60	Soziales	Berlin	Weltladen ZeichenDerZeit eG
61	Soziales	Berlin	ZKB ZUSammenKUNFT Berlin eG Genossenschaft für Stadtentwicklung
62	Soziales	Berlin	Neue Freie Schule Pankow eG
63	Soziales	Berlin	Berliner Büchertisch eG
64	Soziales	Berlin	Berliner Genossenschaft für Pflegeunterstützung eG
65	Soziales	Berlin	KARUNA eG - die Sozialgenossenschaft mit Familiensinn
66	Soziales	Berlin	Zeitvorsorge Reinickendorf eG
67	Soziales	Berlin	Berthold-Otto-Schule eG
68	Soziales	Mecklenburg-Vorpommern	Dorfschule Wismarer Land eG
69	Soziales	Sachsen	Trade Fair! Freiberg eG
70	Soziales	Sachsen	Quartiers- und Generationengenossenschaft Wurzener Land eG
71	Soziales	Sachsen-Anhalt	Gemeinnützige Genossenschaft Gesamtschule im Gartenreich eG
72	Wohnen	Berlin	genowo Genossenschaft für Wohnprojekte eG
73	Wohnen	Berlin	Wohnungsbaugenossenschaft in Berlin eG (WiBeG)
74	Wohnen	Berlin	Wiesenstraße 29 eG
75	Wohnen	Berlin	Möckernkiez Genossenschaft für selbstverwaltetes soziales und ökologisches Wohnen eG

Ort	PLZ	Straße	Gründung.	Geschäftsfeld.
Gingst	18569	Kluiser Dreieck 1	2019	Mobilität
Drebach	09430	Herolder Str. 23	2014	Mobilität
Berlin	13187	Breite Str. 39b	2007	Weltladen
Berlin	10405	Wörther Str. 28	2013	Weltladen
Berlin	10179	Wilhelmine-Gemberg-Weg 14	2013	Stadt- und Quartiersentwicklung
Berlin	13156	Boris-Pasternak-Weg 9	2014	Schule
Berlin	10961	Mehringdamm 51	2014	Bildung
Berlin	12209	Achenseeweg 25	2016	Nachbarschaftliche Hilfe
Berlin	13049	Hausotterstr.49	2017	Stadt- und Quartiersentwicklung
Berlin	13503	Reiherallee 96	2018	Nachbarschaftliche Hilfe
Berlin	12203	Holbeinstr. 21	2019	Schule
Zurow	23992	Dorfstr. 18	2016	Schule
Freiberg	09599	Thielestr. 5	2012	Weltladen
Wurzen	04808	Friedrich-Ebert-Str. 2	2016	Nachbarschaftliche Hilfe
Oranienbaum-Wörlitz	06785	Marienstr. 42	2009	Schule
Berlin	10249	Pintschstr. 5	2007	Wohnprojekt
Berlin	10179	Sebastianstr 21	2007	Wohnprojekt
Berlin	13357	Wiesenstr. 29	2008	Wohnprojekt
Berlin	10965	Möckernstr. 63	2009	Wohnprojekt

Nr.	Branche	Bundesland	Name
76	Wohnen	Berlin	Stadtbürgergenossenschaft von 2010 eG
77	Wohnen	Berlin	Urban Coop Berlin eG
78	Wohnen	Berlin	Freiraumkooperative eG
79	Wohnen	Berlin	UCB Blaue Insel eG
80	Wohnen	Berlin	Eine für Alle eG
81	Wohnen	Berlin	DIESE eG
82	Wohnen	Brandenburg	GWP Wohnbar eG
83	Wohnen	Brandenburg	Andere Welt eG
84	Wohnen	Brandenburg	Schäferei Arensnest eG
85	Wohnen	Mecklenburg-Vorpommern	brennwerk eG i. G.
86	Wohnen	Sachsen	ZusammenLeben eG
87	Wohnen	Sachsen	Leben im Grünen eG
88	Wohnen	Sachsen	SoWo Leipzig eG
89	Wohnen	Sachsen	EinHaus Reichpietschstraße 13 eG
90	Wohnen	Sachsen	WoGe Dresden eG
91	Wohnen	Sachsen-Anhalt	Vitopia eG
92	Wohnen	Sachsen-Anhalt	in der Heilstätte Harzgerode eG
93	Wohnen	Sachsen-Anhalt	Wohnunion Halle eG
94	Wohnen	Sachsen-Anhalt	Regionalgenossenschaft Harz coop eG i. Gr.
95	Wohnen	Thüringen	Genossenschaft auf Schloss Tonndorf eG
96	Wohnen	Thüringen	Mühle am See eG

Ort	PLZ	Straße	Gründung.	Geschäftsfeld.
Berlin	10119	Rückerstr. 4	2010	Wohnprojekt
Berlin	10967	Urbanstr. 71	2016	Dachgenossenschaft
Berlin	10247	Rigaer Str. 86	2016	Wohnprojekt
Berlin	10969	Prinzenstr. 85 D	2017	Wohnprojekt
Berlin	10999	Ratiborstraße 14e	2019	Dachgenossenschaft
Berlin	10245	Krossener Str. 36	2019	Dachgenossenschaft
Eberswalde	16225	Brautstr. 17	2016	Urbane Dörfer
Strausberg	15344	Garzauer Str. 20	2016	Urbane Dörfer
Wiesenburg/Mark	14827	Schmerwitz 12	2019	Urbane Dörfer
Wesenberg	17255	Bahnhofstr. 18	2021	Urbane Dörfer
Leipzig	04277	Dölitzer Str. 26	2013	Wohnprojekt
Haselbachtal	01920	Schrebergartenweg 8	2013	Urbane Dörfer
Leipzig	04177	Georg-Schwarz-Str. 19	2017	Dachgenossenschaft
Leipzig	04317	Reichpietschstr. 13	2018	Urbane Dörfer
Dresden	01099	Böhmische Str. 14	2020	Wohnprojekt
Magdeburg	39114	Herrenkrug 2	2009	Urbane Dörfer
Harzgerode	06493	Freie Feldlage 9	2018	Urbane Dörfer
Halle	06169	Große Gosenstr. 36	2020	Wohnprojekt
Harzgerode	06493	Oberstr. 19	2021	Urbane Dörfer
Tonnendorf	99438	Das Schloß 156	2005	Urbane Dörfer
Heichelheim	99439	Mühlenweg 1	2015	Urbane Dörfer

6.2. Fallvignetten

6.2.1. Bernitter Dorfladen eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none">• Lebensmittelgeschäft mit regionalem, biologischem und fair gehandeltem Sortiment inklusive Poststelle, Textilreinigung, Fax- und Kopierservice, Catering, öffentliches Internet• täglicher Mittagstisch, Café-Betrieb mit frisch gebackenem Kuchen• Onlinebestellservice und Lieferdienst (im Aufbau)• regelmäßige Veranstaltungen (Vortrag, Film, Dorffeste ...)• Betreuung des Schul-Imbiss in der örtlichen Ganztagschule
Gründung	<ul style="list-style-type: none">• Gründung im Juni 2015, Gründungsmitglieder: 17• Ladeneröffnung Dezember 2016
Motivation	<ul style="list-style-type: none">• Nahversorgung im Ort sichern• Stärkung der Dorfgemeinschaft durch einen neuen Treff- und Kommunikationspunkt• regionale Wirtschaft stärken, Kooperation mit regionalen Erzeugern
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none">• Mitglieder aktuell: 39, Angestellte: 5• ehrenamtlicher Unterstützerkreis: 6- 8 Personen• Öffentlichkeitsarbeit: Website, Facebook, Instagram• interne Kommunikation über E-Mail, Whats-App-Gruppen und direkte Ansprache
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none">• Genossenschaftsanteil: 200 Euro, keine Begrenzung• Eigenkapital: 10.600 Euro• Ladengeschäft im kommunalen Eigentum, Genossenschaft ist Mieterin• zuletzt Umsatzsteigerung durch Corona• Fördermittel sind wichtiger Zuschuss für Personalkosten• Prüfkosten fallen stark ins Gewicht

Fördermittel	<ul style="list-style-type: none">• Projekt „Neue Dorfmitte“, Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Aufbau des Dorfladens, Beratungsangebot• LEADER: Umbau und Grundausstattung des Dorfladens, Regionalbudget für Aufbau eines digitales Kassen- und Warenwirtschaftsystems• ESF: Personalkostenförderung für den Aufbau des Dorfladens• ESF-Mittel für Strukturentwicklungsmaßnahmen, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern: Aufbau einer Onlinebestellplattform
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr, Pfarramt und Kirchenverein für Gemeinschaftsaktivitäten im Dorf• Dorfladen-Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern• Kooperation mit der Gemeinde Bernitt: Unterstützung bei Fördermitelanträgen, Nutzung der Räumlichkeiten• Zusammenarbeit und Unterstützung vom Land: Sozialministerium und Energieministerium: Digitalisierung und Beratung• LEADER Aktionsgruppe Güstrower Land
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• mit der Genossenschaft kann die Nahversorgung im Ort gesichert werden• Dorfladen hat sich als Treffpunkt für die Dorfgemeinschaft etabliert• Laden stärkt das Gemeinschaftsgefühl im Ort und fördert die Regionalwirtschaft

6.2.2. Marktzentrum Ranis eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb eines Einkaufsmarkts, inklusive Bäcker, Fleischtheke, Lese-Café sowie Postannahmestelle und Stadtteilbibliothek • Gestaltung der Außenanlagen für Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte (Sitzgelegenheiten, Schachbrett, Kletterwand, etc.) • Unterstützung von Gemeinschaftsaktivitäten im Ort (Herbstfest, Aufräumaktionen im Ort, etc.)
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • Gründungsversammlung: 12. Juni 2015, Gründungsmitglieder: 125 • Eröffnung Marktzentrum Ranis am 20.10. 2016 • Erwerb und Ertüchtigung des Gebäudes durch die Stadt Ranis im Jahr 2014, mit Zuschuss des Landes Thüringen mit der Auflage, die Immobilie wieder zu verkaufen • Verkauf des Gebäudes an die Genossenschaft am 24.10.2016, Rückzahlung der Zuschüsse an das Land Thüringen Anfang 2020 • Bürgschaft der Thüringer Aufbaubank in Höhe von 60.000 Euro wurde zwei Wochen vor Ladeneröffnung zurückgezogen
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel: Sicherung der Nahversorgung im Ort, auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Marktzentrum als Kommunikationsplattform und sozialen Treffpunkt etablieren • ursprüngliche Idee: die Schaffung integrativer Arbeitsplätze (CAP-Markt), in Ranis gibt es mehrere Bildungseinrichtungen mit Schüler:innen, die weiterführendes Angebot nach der Schule benötigen • Betreuung und Vermittlung von Praktika und Aushilfstätigkeiten wird derzeit vom „Mittendrin in Ranis“ e.V. organisiert
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglieder aktuell: 176, Angestellte: 5 Beschäftigte, 2 Aushilfskräfte (7 Beschäftigte bei Bäcker und Fleischer) • ehrenamtlicher Unterstützerkreis: 10–12 Personen • Öffentlichkeitsarbeit: Website, Instagram • interne Kommunikation: E-Mail-Verteiler, Whats-App-Gruppen für Vorstand, Marktmitarbeiter:innen, regelmäßige Treffen

Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 100 Euro, maximal 10 Anteile • Eigenkapital: 24.900 Euro • Investitionen für die Ertüchtigung und Aufbau des Marktes über Eigenkapital, Fördermittel und Bankkredit • Angebot wird sehr gut angenommen, kontinuierliche Umsatzsteigerungen, insbesondere coronabedingt starkes Umsatzplus
Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeslandwirtschaftsministerium, Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE): Innensanierung, Anschubfinanzierung für Lohnkosten • Landesmittel Thüringen an die Stadt Ranis: Außenbeleuchtung und LED-Umrüstung, Erdgaserschließung und Heizungsumstellung von Öl auf Gas • Zuschüsse Freistaat Thüringen und Kreissparkasse Saale-Orla an Stadt Ranis: Gestaltung Außenanlage „Begegnung von Jung und Alt“
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Ranis: Informationen und Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln, v. a. durch den Bürgermeister der Stadt, Mitglied im Aufsichtsrat der Genossenschaft • Kooperation mit tegut: Betreiber-Konzept des „tegut-Lädchens“, das speziell für den ländlichen Raum entwickelt wurde
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Nahversorgung in Ranis • gesteigerte Lebensqualität und Gemeinschaftsgefühl • Attraktivität des Ortes hat sich insgesamt erhöht; seit der Eröffnung des Ladens sind die Immobilienpreise gestiegen, neues Eis-Café und Imbiss haben eröffnet, Kindergarten wird gegenwärtig erweitert

6.2.3. Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Vermietung von 876 m² Gewerbefläche im durch die Genossenschaft sanierten historischen Bahnhofsgebäude: • Servicestation mit Mobilagentur, Tourist-Information, WC, Mini-Shop, Bistro, Wartebereich, WLAN, Einstiegshilfen, Fahrgastinformation, Reinigung und Winterdienst • Ticketschalter konnte erhalten werden • Beheizung der Eingangshalle, helle Empfangskultur • Durchführung öffentlicher und kultureller Veranstaltungen im Bahnhofsgelände (Vorträge, Märkte, Feste, Ausstellungen, Musik- und Theateraufführungen u. v. m.) • Tagesvermietung der Bahnhofshalle • Netzwerkarbeit, Engagement für Stadtentwicklung und Tourismus (Schwerpunkt Nahmobilität)
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • 2012: NASA (Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH), Arbeitskreis Bahnhof und Stadt Eisleben erstellen Machbarkeitsstudie, die Entwicklungspotenzial des Bahnhofsumfeldes belegt • 2013: Gründung der Genossenschaft nach erfolgloser Investorensuche durch Initiative Eislebener Bürger:innen (Arbeitskreis Bahnhof); Sanierung des Bahnhofs durch Kommune allein nicht zu stemmen • 36 Mitglieder in der Gründungsversammlung 2013
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Ziele: „Für die Anwohner des Bahnhofes und Bürger der Stadt und Region soll mit dem gesamten Ensemble ein ökonomischer und infrastruktureller Nutzen sowie eine Identität gestiftet werden. Für Touristen und Reisende soll der Bahnhof ein Willkommen in der Weltkulturerbestadt Lutherstadt Eisleben sowie einen optimalen Umsteigepunkt in die Stadt, ins Mansfelder Land und nach Halle (Saale) bieten.“ (BLE eG 2021) • 2017: Eröffnung des sanierten Bahnhofsgeländes mit neuen Funktionsbereichen
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederstand 2021: 270, rasches Anwachsen quer durch alle Generationen • viele Familien sind Mitglieder, Genossenschaftsanteile werden u. a. innerhalb der Familie weitergegeben, an Kinder und Enkel verschenkt • Arbeit der Genossenschaft erfolgt in allen Gremien ehrenamtlich • jährliche Generalversammlung wird mit inhaltlichen Schwerpunkt, Vortrag o. ä., verbunden, der Interesse der Mitglieder weckt

Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 200 Euro, max. 500 Anteile • einmaliger Zuschuss von der Stadt Eisleben (2015/16) • Einnahmen aus Dauervermietung (Bistro, Servicestation und weitere Gewerbebetriebe) und Tagesvermietung (Bahnhofshalle) • Beheizung der Eingangshalle auf 18 °C als größter Kostenfaktor • keine Personalkosten
Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung durch Landesprogramm Revita (https://www.bahnstadt.de/details/revita_sachsen-anhalt/) über 80 % der Sanierungskosten (Investitionsvolumen: 1,9 Mio. Euro) • Einwerben projektbezogener Fördermittel aus den Bereichen Kultur, Soziales und Mobilität • Teilnahme an städtebaulichen Ausschreibungen und Wettbewerben
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none"> • NASA (Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH) • Stadt Eisleben als direkter Kooperationspartner • städtebauliche Netzwerke auf kommunaler und Landesebene • Vorbilder und Partner: Bürgerbahnhöfe Cuxhaven (https://buergerbahnhof-cuxhaven.de/) und Leutkirch (https://www.leutkircher-buergerbahnhof.de)
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> • Identifikation mit der eigenen Stadt • Selbstermächtigung und gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort • Förderung des öffentlichen Nahverkehrs als wichtiges gesellschaftliches Gut • Gegengewicht zu Leerstand, Politikverdrossenheit und Einzelkämpfertum • gegenseitige Wertschätzung und Transparenz aller Akteure als Gelingensbedingung • Entwicklung weiterer städtebaulicher Projekte durch die Genossenschaft

6.2.4. Bahnhofsgenossenschaft Dübener Heide eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Dienstleistungen im Garten -u. Landschaftsbau • Sanierung und Instandhaltung der historischen Bahnhofsgebäude • Kulturveranstaltungen sowie Workshops (z. B. Zukunftswerkstatt) • Jugendtreff, Werkstatt, Freifläche • Vermietung von Wohnraum • Gemeinschaftsgarten/Bahnlandwirtschaftsfläche
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • 2012/2015: Erwerb der historischen Gebäude • 2016: Genossenschaftsgründung • Gründungsmitglieder: 11 Mitglieder aller Altersgruppen aus der Region
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Bahnhöfe retten, Wirtschafts- und Kulturräume erhalten • Schaffen von bezahlbarem und hochwertigem Wohnraum • Freiräume, auch für Jugendliche • Wunsch nach solidarischem/gemeinschaftlichem Wirtschaften • Förderung des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen • Förderung von regionaler Kommunikation und Integration
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • ein Vorstand (perspektivisch bezahlt) • Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten, Belegung des Gebäudes und der Freiflächen (ehrenamtlich)
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 1.000 Euro, über Erwerb weiterer Anteile entscheidet der Vorstand • Einnahmen aus GaLa, Vermietung und Förderprogrammen

Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> • demographische Entwicklung und Strukturwandel im ländlichen Raum/ Chance mit und für die Kreativwirtschaft - WAL - Kreatives Wohnen und Arbeiten auf dem Land (https://www.laendlicher-raum.sachsen.de/kreativ-arbeiten-in-laendlichen-raeumen-11734.html) • LANDsCHAFFtHEATER, offenes Bürger:innen theater, Crowdfunding • Projekt „KuBa – Kultur im Bahnhof“ Preisträger Wettbewerb Sächsischer Mitmach-Fonds 2019 in der Kategorie ReWIR (Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH 2019) • Jazzfest und Workshops, Staatliche Kunstsammlung Dresden • „Vom Abstellgleis zum Aktionsraum“ – Workshop im Rahmen des Programms „180 Ideen für Sachsen“ der Kulturstiftung des Bundes (Verein Dübener Heide e. V. 2019)
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none"> • Diakonie Delitzsch/Eilenburg: Jugendmigrationsdienst, Betreuung von Langzeitarbeitslosen • Naturpark – Verein Dübener Heide e. V.: Gemeinschaftsgarten • Initiative „Urban Gardening geht auf's Land“ (Dr. Torsten Reinsch, Berlin) • AG Kleinlandwirtschaft FU Berlin (PD Dr. E. Meyer-Renschhausen) • AWO Bad Dübén, Flüchtlingssozialarbeit • Regionalentwicklungsbüro neuland+ • LEIK – Leipziger Institut für Kommunikation: Projektberatung im Forschungsvorhaben • Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft e. V. der Staatlichen Kunstsammlung Dresden • Elblandbahn e. V. und Haushalten e. V., Leipzig
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> • einziger selbstverwalteter Jugendtreff in der näheren Region • Freiräume für Kultur und Wirtschaft erhalten, Stärkung des sozialen Zusammenhalts • Revitalisierung des ländlichen Raums • durch gemeinschaftliches/solidarisches Wirtschaften und gezielte Kooperationen vor Ort etwas bewegen

6.2.5. Neue Kammerspiele eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Kulturhaus Neue Kammerspiele mit angeschlossener Kneipe • Kulturangebote für alle Altersgruppen, Kino und Treffpunkt
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 2012 • Gründungsmitglieder: 10, aktuelle Mitgliederzahl etwa 300 • Genossenschaftsgründung als Konzept der Gemeinde, gebunden an kommunale Förderung
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Wiederbelebung eines traditionsreichen Kinos • durch spezielle Ost-West-Geschichte gesplante Gesellschaft vor Ort mithilfe von Kultur zusammenbringen • Kultur als Brücke über Sprach- und Ländergrenzen hinweg sowie einen zentralen Ort der Begegnung schaffen • Kulturangebot als Basis der Vitalisierung des Ortes
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • von Beginn an angestelltes Personal, aktuell 7 Festangestellte, 25 Aushilfen, kein Ehrenamt • aktive Beteiligung der Mitglieder in Form von Know-how, Sach- und Geldspenden, Mithilfe • Öffentlichkeitsarbeit über Social Media und Website • regelmäßige Events für Mitglieder
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsanteil: 250 Euro, max. 20 Anteile • Einnahmen in Gastronomie gleichen Defizite im Kulturbereich aus • Dauer- und Tagesvermietung von Räumlichkeiten • Ticketverkauf • durch Coronateststelle Aufbau eines Open-Air-Sommerkinos • nicht gemeinnützige Genossenschaft
Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> • Diverse Projektförderungen über Freunde der neuen Kammerspiele e. V. • regelmäßige Defizitfinanzierung durch Gemeinde

Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Austragungsort der Berlinale• Schulen und lokale Kultureinrichtungen, z. B. Tanz- und Musikschulen, gemeinsames Projekt "Lange Nacht der Kultur"• Kinogilde (Verband) und weitere Fachverbände, Kinofrauenstammtisch• Initiierung des ersten EU-Kino-Projekts „Connecting Cinemas“ mit Partnern aus Griechenland, Kroatien und Rumänien• enger Austausch mit Politik (Kommune, Landkreis, Land)
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• Steigerung der Lebensqualität• Kino als Standortfaktor• Verantwortungsübernahme für Kultur Hand in Hand mit der Kommune

6.2.6. Traumschiff geG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Theatervorstellungen und mobile Kulturangebote im ländlichen Raum • Open-Air-Aufführungen auf dem Theaterschiff • Theaterworkshops und Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene • offene Bühnenarbeit • Geschäftsbetrieb für freie Künstler:innen • fester Standort nahe Berlin in Vorbereitung
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • 2017 als gemeinnützige Genossenschaft
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Ansprache einer breiten Zielgruppe, auch über klassische Theaterbesucher:innen hinaus • Dialog mit Zuschauer:innen, Bearbeitung regionaler Themen • Brücken bauen zwischen Stadt und Land, Generationen und Menschen unterschiedlicher Einkommensklassen • Begegnung und Gespräch, auch zu konfliktbeladenen Themen (z. B. Naturschutz)
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • 45 Mitglieder, professionelle Künstler:innen • zwei bezahlte Vorstandsmitglieder, projektgebundene Honorare für Künstler:innen • projektbezogene Personalstellen • überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit (mind. 50 %)
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 10 Euro, keine Obergrenze • Gemeinnützigkeit als Basis für Kulturangebot und Bildungsveranstaltungen • keine Gewinnausschüttung an Mitglieder (Gemeinnützigkeit) • Fördermitgliedschaft, Publikum soll Teil des Theaters werden • Aufführungen bisher ohne Eintritt • Verdoppelung der Besucherzahl innerhalb eines Jahres • Einnahmen: Jahresbeiträge und Spenden von Mitgliedern, öffentliche Kulturfördermittel, weitere Spenden, Aufträge, Gastspielaufträge usw. • Preise und Auszeichnungen, z. B. Zukunftspreis der Commerzbank-Stiftung für institutionelle Kulturvermittlung 2020

Netzwerke und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Städte, Gemeinden und Multiplikator:innen an regelmäßigen Spielorten• Tourismuseinrichtungen, Vereine, Initiativen• Bauhaus-Universität Weimar (Entwurf des Schiffes)• Schiffswerft und TU Berlin (Energiekonzept)• Forschungseinrichtungen• Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken• Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, öffentliche Aufmerksamkeit für regionale Themen

6.2.7. Bürger Energie Drebach eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen, hauptsächlich auf Dachflächen von öffentlichen oder gewerblich genutzten Gebäuden • Errichtung und Betrieb von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität • Angebot von „Bürgerstrom Erzgebirge“ und Ökogas
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung (Eintrag ins Genossenschaftsregister): 17.07.2014 • nach Annonce im Gemeindeblatt formierte sich die Initiative zur Gründung einer Genossenschaft • Anstoß zur Gründung durch Fortbildung zu Energiegenossenschaften („Netzwerk Energiewende Jetzt“ e. V./innova eG)
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel: benötigte Energie regional produzieren und damit die Wertschöpfung vor Ort erhalten, die Region soll von der Energieerzeugung profitieren • Vision: Energieautarkie in der Kommune erreichen • Großteil des Stroms in den Gebäuden mit PV-Anlagen wird mittlerweile selbst erzeugt
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglieder aktuell: 92, Angestellte: keine, Engagierte: ca. 15 • Öffentlichkeitsarbeit: Web-Auftritt, Facebook-Seite • interne Kommunikation über E-Mail • viele bringen berufliche Qualifikationen ein (z. B. Anlagenbau, Steuerberatung, Öffentlichkeitsarbeit) • wegen Corona: digitale Mitgliederversammlung, zukünftig als Hybrid-Veranstaltung geplant, Beteiligung war hoch
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 250 Euro, keine Begrenzung • Eigenkapital: 50.000 Euro • bisher keine Gewinnausschüttung, sondern Reinvestitionen • Einnahmen durch den Stromverkauf aus Bürgerstrom, PV-Anlagen und Einspeisevergütung sowie Stromverkauf an den Ladesäulen • Photovoltaikprojekte werden hauptsächlich aus Eigenmitteln und privaten Nachrangdarlehen (2,5% Verzinsung) finanziert • E-Ladesäulen werden mit Fördermitteln (BAV) und Erträgen aus PV-Anlagen querfinanziert • Ladezeiten durch Corona zurückgegangen, vorher hat sich Nutzungsdauer jährlich verdoppelt

Fördermittel	<ul style="list-style-type: none">• Bundesmittel aus der BAV (Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen): Errichtung der Ladesäulen und Netzanschluss (Förderquote aktuell: 80 %)
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Kooperation mit Kommunen, die für Photovoltaikprojekte Dachflächen und für E-Mobilität Standorte zur Verfügung stellen• Kooperation mit Bürgerwerke eG für Vermarktung von Bürgerstrom und regulatorisches Know-how• wenig Unterstützung von SAENA (Sächsische Energieagentur) und IHK, die Potenziale von Bürgerenergie stärker verbreiten könnten
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• Beitrag zum Klimaschutz• Region profitiert von der Energieerzeugung• Stärkung der Akzeptanz für Erneuerbare Energien• Kommunen können über die PV-Anlagen Energiekosten einsparen und mit Ladeinfrastruktur Einnahmen generieren• gemeinschaftliches Wirtschaften stärkt den sozialen Zusammenhalt

6.2.8. Inselwerke eG

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Installation und Betrieb von Photovoltaikanlagen (Kerngeschäft) • Aufbau von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität: Bürgerladenetz, v. a. in der Region Mecklenburg-Vorpommern, Usedom • Mobilitäts-HUB „Die Weiterfahrer“ am Bahnhof Anklam: Verleih- und Ladestation von E-Fahrzeugen und Pedelecs, Zusatzangebote mit Wechselakku, Fahrradanhänger, etc. mit Solarcarport (PV Anlage versorgt die Station mit Energie) • Coronabedingt kam es zu Verzögerungen, Eröffnung: Herbst 2021
Gründung	<ul style="list-style-type: none"> • Satzung vom 22.03.2013, Gründungsmitglieder: 10 • Initiator:innen starteten 2010 mit einem Verein für Bildungsarbeit, darauf aufbauend wurde mit der eG eine wirtschaftliche Struktur geschaffen • Aktivitäten in der Gründungsregion Usedom, Mecklenburg-Vorpommern, später Erweiterung auf Eberswalde, Brandenburg
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel: Umsetzung von Erneuerbare-Energie-Projekten, regionale Wertschöpfung zu stärken und Kommunen dabei unterstützen • Impulsgeber für die Region, um den Klimaschutz voranzubringen
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglieder aktuell: 85, Angestellte: 8 • ehrenamtlicher Unterstützerkreis: 5–8 • Öffentlichkeitsarbeit: Website, Blog • interne Kommunikation: Newsletter • Mitglieder sind mehrheitlich Privatpersonen, v. a. aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin/Brandenburg, seit 2018 auch eine Gemeinde • Vorteil: ideelle Unterstützung für das Thema E-Mobilität und Erneuerbare Energien, fest verzinsten Darlehen

Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaftsanteil: 250 Euro, keine Begrenzung • Eigenkapital: 132.750 Euro • Investitionen: Eigenkapital, verzinste Nachrangdarlehen von Mitgliedern und Fördermittel • Einnahmen im Bereich E-Mobilität: Verkauf schlüsselfertiger Anlagen, Eigenbetrieb und Service-Dienstleistungen • Vorteile für die Kommune: mit geringen Investitionen und personellem Aufwand ergänzen neue Lade-Station oder Car-Sharing das Mobilitätsangebot, Einnahmen über Umsatzbeteiligung und Pacht standortabhängig möglich, nach Auslaufen der Förderlaufzeit kann Säule in kommunales Eigentum übernommen werden
Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> • Energieministerium Mecklenburg-Vorpommern: EFRE-Mittel für die Errichtung von Ladestationen für Elektroautos • LEADER: Errichtung von zwei Solartankstellen • BLE: Programm Land.mobil, 80 % Förderquote inklusive Personalförderung: Mobilitäts-HUB am Bahnhof Anklam
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none"> • Energieministerium Mecklenburg-Vorpommern • LEADER-Regionalgruppe LAG Vorpommersche-Küste • Bürgerwerke eG: Kooperation bei E-Ladenetz • Vianova eG: Software und Dienstleistungen für Carsharing • Stadt Anklam: stellt das Bahnhofsgelände zur Verfügung • Gemeinde Heringsdorf: stellt Parkflächen für Solarcarports zur Verfügung • Tourismusbranche, kleine und mittelständische Unternehmen
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> • E-Ladeinfrastruktur und Sharing Station Ergänzung des ÖPNV und Beitrag für nachhaltigen Tourismus • Stärkung der regionalen Wertschöpfung, Gewinne bleiben vor Ort • Vorteile und Einnahmen für die Unternehmen und Kommunen, die mit E-Ladesäule ihre Sichtbarkeit und Attraktivität erhöhen

6.2.9. AWO-Förderverein "Alt-aber trotzdem...Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis" e. V. (Senioren-genossenschaft)

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> Leistungen: Unterstützung im Alltag, vom Einkauf über Schneeschippen, Fahrdienste, Gartenarbeit, Haushalt und Putzen, einschließlich Fensterputzen Aufwandsentschädigung: Mitglieder, die helfen, erhalten eine Aufwandsentschädigung; vermieden werden soll schlechtes Gewissen gegenüber den Hilfegebenden auf Seiten der Hilfe in Anspruch Nehmenden im Jahr 2020 den Mitgliedern mit 12.000 Stunden geholfen
Gründung und Motivation	<ul style="list-style-type: none"> Gründungsjahr 2014 als Verein, weil Hürden niedriger als bei Genossenschaft Motivation: Teilhabe von älteren Menschen am Leben; älteren Menschen bei gesundheitlicher Einschränkung ermöglichen, in gewohnter Umgebung zu bleiben Alternative zur Alterseinsamkeit Verein soll ausgewogen wachsen: treten neue Hilfe benötigende Mitglieder bei, für die es keine Helfenden gibt, können schwierige häusliche Situationen entstehen
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> eine Stunde Hilfe im Haushalt oder im Garten zehn Euro, alle anderen Hilfeleistungen acht; zwei Euro für den Verein, Rest für die Helfer:innen Abrechnung: Hilfen ab Pflegegrad 1 über die Krankenkassen; monatliches Budget von 125 Euro für niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsleistungen für die Inanspruchnahme Zulassung des Landesverwaltungsamtes erforderlich, die jährlich geprüft wird Verwendung Aufwandsentschädigung: Geld kann direkt ausgezahlt werden; alternativ Ansparen auf dem Vereinskonto und Abrufen bei eigenem Hilfebedarf
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> finanzielle Unabhängigkeit: angestrebt, erreichbar zehn Jahre nach der Gründung; hängt von der Zahl der Mitglieder und den erbrachten Leistungen ab Ausgaben: Kosten für das Büro und Bezahlung der in Vollzeit festangestellten Leitungskraft; übernimmt alle Aufgaben zur Aufrechterhaltung des Vereins Einnahmequellen: Mitgliedsbeiträge, Spenden, zwei Euro pro geleistete Stunde sowie die abnehmenden Zuschüsse seitens der Kommune

Fördermittel	<ul style="list-style-type: none">• anfangs, das erste dreiviertel Jahr, alles ehrenamtlich ohne Fördermittel• nach dreiviertel Jahr Förderung als Modellprojekt über das Sozialministerium in Thüringen für drei Jahre• zurzeit Förderung über das Landesprogramm der Generationen als Zuschussfinanzierung über die Kommunen; sinkt kontinuierlich je mehr Mitgliedsbeiträge und bezahlte Hilfen erfolgen
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Netzwerk der Seniorenhilfen existiert in Thüringen nicht; wird gewünscht• Startphase: Austausch mit der Seniorenengossenschaft Kronach, Bayern, auch mit der Seniorenengossenschaft Riedlingen in Baden-Württemberg - eigenständig organisiert• Kooperationen: mit Sozialstationen der Krankenhäuser, weisen bei Entlassung von Patienten auf die Leistungen des Vereins hin• mit der Kommune wird u. a. bei der weiteren Genehmigung der Förderung zusammengearbeitet
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• hilft gegen Altersarmut und Alterseinsamkeit;• jeder kann sich einbringen, unabhängig vom Alter oder Herkunft; entwickeln sich Hilfspärchen mit Verlässlichkeit und festen Partnern; daraus neue Freundschaften, sonst im Alter nicht einfach• Mitglieder, die helfen, bekommen wieder eine Aufgabe; fühlen sich gebraucht und bleiben dadurch selbst gesünder

6.2.10. Bürgerinitiative Stendal e. V. (Seniorengenossenschaft)

Angebot	<ul style="list-style-type: none"> • Angebot Nachbarschaftshilfe: Teil der Vereinsmitglieder übernimmt als freiwillige Helfer:innen für hilfsbedürftige Menschen Arbeiten im Haushalt, z. B. Reinigungsarbeiten, Einkaufsdienste, Wäschepflege sowie Unterstützung bei Behördenangelegenheiten oder die Begleitung zum Arzt • Angebot Tagespflege: seit 2006 Betreuungsangebote für demenziell Erkrankte in einer Tagesstätte und zu Hause; von Montag bis Freitag, 8:00 bis 16:00 Uhr; Betreuung Pflegebedürftiger, die ihren Alltag nicht ohne Hilfe bewältigen können
Gründung und Motivation	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 2004 nach intensiver Auseinandersetzung mit Themen wie Tauschsystemen, Zeitkonten und alternativen Pflegemodellen • vorher: Auseinandersetzung mit dem Konzept der Seniorengenossenschaft Riedlingen als Vorbild • Motivation: Sicherstellung einer bedarfsgerechten Pflege, wie in Stadt und Land dringend benötigt; pflegende Angehörigen entlasten, Pflegebedürftige erfahren Teilhabe und Lebensqualität
Struktur und Arbeitsweise	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation: Mitgliedsbeitrag für die rund 200 Mitglieder 42 Euro im Jahr • wer Nachbarschaftshilfe in Anspruch nimmt, muss kein Mitglied sein; Nichtmitglieder zahlen für Hilfe 2 Euro mehr pro Stunde: 11 statt 9 Euro • Abrechnung: für Hilfebedürftige ab Pflegegrad 1, über das Büro mit der Pflegekasse • Verein übernimmt Matching zwischen Hilfe benötigenden und Hilfegebenden
Wirtschaftlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamthaushalt des Vereins: über 400.000 Euro • Kosten: Personalkosten mit den Sozialabgaben, ca. 300.000 Euro im Jahr für Tagespflege und Aufwandsentschädigungen an die Freiwilligen, größter Kostenblock • weitere Kostenblöcke: Mieten mit ca. 25.000 Euro jährlich; allgemeine Sachkosten • Einnahmequellen: Mitgliedsbeiträge und Spenden; Leistungsabrechnung über SGB XI • jährlich Pflegesatzverhandlungen zur Abrechnung der Tagespflege mit zugeordneter Pflegekasse IKK gesundplus

Fördermittel	<ul style="list-style-type: none">• Start ohne Fördermittel• 2005: finanzielle Mittel über das Programm Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS), einmalig 9.000 Euro• Durchbruch: Bundesprogramm „Freiwilligendienst aller Generationen“ von 2009 bis 2011 pro Jahr Förderung von 50.000 Euro• gegenwärtig Förderung für niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote von der Sozialagentur des Landes Sachsen-Anhalt, sinkt kontinuierlich
Netzwerk und Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Netzwerk: Paritätischer Wohlfahrtsverbandes Sachsen-Anhalt - „natürlichste Dachorganisation“ wegen Expertise und Mitgliedern mit ähnlichen Themen• Kooperationserwartungen: mit Pflegediensten durch Kombination aus ambulanter und Tagespflege bedarfsgerechtere Pflege und Betreuung möglich• Zukunftserwartung: Erleichterungen, wenn der Landkreis Koordinierungsrolle einnehmen würde; Kommunen sollten Unterstützungsaufgaben für nicht gewinnorientierte Akteure wahrnehmen
Gesellschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none">• Initiativfunktion: durch den Verein gutes Angebot als sich noch niemand um demenziell Erkrankte kümmerte; Ermöglichung bedarfsgerechter Pflege durch seniorenengossenschaftliche Strukturen• Entlastungsangebot für pflegende Angehörige mit teilhabeorientierter Versorgung der pflegebedürftigen Tagesgäste• motiviert Menschen, sich um die Hilfebedürftenden zu kümmern zur Entlastung Angehöriger;

6.3. Interviewleitfaden

1. Angebot – Leistungseinschätzung

- 1.1. Welche Leistungen bietet Ihre Genossenschaft an? Welches sind Ihre Zielgruppen dafür? (Mitglieder, Nicht-Mitglieder?) (Output)
- 1.2. Welche neuen Produkte, Dienstleistungen oder Kooperationen entwickeln Sie?
- 1.3. Auf welche Leistungen Ihrer Genossenschaft sind Sie besonders stolz? Worin sehen Sie das Besondere Ihres Angebotes?

2. Motivation und Gründung

- 2.1. Denken Sie einmal zurück an Ihre Anfänge. Auf welche Herausforderung/welche gesellschaftlichen Probleme reagiert Ihre Genossenschaft?
- 2.2. Welche Visionen und Ziele waren/sind mit der Gründung verbunden? Welche dieser Ziele haben Sie aus heutiger Sicht erreicht? An welchen arbeiten Sie noch?
- 2.3. Welche Unterstützung haben Sie in der Gründungsphase erfahren? Welche Angebote waren besonders hilfreich?
- 2.4. Fallen Ihnen Formen weiterer Unterstützung ein, die Ihnen geholfen hätten, Ihr Vorhaben leichter zu realisieren?

3. Angebot, Struktur und Arbeitsweise der Genossenschaft

- 3.1. Wer sind Ihre Mitglieder? (Alter, Beruf, Geschlecht, Merkmale, Personengruppe)
- 3.2. Welche Vorteile bietet die Mitgliedschaft in Ihrer Genossenschaft?
- 3.3. Auf welche Weise und in welchen Bereichen engagieren sich Ihre Mitglieder? Welche Instrumente setzen Sie ein, um das Engagement Ihrer Mitglieder zu fördern? (Gremien, Freiwilligenkoordination, Personalentwicklung u. a.)
- 3.4. Wodurch sichern Sie die Qualität Ihrer Leistungen? (Weiterbildung, Supervision, professionelle Beratung, Kompetenzen der Mitglieder usw.)
- 3.5. Wie gestalten Sie Ihre Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Social Media usw.)?
- 3.6. Wie gestalten Sie die Kommunikation mit Ihren Mitgliedern und Engagierten?

4. Kostenstruktur und Wirtschaftlichkeit

- 4.1. Was investieren Sie bzw. Ihre Mitglieder in die Genossenschaft? Welche Ressourcen stellen Sie zur Verfügung bzw. benötigen Sie, damit die Genossenschaft ihre Leistung erbringen kann? (Zeit, Know-how, Kompetenzen, Infrastruktur z. B. Räume, Kommunikationsmittel, Sonstiges) (Input)
- 4.2. Welche Bereiche verursachen die größten Kosten? Existieren genossenschaftsbedingt Möglichkeiten der Kostenreduktion? (Input-Output)
- 4.3. Welche Rolle spielt ehrenamtliche Arbeit für Ihre Genossenschaft?
- 4.4. Welche Finanzierungsstrategie verfolgt Ihre Genossenschaft?
- 4.5. Über welche Einnahmequellen verfügt Ihre Genossenschaft?
- 4.6. Worin bestehen nach Ihrer Ansicht die Vorteile, Ihr Geschäftsmodell genossenschaftlich zu organisieren?
- 4.7. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation Ihres Unternehmens ein? Sind Sie in der Lage, Rücklagen zu bilden? Was hat sich durch die Coronapandemie verändert?

5. Netzwerke und Kooperationspartner

- 5.1. Welche Kooperationspartner waren und sind für die Umsetzung Ihres Geschäftsmodells entscheidend und warum?
- 5.2. Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung, also Ihrer Kommune, Ihrem Landkreis oder Ihrer Landesregierung? In welcher Weise werden Sie unterstützt (z. B. bei der Beantragung von Fördermitteln)?
- 5.3. In welchen Netzwerken sind Sie hauptsächlich aktiv und mit welchen Zielen?
- 5.4. Welche Art von Unterstützung wünschen Sie sich für Ihre Genossenschaft?

6. Gesellschaftlicher Nutzen (Impact)

- 6.1. Wie ist es Ihrer Meinung nach zu bewerten, dass in den letzten Jahren zahlreiche neue Bürgergenossenschaften gegründet wurden, die Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen?
- 6.2. Was hat sich durch die Tätigkeit der Genossenschaft in Ihrem Ort/Ihrer Region verändert?
- 6.3. Inwieweit trägt die Leistung Ihrer Genossenschaft dazu bei, die Lage Ihrer Kund:innen und Mitglieder zu verbessern?
- 6.4. Wenn Sie an Ihre Genossenschaft in zehn Jahren denken: Was würden Sie sich wünschen? Worin sehen Sie die größte Herausforderung?
- 6.5. Erzählen Sie uns zum Schluss gerne eine Anekdote, die für den Alltag Ihrer Genossenschaft typisch ist.

Vielen Dank für das Gespräch!

6.4. Weitere Informationsmöglichkeiten zu Bürgergenossenschaften

6.4.1. Genossenschaftsverbände und Beratungsorganisationen für die neuen Länder

Informations- und Beratungsorganisationen

Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e. V. (BzFdG)

Breitenfelder Straße 12, 04155 Leipzig
Postadresse: Postfach 1118, 04449 Borsdorf
www.genossenschaftsgedanke.de

Bundesweit agierender gemeinnütziger Verein, der neue Genossenschaftsansätze auch von Bürgergenossenschaften durch Informationen und Veranstaltungen in die Öffentlichkeit trägt.

innova eG

Geschäftsstelle Leipzig,
Meisenweg 39, 04451 Borsdorf,
www.innova-eg.de

Bundesweit tätige Beratungs- und Qualifizierungsgenossenschaft, die unabhängig von genossenschaftlichen Prüfungsverbänden, Genossenschaftsgründungen in vielen neuen Branchen kompetent begleitet.

Genossenschaftsverbände mit Bezug auf die neuen Länder

(Erfahrungen mit ihrer Arbeit liegen den Ersteller:innen der Studie außer mit dem Interessenverband der Kleingenossenschaften vor.)

Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e. V.,

Wilhelm-Haas-Platz, 63263 Neu-Isenburg,
www.genossenschaftsverband.de
organisiert im Dachverband
DGRV Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.
www.dgrv.de

Als Prüfungsverband in 14 Bundesländern tätig, darunter in allen neuen Ländern. Der Verband fusionierte im März 2013 rückwirkend zum 1. Oktober 2012 mit dem Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e. V. mit Sitz in Chemnitz.

<p>Prüfungsverband deutscher Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften e. V. (PdK), Schönhauser Allee 10–11, 10119 Berlin, www.pdk-berlin.de</p> <p>Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e. V. (ZdK), Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg, www.zdk.coop</p>	<p>Bundesweit tätiger Prüfungsverband mit Schwerpunkt auf Verbraucher- und Bürgergenossenschaften.</p> <p>Arbeitet eng mit dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e. V. (ZdK) zusammen, der viel Gründungsunterstützung für neue Genossenschaften zur Verfügung stellt.</p>
<p>Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften e. V. (PKMG), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin www.pruefungsverband.de</p>	<p>Bundesweit tätiger Prüfungsverband mit Wurzeln in den neuen Ländern. Gute Gründungsunterlagen und Offenlegung seiner Mitglieder.</p>
<p>Deutsch-Europäischer Genossenschafts- und Prüfungsverband e. V., Oranienbaumer Str. 1, 06842 Dessau-Roßlau www.degp.de</p>	<p>Schwerpunkte in Ostdeutschland, kritisch gegenüber etablierten Verbänden, keine Informationen über die Mitglieder.</p>
<p>Deutscher Interessenverband der Kleingenossenschaften e. V., Peiner Landstraße 217, 31135 Hildesheim, www.divk.de</p>	<p>Konzentriert sich auf kleine Genossenschaften, bundesweit tätig.</p>

Genossenschaftliche Prüfungsverbände mit Sitz in den neuen Ländern.

(Erfahrungen mit deren Arbeit liegen den Ersteller:innen der Studie nicht vor.)

<p>GVTS-Genossenschaftsverband Thüringen-Sachsen e. V., Sandweg 39, 09114 Chemnitz www.gvts-verband.de Mitglieder werden auf der Website genannt</p>	<p>COOPERATIVaudit, Genossenschaftsverband e. V., Pestalozzistraße 32/34, 09456 Annaberg-Buchholz, www.cooperativaudit.de</p>
<p>Progress Genossenschaftsverband e. V., Hohendölzschener Strasse 24, 01187 Dresden www.progress-verband.de</p>	<p>MDP e. V. Mitteldeutscher Prüfungsverband, Connewitzer Str. 5, 04289 Leipzig www.mdpev.de</p>

<p>Agrar Prüfungs- und Beratungsverband e. V., Bergstraße 25, 01069 Dresden www.agrar-pruefungsverband.de</p>	<p>Genossenschaftlicher Prüfungsverband Mecklenburg-Vorpommern e. V., Woldegker Straße 27, 17033 Neubrandenburg www.gpv-mv.de</p>
<p>PDG Genossenschaftlicher Prüfungsverband e. V., Straße des Friedens 4, 99094 Erfurt www.genossenschaftlicher-pruefungsverband.de www.g-pv.de</p>	<p>Potsdamer Prüfungsverband e. V., Potsdamer Str. 109a, 14974 Ludwigsfelde www.potsdamerpruefungsverband.de</p>
<p>Fachprüfungsverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e. V., Karl- Liebknecht-Straße 10, 06114 Halle (Saale) www.fpv-halle.de</p>	<p>PSU – Genossenschaftlicher Prüfungsverband „Saale-Unstrut“ e. V., Querfurter Straße 10, 06332 Freyburg www.thg-steinebach.de</p>

Regionale Prüfungsverbände in den neuen Ländern - Schwerpunkt Wohnen

Die Wohnungsgenossenschaften prüfenden Regionalverbände sind in Deutschland eigenständig organisiert und zusammengeschlossen im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Klingelhöferstraße 5, 10785 Berlin (www.gdw.de).

<p>BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V., Lentzeallee 107, 14195 Berlin www.bbu.de</p>	<p>VdWg Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt e. V., Breiter Weg 261, 39104 Magdeburg www.vdwg.zukunft-wohnen-lsa.de/VdWg/</p>
<p>Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V., Regierungsstraße 58, 99084 Erfurt www.vtw.de</p>	<p>Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V., Antonstraße 37, 01097 Dresden www.vswg.de</p>

6.4.2. Das innova-Phasenmodell zur Gründungsbetreuung von Bürgergenossenschaften

Um die Entwicklung von Bürgergenossenschaften effektiv und bedarfsgerecht zu strukturieren, wurde von innova eG - Engagement für genossenschaftliche Neugründungen - ein Phasenschema der Gründungsbegleitung entwickelt.¹⁷ Auf diese Weise wird über professionelle Projektentwicklung der Aufbau einer wirtschaftlich tragfähigen Genossenschaft unterstützt. Dies geschieht nach einem Vier-Phasenmodell, das anhand vorliegender vielfältiger Erfahrungen entwickelt wurde, um Gründungsgruppen effektiv und zeitsparend bei der Gründung ihrer Genossenschaft betreuen zu können. Auch wenn es Parallelen zu Gründungen von Einzelpersonen gibt, sind durch die Gegebenheiten der Gründungen – Werteorientierung, Förderauftrag und Gruppe – Besonderheiten zu beachten, die andere Beratungseinrichtungen für Unternehmensgründungen nicht bieten.

Vier-Phasen Modell der Genossenschaftsentwicklung

Orientierungsphase	Prüfung der Gründungs- und Qualifizierungsvoraussetzungen der Gruppe, Klärung des erforderlichen Unterstützungsaufwands, Orientierung über die Möglichkeiten der Genossenschaft, Einblick in Best-Practice-Beispiele, Aufwands- und Kostenschätzung der Projektentwicklung, Selbstreflexion der Gruppe
Planungsphase	Profilierung der Geschäftsidee, Ausarbeiten des Wirtschafts- bzw. Businessplans, genossenschaftsspezifische und fachbezogene Beratung, Abklärung einer eventuellen Gemeinnützigkeit, Ausarbeitung der Satzung, Stärkung des Gruppenzusammenhalts, Unterstützung bei der Finanzierungsplanung und dem Aufbau von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
Gründungsphase	Planung und Durchführung der Gründungsveranstaltung, Einreichen der Gründungsunterlagen, Beantragungen beim Registergericht und Gewerbeanmeldung, Einreichen von Förder- und Kreditanträgen, Einführen des Betriebes in der lokalen Öffentlichkeit und bei potenziellen Kunden, sorgfältige Implementierung des Betriebes
Stabilisierungsphase	Unterstützung bei Unsicherheiten, Abklärungen und Steuerungen von Gruppenkonflikten, Überarbeitung der Finanzierungsplanung und des Geschäftskonzepts, Professionalisierung der Marketingaktivitäten, Entwicklung und Einführung von Qualitätsinstrumenten, Begleitung bei der Lobbyarbeit und Entwicklung von Kooperationsstrukturen, nachhaltige Stabilisierung des Unternehmens

Quelle: innova eG

¹⁷ Ausführlich in innova eG (2007): Genossenschaften gründen – Genossenschaften nutzen, Leipzig, abrufbar unter <https://www.innova-eg.de/seite/512282/publikationen.html>. Ebenfalls Grundlage der Gründungsbroschüre „Bürger machen Energie“ (Flieger/Lange 2012).

7. Literatur

- Adams, Isabel (2019):** Kooperative Lösungsansätze zur Begegnung der Herausforderungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, Dissertation Universität Hohenheim. Internetquelle: http://opus.uni-hohenheim.de/volltexte/2019/1619/pdf/Dissertation_Isabel_Adams.pdf (letzter Zugriff: 29.08.2021).
- Agentur BahnStadt GbR (2021):** Bahnhofsprogramm Sachsen-Anhalt. Internetquelle: <https://bahnhofsprogramm.de/revita/> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Alscher, Mareike (2008):** Genossenschaften und Engagement – Das erfolgreiche Zusammenspiel zweier Konzepte, Saarbrücken: VDM Verlag.
- Amey, Frank/Wendland, Ulrike (2018):** Bis hierher und wie weiter? In: Altrock/Kurth/Kunze/Schmitt/Schmidt (Hg.): Stadterneuerung im vereinten Deutschland – Rück- und Ausblicke, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 183–205.
- Arndt, Moritz/Buschborn, Kai/Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica/Reingen, Helena/Simmank/Maike/Vorgel, Berthold/Wicklow, Dagmar (2020):** Soziale Orte: Ein Konzept zur Stärkung des lokalen Zusammenhalts, WISO Diskurs 05/2020. Internetquelle: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/16772.pdf> (letzter Zugriff: 09.08.2021).
- Bahnhof Lutherstadt Eisleben eG (2021):** Die gültige Satzung. Internetquelle: <https://www.bahnhof-lutherstadteisleben.de/index.php/ct-menu-item-3/ct-menu-item-5> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Markmann, Friedrich (2014) (Hg.):** Kommunen, Bürger, Wirtschaft im solidarischen Miteinander von Genossenschaften, KWI-Schriften 8, Kommunalwissenschaftliches Institut: Potsdam.
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2012):** Kommunale Kassenkredite, BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2012. Internetquelle: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2012/AK072012.html> (letzter Zugriff: 30.08.2021).
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2017):** Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern, Internetquelle: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/rob-2017.html> (letzter Zugriff: 09.08.2021).
- Becker, Udo/Bormann, René/Claurs, Elke/Faber, Werner/Herget, Melanie/Holzapfel, Helmut (2018):** Mobilität im ländlichen Raum sichern. Perspektive entwickeln, Identität ermöglichen, Freiräume schaffen, Kostenwahrheit angehen. Hg. v. Friedrich Ebert Stiftung (WISO Diskurs, 8). Internetquelle: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/14213-20180316.pdf> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- BiB (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) (2020):** Neue Studie zur Trendwende in der Ost-West-Wanderung. Berlin, 30.09.2020. Internetquelle: https://www.bib.bund.de/DE/Service/Presse/2020/pdf/2020-10-Neue-Studie-zur-Trendwende-in-der-Ost-West-Wanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=2. (letzter Zugriff 30.08.2021)
- Blome-Drees, Johannes (2017):** Rationales Management von Sozialgenossenschaften, in: Schmale/Blome-Drees (Hg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–75.

Blome-Drees, Johannes; Bøggild, Nikolaj; Degens, Philipp; Michels, Judith; Schimmele, Clemens; Werner, Jennifer (2015): Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Endbericht I C 4 - 02-08-15 - 41/13. Hg. v. Kienbaum Management Consultants GmbH und Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln (SfG). Internetquelle: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/potenziale-und-hemmnisse-von-unternehmerischen-aktivitaeten-in-der-rechtsform-der-genossenschaft-endbericht.pdf> (letzter Zugriff 21.08.2021).

BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) (2020): Das Land lebt! Dritter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume, November 2020, Berlin.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, März 2017.

BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) (Hg.) (2019): Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Juli 2019.

BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2013): Nahversorgung in ländlichen Räumen, BMVBS Online-Publikation, 02/2013. Internetquelle: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/bmvbs-online/2013/DL_ON022013.pdf (letzter Zugriff 21.08.2021)

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (Hg.) (2020): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Dezember 2020, Berlin. Internetquelle: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.html> (letzter Zugriff 21.08.2021).

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (Hg.) (2021): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, August 2021, Berlin. Internetquelle: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/2021-jahresbericht-der-bundesregierung-zum-stand-der-deutschen-einheit-jbde.html> (letzter Zugriff 21.08.2021).

Bode, Ingo/Evers, Adalbert (2004): From institutional fixation to entrepreneurial mobility? The German third sector and its contemporary challenges, in: Evers/Laville (Hg.): The Third Sector in Europe, Cheltenham, Northampton: Edward Elgar, S. 101–121.

Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach: Wochenschau Verlag.

BWGV (Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband) (2017): Zur Zulässigkeit der Beteiligung einer Kommune an einer Genossenschaft im Rahmen des § 103 GemO im Bereich der Daseinsvorsorge, BWGV (Hg.), Internetquelle: https://www.wir-leben-genossenschaft.de/files/RB_Beteiligung%20einer%20Kommune%20an%20einer%20Genossenschaft,%20inkl.%20Anhang.pdf (letzter Zugriff: 30.08.2021).

-
- Decker, Fank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019):** Für ein besseres Morgen. Vertrauen in die Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn. Internetquelle: <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf> (letzter Zugriff: 30.08.2021).
- Defourney, Jaques (2014):** From third sector to social enterprise. A European research trajectory, in: Defourney/Hulgård/Pestoff (Hg.): Social enterprise and the Third Sector. Changing European landscapes in a comparative perspective, London/New York: Routledge, S. 17–41.
- Defourney, Jaques/Nyssens, Marthe (2013):** Social Cooperatives: When Social Enterprises Meet the Co-operative Tradition, *Journal of Entrepreneurial and Organisational Diversity* 2 (2), S. 11–33.
- Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Osigus, Torsten (2019):** Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hg.): Wissen schafft Demokratie 05/2019, Schriftenreihe, Jena. Internetquelle: <https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-5-schwerpunkt-laendlicher-raum/> (letzter Zugriff: 30.08.2021).
- Deutsche UNESCO Kommission (2016):** Genossenschaftsidee als Immaterielles Kulturerbe der Menschheit anerkannt, UNESCO. Internetquelle: <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/immaterielles-kulturerbe/immaterielles-kulturerbe-weltweit/genossenschaftsidee-als> (letzter Zugriff: 30.03.2021).
- Deutscher Bundestag (2002):** Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Bundestagsdrucksache 14/8900, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Internetquelle: <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf> (letzter Zugriff 20.08.2021).
- Deutscher Kulturrat (2010):** Kunst und Kultur als Lebensnerv. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Kulturfinanzierung. Internetquelle: <https://www.kulturrat.de/positionen/kulturfinanzierung/> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Deutschmann, Christoph (2014):** Moderne Ökonomie ohne Wachstumszwang: ein Wunschtraum?, WSI Mitteilungen 07/2014. Internetquelle: <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-moderne-oekonomie-ohne-wachstumszwang-ein-wunschtraum-13077.htm> (letzter Zugriff: 30.08.2021).
- Dilling, Marius/Kies, Johannes (2021):** Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene, Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen (EFBI) (Hg.), Policy Paper 03/2021. Internetquelle: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2021_EFBI_Policy%20Paper_3.pdf (letzter Zugriff: 30.08.2021).
- Dorniok, Daniel (2018):** Das Diffusionssystem von Energiegenossenschaften in Deutschland, in: Holstenkamp/Radtke (Hg.): Handbuch Energiewende und Partizipation, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 211–226.
- Draheim, Georg (1952):** Die Genossenschaft als Unternehmenstyp, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- DStGB (Deutscher Städte- und Gemeindebund) (2018):** Genossenschaften und Kommunen – erfolgreiche Partnerschaften, DStGB Dokumentation Nr. 146. Internetquelle: <https://www.genossenschaften.de/genossenschaften-und-kommunen> (letzter Zugriff: 30.08.2021).

Eberhardt, Winfried (2019): Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen, Thünen Institut für Ländliche Räume (Hg.), Thünen Working Paper, 128. Internetquelle: https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-workingpaper/ThuenenWorkingPaper_128.pdf (letzter Zugriff: 09.08.2021).

Eberhardt, Winfried/Küpper, Patrick/Steinführer, Annett (2014): Was soll und kann Bürgerengagement leisten? Zur Übertragung von Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge an die Bürger: Nahversorgung und Feuerwehr im Vergleich. Der kritische Agrarbericht 2014, Hamm: ABL-Verlag, S. 168–172.

Eckes, Christine/Piening, Marie-Theres/Dieckmann, Janine (2019): Literaturanalyse zum Thementreieck "Engagementförderung - Demokratiestärkung - Ländlicher Raum", Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hg.). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Internetquelle: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_BBE_Literaturanalyse_Druck.pdf (Zugriff: 29.09.21).

Elsen, Susanne (2014): Genossenschaften als transformative Kräfte auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft, in: Walk/Schröder (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz, Wiesbaden: VS-Verlag.

Elsen, Susanne (2015): Gemeinwesen, Gemeingüter und ökosoziale Wende, in: Elsen/Reifer/Wild/Oberleiter (Hg.): Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation, München: oekom Verlag, S. 175–190.

Elsen, Susanne/Walk, Heike (2016): Genossenschaften und Zivilgesellschaft: Historische Dynamiken und zukunftsfähige Potenziale einer öko-sozialen Transformation, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29, S. 60–72.

Embacher, Serge (2021): Engagement und Zusammenhalt – ein prekäres Gespann, Stiftung Mercator (Hg.), Essen. Internetquelle: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/03/Gutachten_Zusammenhalt_Kurzfassung_Embacher.pdf (letzter Zugriff 28.08.2021).

Esswein, Werner/Raffelhüschchen, Bernd (2013): Sachsen füreinander – Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (Hg.), Dresden. Internetquelle: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/21233/documents/28714> (letzter Zugriff 30.08.2021).

Evers, Adalbert/Brandesen Taco (2016): Social Innovations as Messages: Democratic Experimentation in Local Welfare Systems, in: Brandesen/Cattacin/Evers/Zimmer (Hg.): Social Innovations in the Urban Context, Wiesbaden: Springer, S. 161–180.

Flieger, Burghard (Hg.) (2003): Sozialgenossenschaften - Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft. Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V./Paritätischen Bundesakademie, Neu-Ulm:- AG SPAK.

Flieger, Burghard (2010): Kulturgenossenschaften. Leuchttürme zukunftsfähiger Kultur. Mitgliederrförderung statt Kommerzialisierung. In: *Contraste* Die Monatszeitung für Selbstorganisation 27, Juni 2010 (309), S. 7–10. Internetquelle: https://www.contraste.org/wp-content/uploads/2020/02/2010-06_contraste309_kulturgenossenschaften.pdf (letzter Zugriff 21.08.2021).

- Flieger, Burghard (2011):** Genossenschaften, in: Hartnuß/Olk (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim: Juventa-Verlag, S. 499–512.
- Flieger, Burghard (2016):** Genossenschaften als Postwachstums-Pioniere?, Standpunkt, Blog Postwachstum, IÖW/VÖW/Wuppertal-Institut, Internetquelle: <https://www.postwachstum.de/genossenschaften-als-postwachstumspioniere-20161019> (letzter Zugriff: 30.08.2021)
- Flieger, Burghard (2016a):** Seniorengenossenschaften oder seniorenstützende Genossenschaften? Kooperativen im Grenzbereich bürgerschaftlichen Engagements und genossenschaftlicher Professionalisierung, in: Schmale (Hg.) Zur Diffusion der Genossenschaften in neue Geschäftsfelder, Münster: LIT Verlag.
- Flieger, Burghard (2016b):** Prosumentenkooperation. Geschichte, Struktur und Entwicklungschancen gemeinschaftsorientierten Wirtschaftens in der Ernährungswirtschaft am Beispiel der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Theorie der Unternehmung Bd. 63, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Flieger, Burghard/Lange, Rainer (2012):** Bürger machen Energie. In sieben Schritten zur Energiegenossenschaft. Energiegenossenschaften gründen. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hg.). Mainz. Internetquelle: <https://edoweb-rlp.de/resource/edoweb:5202278/data> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Frauß, Stefanie/Görtler, Edmund/Rosenkranz, Doris (2016):** Seniorengenossenschaften - Struktur und Erfolgskriterien eines Modells organisierter Solidarität in Deutschland. Ergebnisse der ersten umfassenden Studie im Rahmen eines BMBF-Projektes. Informationsdienst Altersfragen 43 (2) 2016, S. 3–11.
- Frech, Siri/Scurell, Babette/Willisch, Andreas (2017):** Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, Berlin: Ch.Links Verlag.
- Frölich-Kulik, Maria (2020):** Landbahnhöfe, Bielefeld: transcript Verlag (Rurale Topografien).
- Fuchs, Johann/Kropp, Per/Matthes, Britta (2020):** Die fehlende Generation: Ostdeutschland steht vor einer massiven demografischen Herausforderung, IAB-Forum 22. April 2020. Internetquelle: <https://www.iab-forum.de/die-fehlende-generation-ostdeutschland-steht-vor-einer-massiven-demografischen-herausforderung/> (letzter Zugriff 28.08.2021).
- Generali (Hg.) (2009):** Engagementatlas 2009, Generali Zukunfts AG. Internetquelle: https://www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/Engagementatlas_2009_PDF_Version.pdf (letzter Zugriff: 23.08.2021).
- Genossenschaft Urbane Dörfer (2021):** Urbane Dörfer. Wir gestalten Stadt. Jetzt. Internetquelle: <https://www.urbanedoerfer.ch/> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Göler von Ravensburg, Nicole (2015):** Sozialgenossenschaften in Deutschland, in: ZfG, Band 65, Heft 2, S. 135–154.

Graefe, Lena (2021): Einfluss der Corona-Krise auf die Kultur im Vergleich zum Tourismus in der EU in 2020. In: statista.com, 27.01.2021. Internetquelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1199529/umfrage/kultur-einfluss-der-corona-krise-in-der-eu/> (letzter Zugriff 21.08.2021).

Hanisch, Markus/Thürling, Marleen (2020): Genossenschaften stärken das Gemeinwesen, Land- InForm - Magazin für Ländliche Räume, Ausgabe 1.20. Internetquelle: <https://www.ble-medien-service.de/7141/landinform-magazin-fuer-laendliche-raeume-1.20-perspektiven-fuer-regionale-vermarktung> (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Hanschke, Sonja (2019): Potenziale und Risiken von Kulturgenossenschaften. Fallstudien am Beispiel des Kinos. Masterarbeit. Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Ludwigsburg. Kulturwissenschaft und Kulturmanagement. Internetquelle: https://phbl-opus.phlb.de/frontdoor/deliver/index/docId/629/file/Masterarbeit_Hanschke_Kulturgenossenschaften.pdf (letzter Zugriff 21.08.2021).

Haunstein, Stefan/Thürling, Marleen (2017): Aktueller Gründungsboom - Genossenschaften liegen im Trend, Nationalatlas aktuell 11 (2), Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). Internetquelle: http://aktuell.nationalatlas.de/genossenschaften-2_02-2017-0.html/ (letzter Zugriff: 21.08.2021).

HausHalten e. V. (Hg.) (2021): AusBauHäuser. Internetquelle: <http://www.haushalten.org/de/ausbauhaus.asp> (letzter Zugriff 21.08.2021).

Hess, Anne/Magin, Dominik/Koch, Matthias/Tamanini, Christian/Klohe, Jill (2017): Allgemeines Konzept Living Labs im Ländlichen Raum. Fraunhofer IESE (Hg.) (Digitale Dörfer). Internetquelle: <https://www.digitale-doerfer.de/wp-content/uploads/2018/07/LivingLabKonzept-v1.1.pdf> (letzter Zugriff 21.08.2021).

Höcke, Christian (2018): Peripherisierung und lokale Demokratie zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen, in: vhw FWS 6/Dezember 2018, S. 315–318. Internetquelle: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2018/6_2018/FWS_6_18_Hoecke.pdf (letzter Zugriff: 30.08.2021).

Hövermann, Andreas/Kohlrusch, Bettina (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung, WSI Mitteilungen, Jg. 73, 06/2020. Internetquelle: https://www.wsi.de/data/wsimit_2020_06_hoevermann.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2021).

ICA (International Cooperative Alliance) (2013): Blueprint for a Co-operative Decade, January 2013, ICA. Internetquelle: <https://www.ica.coop/en/media/library/blueprint-cooperative-decade> (letzter Zugriff: 30.08.2021).

IFB Hamburg (2021): Vorfinanzierungsdarlehen für genossenschaftliche Projekte zum Neubau von Mietwohnungen für vordringlich wohnungssuchende Haushalte, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Hg.), Förderrichtlinie. Internet: https://www.ifbh.de/api/services/attachments/F%C3%B6rderrichtlinie_IFB-F%C3%B6rderkredit_Vorfinanzierung_WA_.pdf?id=124/366/09dc6966c3.pdf (12.10.2021).

-
- innova eG (2007):** Genossenschaften gründen – Genossenschaften nutzen, Leipzig. Internetquelle: <https://www.innova-eg.de/seite/512282/publikationen.html> (letzter Zugriff: 21.09.2021).
- IRU (Internationale Raiffeisen Union) (1990):** Leitlinien für Genossenschaften: Entwicklungspolitische Leitlinien zur Förderung von Genossenschaften und anderen Selbsthilfeorganisationen nach den Prinzipien von Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Bonn: IRU.
- Kieswetter, Oscar (2018):** Genossenschaften Made in Italy - Ein Erfolgsbericht, Heinrich-Kaufmann-Stiftung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e. V. (Hg.), Norderstedt: Books on Demand.
- Klein, Ansgar (2016):** Engagement-Koproduktionen im Welfare Mix –Herausforderungen, Voraussetzungen, Perspektiven, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29, S. 97–104.
- Klie, Thomas (2021):** Hybride Bürgergenossenschaften: Perspektive für zukunftsweisende Daseinsvorsorge im ländlichen Raum?, in: Abt/Blecken/Bock/Diringer/Fahrenkrug (Hg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme, Berlin. Internetquelle: https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/25a_klie_genossenschaften.pdf (letzter Zugriff 22.08.2021).
- Kluth, Winfried (2018):** Die Bedeutung von Infrastrukturgenossenschaften für die kommunale Daseinsvorsorge, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 41, S. 241–256.
- Kluth, Winfried (2019):** Der Beitrag von Infrastrukturgenossenschaften zur Daseinsvorsorge. Nutzung des Potenzials der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft oder Gefahr der Denaturierung? In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG (2), S. 117–132.
- Kolakowski, Peter (2010):** Ein Vorsorgemodell mit Zukunft. Die Seniorengenossenschaft Riedlingen, Best-Practice-Beispiel 2. In: Pro Alter: Selbstbestimmt älter werden; das Fachmagazin für Lebensqualität / Kuratorium Deutsche Altershilfe. Bd. 42/2, S. 17–20. Köln: KDA.
- Köstler, Ursula (2006):** Seniorengenossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik, Reihe: Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft. Münster: LIT Verlag.
- Köstler, Ursula (2007):** Aktivierung des Bürgers mittels Zeittauschsystemen – Seniorengenossenschaften sind mehr als nur Tauschringe. In: ZögU, Heft 30. Jg. 4/2007, S. 390–413.
- Köstler, Ursula (2018):** Seniorengenossenschaften. Ein morphologischer Überblick zu gemeinwirtschaftlichen Gegenseitigkeits-Gebilden der sozialraumorientierten Daseinsvorsorge. Baden-Baden: Nomos.
- Krimmer, Holger/Bischoff, Stefan/Tahmaz, Birte/Gensicke, Thomas (2020):** Engagementförderung in Ostdeutschland, Stiftung Bürger für Bürger (Hg.), Berlin. Internetquelle: https://www.buerger-fuer-buerger.de/wp-content/uploads/2021/05/Studie_Engagementfoerderung_web.pdf (letzter Zugriff: 09.08.2021).

Links, Christoph/Volke, Kristina (Hg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin: Ch.Links Verlag.

Löffler, Roland/Wetzstein, Diana/Schilling, Alexander/Lehann, Kai/Heintke, Tom/Schmidt, Michael (2019): Regional. Nachhaltig. Demokratisch. Genossenschaften als alternatives Wirtschaftsmodell, Delitzsch: Deutsche Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft e. V. (Hg.), Schriftenreihe Heft 23.

Markmann, Friedrich (2018): Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse: Revival der Genossenschaft?, Baden-Baden: Nomos.

Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH (Hg.) (2019): Cooler Jazz im Kulturbahnhof Bad Dübener. Internetquelle: <https://www.mitmachfonds-sachsen.de/kulturbahnhof-bad-dueben/> (letzter Zugriff 21.08.2021)

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2019): Gemeinschaftsgärten im ländlichen Raum und ihre Gelingensbedingungen. Eine Fallstudie am Beispiel des Naturparks Dübener Heide. Naturpark - Verein Dübener Heide e. V. (Hg.) Bad Dübener. Internetquelle: <https://naturpark-duebener-heide.de/wp-content/uploads/2019/09/Meyer-Renschhausen-E.-2019-Gemeinschaftsg%C3%A4rten-im-l%C3%A4ndlichen-Raum-und-ihre-Gelingensbedingungen-D%C3%BCbener-Heide-1.pdf> (letzter Zugriff 21.08.2021).

MSGG (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) (2018): Förderprogramm Sozialgenossenschaften, Internetquelle: https://www.ms.niedersachsen.de/startseite/gruendung_sozialgenossenschaften/sozialgenossenschaft--die-gute-idee-fuer-gemeinsames-handeln-160204.html (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Münkner, Hans-H. (2010): Kommunale Kooperation – Genossenschaft als Modell für öffentliche Aufgaben. In: George/Bonow (Hg): Regionales Zukunftsmanagement, Band 4: Kommunale Kooperation, Lengerich: Pabst Science Publishers. S. 124–134.

Olk, Thomas/Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland: Stand und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Otto, Ulrich (1995): Seniorengenossenschaften. Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik? Opladen: Leske+Budrich.

Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2019): Genossenschaften als Teil des Dritten Sektors, in: ZögU 42 (3), S. 280–299.

Maas, Gero (2015): Eigenkapitalfinanzierung von EE-Projekten über geschlossene Fonds. Prospektspflicht, Prospektprüfung, aufsichtsrechtliche Anforderungen, in: Gerhard/Rüsch/Sandhövel (Hg.): Finanzierung Erneuerbarer Energien, Frankfurt am Main: Frankfurt School Verlag, S. 959–1005.

Schmale, Ingrid/Blome-Drees, Johannes (2017) (Hg.): Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (2017) (Hg.):** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden: Springer VS.
- Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg) (2019):** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019, Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.), Berlin. Internetquelle: https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (letzter Zugriff 28.08.2021).
- Steinführer, Annett/Küpper, Patrick/Tautz, Alexandra (2012):** Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz, Braunschweig: Thünen-Institut, Sonderheft 367.
- StMAS (Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2013):** Sozialgenossenschaften in Bayern – Der Ratgeber zur erfolgreichen Gründung. Internetquelle: www.sozialgenossenschaften.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/sozialpolitik/sozialgenossenschaften.pdf (letzter Zugriff: 28.08.2021).
- StMBW (Staatsministerium Baden-Württemberg) (2019):** Förderprogramm „Gut beraten!“, Allianz für Beteiligung e. V., Internetquelle: <https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/gut-beraten/> (letzter Zugriff: 05.08.2021).
- Thüringer Landtag (Hg.) (2017):** Initiative zur verbesserten Unterstützung von Genossenschaften und anderer Formen des solidarischen und demokratischen Wirtschaftens. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drucksache, 6/2638). Internetquelle: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/59496/initiative_zur_verbesserten_unterstuetzung_von_genossenschaften_und_anderer_formen_des_solidarischen_und_demokratischen_wirtschaftens_neufassung.pdf. (letzter Zugriff 02.08.2021)
- Thürling, Marleen (2019):** Zur Gründung von gemeinwesenorientierten Genossenschaften - Eine vergleichende Regionalanalyse, in: ZfgG 69(2), S. 85–116.
- Thürling, Marleen (2020):** Sozialgenossenschaften als gemeinwirtschaftliche Unternehmen: Begriffsbestimmung und Typologie, in: ZögU 42, S. 85–103.
- Thürling, Marleen (2021):** Genossenschaften für das Gemeinwesen: Bürgerschaftliches Engagement zur Sicherung der Daseinsvorsorge?, Zeitschrift für Sozialreform 67 (3).
- Traumschüff geG (2021):** Traumschüff - das Theater am Fluss. Als mobile Plattform für Begegnung und Austausch erreichen wir auch jene Orte und Menschen, an die sonst kein Theater kommt. Internetquelle: <https://www.startnext.com/traumschueff> (letzter Zugriff 21.08.2021).
- Trostorff, Britta (2017):** Regional, kooperativ, wandelbar: Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen - Ergebnisse eines Planungsprojekts in Thüringen. In: Schlump/Zaspel-Heisters (Hg.): Neue Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungsstrategien und Umsetzungskonzepte, Bd. 19. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsberichte der ARL, 19), S. 4–23.

Verein Dübener Heide e.V. (Hg.) (2019): Workshop "180 Ideen für Sachsen- Vom Abstellgleis zum Aktionsraum" im KuBa. Internetquelle: <https://naturpark-duebener-heide.de/2019/11/11/workshop-180-ideen-fuer-sachsen-vom-abstellgleis-zum-aktionsraum-im-kuba-bad-dueben/> (Abruf 21.08.2021).

Vogelsang, Waldemar/ Kopp, Johannes/ Jacob, Rüdiger/ Hahn, Alois (2016): Urbane Dörfer: räumliche Entgrenzungsprozesse und parzellierte Gemeinschaftsformen. In: SWS-Rundschau 55 (3), S. 279–305. Internetquelle: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/53951/ssoar-sws-2015-3-vogelgesang_et_al-Urbane_Dorfer_Raumliche_Entgrenzungsprozesse_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-sws-2015-3-vogelgesang_et_al-Urbane_Dorfer_Raumliche_Entgrenzungsprozesse_und.pdf (Letzter Zugriff 21.08.2021).

Walk, Heike (2019): Genossenschaften als alte und neue Player, in: Freise/Zimmer (Hg.): Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel, Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden: Springer, S. 123–142.

Walk, Heike/Dienel, Liudger (2009): Kooperationsnetze und lokale Governance-Formen als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen, in: Bode/Evers/Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potentiale in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195–213.

Willersinn, Christian/Lavèn, Pamela/Doluschitz, Reiner (2015): Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum, in: ZfgG, 61 (1), S. 41–58.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2007): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Zukunftsinstitut GmbH (Hg.) (2021): Die Zukunft des Landes. Internetquelle: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunft-des-landes/> (letzter Zugriff 21.08.2021).

Impressum

Im Auftrag des:

Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Bundeswirtschaftsministerium Berlin
Scharnhorststr. 34–37
10115 Berlin

Web: www.bmwi.de

Durchgeführt von:

Dr. Kristina Bayer,
Dr. Burghard Flieger,
Dr. Sonja Menzel,
Dr. Marleen Thürling

innova eG
Meisenweg 39
04451 Borsdorf

Tel.: (0341) 6810985
Fax: (0341) 6811786
Mail: info@innova-eg.de
Web: www.innova-eg.de



Bildrechte: Die Urheberrechte der verwendeten Fotos und Bilder liegen, wenn nicht anders gekennzeichnet, bei den jeweils genannten Genossenschaften.

Kooperationspartner:innen:



In Trägerschaft der



Stand: September 2021